

**Blau macht schlau.**

---

**Das Bildungskonzept der  
AfD-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus**

---

**Inhaltsverzeichnis**

---

<b>Die Berliner Bildungsmisere .....</b>	<b>5</b>
<b>Meinungsbefragung zur Bildungspolitik .....</b>	<b>6</b>
<b>Die Entstehung dieses Papiers .....</b>	<b>7</b>

1. Bildungspolitische Grundannahmen .....	8
1.1 Realistisches Menschenbild .....	8
1.2 Pragmatische statt ideologische Bildungspolitik.....	8
1.3 Versuchskaninchen permanenter Bildungsreformen .....	9
1.4 Auf die Lehrer kommt es an! .....	10
1.5 Bildung kein Allheilmittel! .....	11
2. Ziele der AfD-Bildungspolitik .....	11
2.1 Rückwendung zur Frage ‚Was ist Bildung‘? .....	11
2.2 Autonomie der Pädagogik - gegen Instrumentalisierung des Bildungswesens .....	12
2.3 Bildung und Kultur .....	13
2.4 Gegen die Ökonomisierung der Bildung .....	14
2.5 Den Leistungsgedanken wieder implementieren: Schülerwettbewerbe ausbauen....	14
2.6 Bildungshunger wecken .....	15
2.7 Schwellen-Konzeption der Bildungsgerechtigkeit .....	15
2.8 Bildungsqualität sichern: Fördern durch Differenzierung .....	16
3. Frühkindliche Bildung .....	17
3.1 Wahlfreiheit bei der Betreuungsform.....	17
3.2 Förderung der Erziehung in der Familie .....	17
3.3 Kita-Plätze schaffen und Qualität in der Versorgung .....	18
3.4 Kindertagespflege .....	20
3.5 Sprachbildung und „kleine“ Kita-Pflicht .....	20
3.6 Sexualerziehung in der Kita .....	21
4. Bildungspartnerschaft mit den Eltern .....	23
4.1 Neue Kultur der Bildungsbereitschaft .....	23
4.2 Schuldistanz und Schulangst.....	23
4.3 Transparenz für Eltern: Elektronisches Klassenbuch einführen .....	24
5. Pädagogische Ansätze.....	26
5.1 Fehler der Neuen Lernkultur: Offener Unterricht benachteiligt Schwächere.....	26
5.2 Raus aus der Verwöhnungsfalle .....	28
5.3 Ermutigen, nicht permanent und substanzlos loben.....	29
5.4 Individuelle Förderung - Homogene Klassen .....	30
5.5 Klassisches Bildungsverständnis vs. Kompetenzorientierung .....	31
5.6 Lob der Disziplin .....	33
5.7 Jungen als Bildungsverlierer .....	34
5.8 Einführung von Schulkleidung - eine Option .....	36
5.9 Schüler-Feedback .....	36
5.10 Inklusion mit Augenmaß .....	37
5.11 Wald- und Naturpädagogik.....	39

5.12 Eigenständigkeit der Schulen .....	39
6. Struktur und Infrastruktur .....	40
6.1 Ganztagschule .....	40
6.3 Sponsoring an Schulen .....	41
6.4 Freie Schulen (Privatschulen) .....	43
6.5 Schulbau: Qualität und Transparenz .....	43
6.6 Landschulheim und Jugendhilfeeinrichtung mit Internatswohngruppen: Ein Gesamtkonzept für die ehemalige Jugendhochschule am Bogensee .....	45
6.7 Schulgärten und Schulhofentsiegelung .....	46
6.8 Gesamtstrategie zur Digitalisierung an Berliner Schulen und Hochschulen.....	47
6.9 Föderalismus in der Bildung .....	50
7. Schulische Inhalte .....	51
7.1 Politische Bildung .....	51
7.2 Wirtschaft als Unterrichtsfach .....	52
7.3 MINT-Fächer .....	52
7.4 Verbundene Schreibschrift .....	53
7.5 Zehn Punkte zu einer modernen Heimatkunde.....	53
7.6 Schwimmunterricht.....	54
7.7 Sport aus bildungspolitischer Sicht .....	56
8. Personelle Ressourcen.....	58
8.1 Lehrermangel senkt Unterrichtsqualität .....	58
8.2 Referendare würdigen .....	59
8.3 Quereinsteiger - Die Entprofessionalisierung des Lehrerberufs .....	59
8.4 Ein-Fach-Lehrer .....	62
8.5 Arbeitsbelastung der Lehrer .....	62
8.6 Schulsozialarbeit stärken und Schulleiter durch Verwaltungskräfte entlasten .....	63
8.7 Verbeamtung der Lehrer .....	65
8.8 Lehrerausbildung .....	66
8.9 Gewalt gegen Lehrer .....	66
8.10 Landesbeauftragter für Bildung und Erziehung .....	67
9. Grundschulen.....	68
9.1 IQB-Studie .....	68
9.2 Transparenz gewährleisten: Studien veröffentlichen! .....	68
9.3 Fachlehrer-Mangel an Grundschulen .....	69
9.4 Vierjährige vs. sechsjährige Grundschule .....	70
10. Sekundarschulen und Gemeinschaftsschulen .....	71
10.1 JA zum Schulfrieden! NEIN zur permanenten Reform .....	71
10.2 Vorberufliche Bildung .....	72
10.3 Gemeinschaftsschule .....	72

11. Gymnasium .....	73
11.1 Zugang zum Gymnasium und Probejahr am Gymnasium .....	73
11.2 MSA-Prüfungen am Gymnasium abschaffen .....	73
11.3 Wert und Vergleichbarkeit des Abiturs: Studierfähigkeit wiederherstellen.....	74
11.4 Gymnasium in die Landesverfassung .....	75
11.5 Hochbegabtenförderung .....	75
12. Berufliche Bildung und Erwachsenenbildung.....	76
12.1 Berufsabitur (Duales Abitur) .....	76
12.2 Das 11. Pflichtschuljahr für Jugendliche ohne Ausbildungsvertrag .....	77
12.3 Landesinstitut für berufliche Bildung .....	77
12.4 Erwachsenenbildungsgesetz .....	78
13. Hochschulpolitik.....	78
13.1 Hochschulfinanzierung: Stiftungen und nachgelagerte Studiengebühren ersetzen Bundesmittel .....	78
13.2 Verfasste Studentenschaft reformieren.....	79
13.3 Gender Studies .....	80
13.4 Aufnahmetests an Hochschulen .....	80
13.5 Duales Studium .....	80
13.6 Institut für Islamische Theologie .....	82

## Die Berliner Bildungsmisere

Am 25. Januar 1996 hat die SPD in Berlin das Bildungsressort übernommen und beweist seitdem eine außerordentliche Konstanz: Berlin ist in Bildungsstatistiken das dauerhafte Schlusslicht. Das ist schändlich für Berlin und für ganz Deutschland!

Früher kamen Nobelpreisträger aus Berlin, heute hat Berlin einen rückläufigen Alphabetisierungsgrad: In Berlin leben ca. 320.000 Menschen im Alter zwischen 18 und 64 Jahren, die nicht oder nur wenig lesen und schreiben können.

Die Quote der Schulabbrecher steigt: Jeder Zehnte verlässt die Sekundarschule ohne Abschluss, dies sind doppelt so viele Schüler wie im Bundesdurchschnitt. Jeder zehnte Jugendliche in Berlin ist arbeitslos. Im Schuljahr 2016/17 haben nur 62 Prozent aller Zehntklässler der Sekundarschulen den Mittleren Schulabschluss geschafft, dies waren drei Prozent weniger als im Vorjahr.

Die Bedingungen werden immer schlechter. Aus maroden Abwasserrohren treten Fäkalien in die Belüftungsanlage der Klassenräume aus. In einer Schule in Spandau stürzt die Decke ein. Schulunterricht muss in Containern stattfinden. Es gibt einen Sanierungstau von 5,5 Milliarden Euro.

Berliner Schulen sind für Gewalt und Mobbing bekannt. Die sogenannten Brennpunktschulen sind Dauerthema in der bundesweiten Presse. Wer kann, zieht in einen anderen Bezirk oder schickt sein Kind zur Privatschule. Kinder aus weniger gut betuchten Familien bleiben auf der Strecke. Die Schulzeit droht zum Albtraum zu werden. Viele Berliner Schulen bedeuten Schulangst für Kinder und Schulstress für Eltern. Die Angst, abgehängt zu werden, ist groß. Schuld ist die rote Bildungspolitik.

Der Unterrichtsausfall ist hoch, Lehrer fehlen. Doch das Problem des Lehrer- und Erziehermangels ist hausgemacht, jahrelang wurde falsch geplant. Der Senat experimentiert zu Lasten der Schüler mit neuen Unterrichtsmethoden, versagt aber bei den basalen Aufgaben der Bildungspolitik: Schulinfrastruktur und Personalplanung.

## Meinungsbefragung zur Bildungspolitik

Im Auftrag der AfD-Fraktion Berlin hat das INSA-Institut vom 9. bis 16. Juli 2018 in Berlin eine Befragung zur Bildungspolitik durchgeführt. Die Stichprobe umfasste 1.012 Personen in Berlin über 18 Jahre.

Suche nach Kita-Platz und Schulplatz: Von den Befragten, die Kinder unter 20 Jahren haben, empfanden 44% Stress bei der Suche nach einem Kita-Platz für ihr Kind und 31% bei der Suche nach einem Platz für ihr Kind an einer weiterführenden Schule. Die Sorge um einen Kita- und einen Schulplatz belastet sehr viele Eltern.

Gefahrenort Schule: Erhebliche Sorgen haben Eltern auch mit Blick auf das, was ihre Kinder an den Schulen erwartet. Nicht weniger als 53% der befragten Eltern fürchten in der Schule psychische Gewalt, 46% körperliche Gewalt, 46% Diebstähle, 47% die Verleitung zum Konsum von illegalen Drogen, 45% die Verleitung zum Konsum von Zigaretten und 40% die Verleitung zum Konsum von Alkohol. Die Sorgen vieler Eltern über das, was ihre Kinder in der Schule erwartet, bestätigen den Kurs der AfD-Fraktion. Offenbar sind viele Eltern der Auffassung, dass Schulen zunehmend zu Räumen werden, in den ihre Kinder verschiedenartigen Gefährdungen ausgesetzt sind.

Bildungsinhalte: Befragt nach den wichtigsten Bildungsinhalten gaben die meisten Befragten die deutsche Sprache an. 96% halten ihre Vermittlung für wichtig, 83% sogar für sehr wichtig. An zweiter Stelle folgte die allgemeine Wissensvermittlung mit 95%. Insgesamt sprachen sich 89% für die Vermittlung von Kenntnissen über die deutsche Geschichte sowie 87% für die Vermittlung eines Verständnisses für die deutsche Kultur aus. Auch eine wertorientierte Erziehung, die auf die Vermittlung von Sozialkompetenz und Verhaltensregeln abzielt, findet überwältigende Zustimmung. Gleiches gilt für die Vorbereitung auf den Arbeitsmarkt (90%) und die Herausbildung des Leistungswillens (81%). Wenn die AfD-Fraktion Berlin in den Schulen eine ausreichende Berücksichtigung der deutschen Sprache und Kultur fordert, findet sie über die eigene Anhängerschaft hinaus breite Zustimmung in der Bevölkerung, auch bei den Menschen mit Migrationshintergrund.

Zwischen dem 21. und dem 30. August 2018 führte das Meinungsforschungsinstitut Forsa im Auftrag der Berliner Zeitung eine Umfrage durch. 84 Prozent der Berliner antworteten auf die Frage, wie Berliner Schulen im Vergleich zu anderen Bundesländer abschnitten, mit: „schlechter“. Besonders enttäuscht zeigten sich die jüngeren Befragten, die 18- bis 29-Jährigen. Von diesen, deren Schulzeit noch am wenigsten lang zurückliegt, sagten neun von zehn, die Schulen in Berlin seien schlechter als anderswo in Deutschland. Ein Armutszeugnis!

## Die Entstehung dieses Papiers

In ihrem umfangreichen Bildungsprogramm bietet die AfD-Fraktion einen umfassenden Katalog an einzelnen Maßnahmen, die Bildungsmisere in Berlin zu beheben. Die Ideen zur Verbesserung des Berliner Bildungssystem sind nicht im stillen Kämmerlein entstanden. Sie wurden in Auseinandersetzung mit den Positionen von Verbänden und Organisationen entwickelt, mit denen wir uns getroffen haben bzw. deren Papiere wir ausgewertet haben (darunter IHK, VOB, LFA, GBW, VBE, GEW, DaKS). Anspruch war es, Ansätze und Forderungen aufzunehmen, die eine Grundlage in der erziehungswissenschaftlichen Debatte haben. Auf diese Weise haben viele namhafte Pädagogen und Bildungskritiker zu diesem Programm beigetragen: z.B. Josef Kraus, Michael Felten, Hermann Giesecke, Konrad Paul Liessmann, Jochen Krautz, Matthias Burchardt, Rainer Werner, Manfred Spitzer, Ralf Lankau, Albert Wunsch u.a. Die Inhalte für unser Bildungsprogramm wurden mit Experten, Berliner Lehrern, Erziehern und Eltern diskutiert.



Stefan Franz Kerker  
Bießmann  
Bildungspolitischer Sprecher  
Familie und  
Frühkindliche Bildung



Tommy Tabor  
Sprecher für  
Berufliche Bildung



Jessica  
Sprecherin für

# 1. Bildungspolitische Grundannahmen

## 1.1 Realistisches Menschenbild

Eine gängige Grundannahme der pädagogischen Konzepte der Gegenwart ist die idealistische These, jedes Kind wolle lernen, man dürfe ihm nur nicht diesen natürlichen Lernwillen austreiben. Die AfD-Fraktion Berlin vertritt dagegen ein realistisches Menschenbild. Dieses realistische Menschenbild beinhaltet, nicht immer das Beste von den Menschen zu erwarten, sondern von vornherein auch mit den Schwächen des Menschen zu rechnen. Praktisch im Bereich der Bildungspolitik bedeutet ein realistisches Menschenbild, Abstand davon zu nehmen, Kinder zu idealisieren. Kinder können schwierig sein und Kinder sind verschieden. Das Kind „als solches“ ist eine Fiktion. Der Lern- und Leistungswille ist bei Kindern und Jugendlichen ganz unterschiedlich ausgeprägt. Während linke Politik auf einen natürlichen Lerntrieb des Kindes baut, erkennt die AfD-Fraktion Berlin, dass man Kinder auch zur Leistungsbereitschaft erziehen muss. Lernen kann nicht immer nur Spaß machen, Lernen kostet auch Mühe. Schulisches Lernen ohne Leistung und Anstrengung ist eine fatale Illusion.

Das spielerische Lernen ist die altersangemessene Methode für den Elementarbereich (Kita). Mit zunehmenden Alter der Kinder stößt die Methode des freien Lernens an ihre Grenzen. Vom Spielen müssen Kinder zum systematischen Lernen geführt werden. Schulisches Lernen verlangt nach wie vor wiederholtes Üben, Fleiß und Selbstdisziplin. Jede andere Auffassung führt zu einer infantilisierenden Unterforderung.

## 1.2 Pragmatische statt ideologische Bildungspolitik

Seit den siebziger Jahren wird das Schulsystem durch politische Reformen durchgewirbelt und gilt bis heute als Dauerbaustelle. Das Bildungssystem wird als politische Profilierungsplattform missbraucht.

„Das abstrakte Bekenntnis zur Reform an sich ist die alles umfassende Ideologie unserer Tage geworden.“ - *Konrad Paul Liessmann*

Laufend werden Bildungsreformen beschlossen, ohne Gedanken über die praktische Umsetzbarkeit zu verlieren. In der Kurzsichtigkeit der Entscheidungen zeigt sich das Versagen der roten Bildungspolitik. Unter der Regierung der SPD wurden Konzepte beschlossen, aber stets fehlen die nötigen Ressourcen: Die Inklusion wurde beschlossen,



aber es fehlt an Sonderpädagogen. Die Ganztagschule wurde beschlossen, aber es fehlen Räume. Kostenfreie Kitaplätze wurden beschlossen, aber es fehlt an Erziehern und Räumen, usw.

„[I]n Berlin wurden [...] Neuerungen angekündigt, ohne im Vorfeld Vorsorge für die dazu notwendigen personellen Ressourcen zu treffen.“ - *Sibylle Recke, Fachgruppe Grundschulen, GEW Berlin*

Alle Strukturreformen laufen leer, wenn nicht für die entsprechende Ausstattung gesorgt wird. Zu den Aufgaben der Bildungspolitik gehört es, auskömmliche Finanzierung zu schaffen, Ressourcen bereitzustellen und vorausschauend zu planen. Der SPD-regierte Senat versucht Lehrern ihre Arbeit vorzuschreiben, versagt aber bei den basalen Aufgaben der Bildungspolitik: Schulinfrastruktur und Personalplanung.

Die AfD-Fraktion Berlin fordert: Die Weiterentwicklung unseres Bildungswesens sollte nicht von oben auferlegt werden, sondern den Bedürfnissen der Praxis entsprechen. Bildungspolitische Maßnahmen müssen auf Praxistauglichkeit geprüft werden, die Aspekte der Leistbarkeit und Finanzierung klären und vorausschauend konzipiert werden. Die SPD-Bildungspolitik der Flickschusterei muss beendet werden. Das schaffen wir nur durch vernünftige Planung und Fokussierung auf die zentralen Herausforderungen: weniger Ideologie, mehr Pragmatik!

### 1.3 Versuchskaninchen permanenter Bildungsreformen

Die gesellschaftlichen Umstände verändern sich; neue Herausforderungen entstehen, die nach Antworten verlangen. Diese Antworten müssen nicht revolutionär neu sein. In der Suche nach neuen Antworten besteht die Gefahr, der Beliebigkeit des Zeitgeistes zu verfallen und das bewährt Erfolgreiche zu verkennen.



„Man tut, als müsse man am Beginn des 21. Jahrhunderts gegen die verstaubten Bildungsideale des 19. Jahrhunderts kämpfen. [...] Allmählich greift die Einsicht um sich, daß nicht die Humboldtschen Bildungsideale, sondern die seit den sechziger Jahren in rascher Abfolge initiierten Bildungsreformen für die derzeitigen Schwächen des Bildungssystems verantwortlich sind.“ - *Konrad Paul Liessmann, Theorie der Unbildung, S. 52f.*

Die AfD-Fraktion Berlin will die Zeit nicht zurückdrehen, sondern ist offen für bildungspolitische Diskussionen und neue Wege in der Bildung. Ständige Experimente lehnt die AfD-Fraktion Berlin dagegen ab. Die Schule ist zu einem ewigen Experimentierfeld

geworden - zu Lasten der Schüler, Lehrer und Eltern. Schüler dürfen nicht länger zu Versuchskaninchen permanenter Bildungsreformen gemacht werden. Wir brauchen keine neuen Reformen, wir sollten die Arbeit an den einzelnen Schulen verbessern.

#### 1.4 Auf die Lehrer kommt es an!

„Gelingende Beziehungsgestaltung ist die zwingende Voraussetzung für den schulischen Bildungsprozess, sie ist der unabdingbare Transfusionskanal, über den Bildungsinhalte die Schüler erreichen können.“ - Joachim Bauer: *Die Bedeutung der Beziehung für schulisches Lehren und Lernen*, in: *Pädagogik 2010 7/8*, Weinheim: Beltz-Verlag, S. 6-9, S. 7.

Schulleistungen sind multikausal bedingt: Der schulische Erfolg ergibt sich aus dem Zusammenspiel individueller Schülermerkmalen wie der Intelligenz, der Motivation und dem Vorwissen, aus Kontextfaktoren wie dem Elternhaus und dem außerschulischen Umfeld und aus schulischen und unterrichtlichen Faktoren. Den größten Einfluss auf den Lernerfolg hat der Lehrer, nicht das Schulsystem. Es liegt



an den handelnden Menschen in der Praxis, ob Schule gelingt oder nicht. Dies wird durch die Hattie-Studie bestätigt. Der neuseeländische Forscher John Hattie wertete in seiner Metastudie „*Visible Learning*“ zahlreiche Einzelstudien aus und überprüfte die Einflussfaktoren, die schulischen Lernerfolg bedingen. Hattie kam zu dem Ergebnis, dass Schüler dann am besten lernen, wenn der Lehrer eine aktive Rolle einnimmt. Aus diesem Grund plädiert Hattie für lehrerbezogene Maßnahmen und gegen strukturbezogene Reformen.

„Auf die Lehrer kommt es an! Diese Losung besagt keineswegs, dass der Lehrer für Lernerfolge oder Minderleistungen alleinverantwortlich ist - sie unterstreicht aber seinen Einfluss, und sie entzieht jeder Hoffnung auf Erlösung durch Systemwechsel den Boden.“ - Michael Felten, *Auf die Lehrer kommt es an. Für eine Rückkehr der Pädagogik in die Schule*, München 2010, S. 17.

Die AfD-Fraktion Berlin hält an der klassischen Rolle des Lehrers fest. Die Lehrer-Schüler-Beziehung ist von elementarer Bedeutung für gelingende Bildungsprozesse. Lehrer können nicht durch Computer ersetzt werden, noch durch selbstorganisiertes Lernen (SOL). Schüler bedürfen eines Lehrers und einer Klassengemeinschaft, mit denen sie gemeinsam denken und sich austauschen können.

## 1.5 Bildung kein Allheilmittel!

Bildung wird oft als das Allheilmittel für viele gesellschaftlichen Probleme gepriesen. Bildung gilt als Schlüssel für Innovation, ermöglicht wissenschaftlichen Fortschritt und verspricht soziale Mobilität. Weitverbreitet ist der Ruf nach Verbesserung im Bildungssystem, um auf diese Weise die sozialen Probleme des Landes zu lösen. Richtig daran ist, dass der Wohlstand vieler Mittelschicht-Bürger auf ihren gelungenen Bildungsweg zurückzuführen ist. Übersehen wird dabei, dass Bildung etwas ist, das sich der einzelne aktiv aneignen muss und nicht einfach ausgeteilt werden kann.

„[D]er Begriff ‚Bildung‘, der mit auffallender Umlauffrequenz aus sozialdemokratischen Mündern perlt, wird im Grunde rein quantitativ verstanden, als ein Gut, das man beliebig und an jedermann verteilen könne wie Gratissemeln, wobei die Empfänger nichts anderes tun müssen, als - was jeder kann - die Semmel entgegenzunehmen, um ‚gebildet‘ zu sein.“ - *Martin Lichtmesz, Journalist und Autor*

„Dass [...] Bildung nicht nur Angebot, sondern auch Anspruch bedeutet, nicht nur Bedürfnisse erfüllt, sondern auch Bemühen erfordert, scheint in den Hintergrund getreten - wenn nicht vergessen.“ - *Michael Felten, Schluss mit dem Bildungsgerede, Bonn 2012, S. 12.*

Der Erwerb von Bildung setzt Anstrengungen des einzelnen voraus, Bildung verlangt Leistungsbereitschaft. Zudem darf das Bildungswesen nicht mit gesellschaftspolitischen Ansprüchen überfrachtet werden. Schulen dürfen kein Ort für soziale Experimente oder für die Durchsetzung von Gesellschaftsutopien sein.

## 2. Ziele der AfD-Bildungspolitik

### 2.1 Rückwendung zur Frage ‚Was ist Bildung‘?

„Bildung ist etwas, das Menschen mit sich und für sich machen: Man bildet *sich*. *Ausbilden* können uns andere, *bilden* kann sich jeder nur selbst. Das ist nicht Wortklauberei, kein spitzfindiges Geplänkel eines Rabulisten. Sich zu bilden ist tatsächlich etwas ganz anderes als aus- gebildet zu werden. Eine Ausbildung durchlaufen wir mit dem Ziel, etwas zu *können*. Wenn wir uns dagegen bilden, arbeiten wir daran, etwas zu *werden* - wir streben danach, auf eine bestimmte Art und Weise in der Welt zu sein.“ - *Peter Bieri, Philosoph und Schriftsteller, Emeritus an der FU Berlin*

Vom sozialpolitischen und ökonomischen Blickwinkel auf die Bildungspolitik wird die eigentliche Frage, was Bildung beinhaltet, zurückgedrängt. Die Frage nach dem Wesen von Bildung wird in bildungspolitischen Debatten der Gegenwart viel zu sehr ausgeklammert

und von der AfD wieder aufs Tapet gebracht. Bildung ist nicht nur ein spezifisches deutsches Wort. Hinter dem Gedanken der Bildung steht ein humanistisches Ideal, das die deutsche Kulturgeschichte prägte.

Wilhelm von Humboldt, Vertreter eines klassischen Bildungsbegriffes, sah den „wahren Zweck des Menschen“ in der „höchsten und proportionirlichsten Bildung seiner Kräfte zu einem

Ganzen“, Bildung bedeutete für Humboldt: „die Verknüpfung unsres Ichs mit der Welt zu der allgemeinsten, regesten und freiesten Wechselwirkung“. Humboldt machte eine wichtige Differenzierung, er unterschied Brotbildung und echte Bildung. Echte Bildung ist nicht vom Primat der ökonomischen Verwertbarkeit bestimmt. Bildung erschöpft sich nicht in Ausbildung, sondern soll den ganzen Menschen erfassen. Idealnorm ist nicht der ausgebildete Erwerbstätige, sondern der tätige Gebildete.



Im Bildungsbereich wird deutlich, dass die AfD nicht für ein echauffiertes Wutbürgertum steht, sondern an die humanistische Tradition konservativen Denkens anschließt. Der Bildungsprozess dient nicht nur der Erlernung von nützlichen Fertigkeiten, sondern soll den Menschen in die Lage versetzen, ein seinem Wesen entsprechendes Leben führen zu können. Bildung im klassischen Sinn besteht aus einem verlebendigendem Band zwischen erlerntem Wissen und seelischem Innenleben. Wissen oder Kompetenzen, die dem Individuum äußerlich bleiben, sind nicht Bildung im echten Sinn.

## 2.2 Autonomie der Pädagogik - gegen Instrumentalisierung des Bildungswesens

Ohne ‚Autonomie der Pädagogik‘ ist keine Autonomie des Heranwachsenden möglich. Pädagogik gewinnt Autonomie, wenn sie das Eigenrecht des Kindes gegenüber gesellschaftspolitischer Einflussnahme verteidigt und in Bezug auf Erziehungsziele nach deren genuin pädagogischen Grundlagen fragt.

Indem durch die Pädagogik die Heilsbotschaft ausgegeben wurde, das politische Leben könne vom Geist der Erziehung profitieren, begannen sich Motive in das Leitbild der Pädagogik zu drängen, die ihren Ursprung in der Sphäre des Politischen haben:

„So wird das, was Pädagogisierung der Politik heißt und sein will, unvermerkt: *Politisierung der Pädagogik!*“ - Theodor Litt: *Pädagogik und Kultur. Kleine pädagogische Schriften 1918-1926, Bad Heilbrunn 1965, S. 66.*

In der Tradition der Geisteswissenschaftlichen Pädagogik setzt die AfD-Fraktion Berlin auf die ‚Autonomie der Pädagogik‘ und wendet sich damit gegen die außerpädagogische

Instrumentalisierung des Bildungswesens. Bildungspolitik ist keine Magd der Wirtschaftspolitik, noch ist sie eine Säule der Sozialpolitik. Eine Schule ist kein sozialpolitischer Reparaturbetrieb. Schulen sollen der Bildung dienen und dürfen nicht als Einrichtungen zur Transformation der Gesellschaft missbraucht werden. Alle nur gesellschaftspolitisch motivierten Maßnahmen der Bildungspolitik müssen pädagogisch auf den Prüfstand gestellt werden.

### 2.3 Bildung und Kultur

Ein Pädagoge hat eine doppelte Anwaltschaft inne (H. Nohl, W. Flitner): Er ist Anwalt des Kindes und Anwalt der Kultur. Dem Pädagogen kommt die Aufgabe zu, die freie natürliche Entwicklung des Menschen zu sichern und zu unterstützen. Zugleich ist er ein ‚Verwalter nationalen Geistesgutes‘ (Th. Litt). Lehrende und Lernende befinden sich in einem geschichtlichen Kontinuum, sind eingegliedert in den ‚Strukturzusammenhang der geistigen Welt‘ (Th. Litt). Dies bedeutet: Zur Bildung und Kultivierung seiner selbst bedarf der Mensch einer Welt außer seiner selbst: der Kultur. Bildungsinhalte sind nicht aus dem Nichts heraus zu gestalten, sondern vielmehr auf der Grundlage einer bestehenden Kulturlage unter Nutzung des erprobten Schatzes an Bildungsgütern zu verwirklichen. Der Erwerb von Bildung steht in einem Wechselspiel mit der Kultur, Bildung ist die Individualform der Kultur. Aller Bildungsprozess ist nichts anderes als eine Wiederverlebendigung des objektiven Geistes [der Kultur] in immer neuen Individuen.

„Bildung ist die subjektive Seinsweise der Kultur, die innere Form und geistige Haltung der Seele, die alles, was von draußen an sie herankommt, mit eigenen Kräften zu einheitlichem Leben in sich aufzunehmen und jede Äußerung und Handlung aus diesem einheitlichen Leben zu gestalten vermag. Die verschiedenen Kultursysteme, Kunst, Wissenschaft, Staat verlangen überall Leistungen von uns und Einstellungen in bestimmte Zusammenhänge, die Bildung dagegen lebt im Individuum [...]. Unabhängig von den Ansprüchen, die der Beruf oder sonst irgendwelche objektiven Mächte des Lebens an uns stellen, soll hier das Menschliche sich erfüllen. Je zerspaltener das öffentliche Leben wird, um so entscheidender wird die Aufgabe der Pädagogik, solch einheitlich geformtes Leben in den Individuen zu erreichen.“ - *Herman Nohl, Die pädagogische Bewegung in Deutschland und ihre Theorie, 5. Auflage, Frankfurt am Main 1961, S. 140f.*

In einer arbeitsteiligen Gesellschaft bietet die Bildungsidee ein Refugium: Während gesellschaftliche Verhältnisse zum Selbsterhalt des Gemeinwesens ein Maß an Funktionalität verlangen, sichert der klassische Bildungsgedanke das Humanum.

Aus Fürsprache für klassische Bildung tritt die AfD-Fraktion Berlin für das Fortleben deutscher Kulturtradition ein. Die deutsche Kultur ist das Reservoir der Bildungsgehalte, unser Bildungskanon leitet sich aus der deutschen Kulturgeschichte ab. Dem Recht auf Bildung korrespondiert auf der anderen Seite die Pflicht, Kulturgehalte zu pflegen und an die kommenden Generationen weiterzugeben. Bildung ist nur dort möglich, wo es Kultur gibt, die

über das Modische und Ephemere hinausreicht. Ohne Kultur keine Bildung, ohne Bildung keine Kultur.

## 2.4 Gegen die Ökonomisierung der Bildung

Gut ausgebildete Menschen sind der Reichtum Deutschlands, Bildung ist unser Erdöl. Darüber darf nicht vergessen werden, welchen humanistischen Wert die Bildung besitzt. Das Bildungswesen leidet heute in zunehmendem Maße unter einer Funktionalisierung und Ökonomisierung. Der Begriff „Bildungsstandort“ impliziert, Bildung diene ausschließlich der Sicherung volkswirtschaftlicher Leistungsfähigkeit. Auch das Modell des „Kompetenzerwerbs“ steht für die Verschiebung des Bildungsgedankens auf schlichte Nützlichkeitsaspekte. Der Reichtum als Person geht verloren.

Die AfD-Fraktion Berlin fordert: Die Ausrichtung der Bildung darf nicht auf Arbeitsmarktfähigkeit verkürzt werden. Bildung ist ein Gut jenseits von Verwertungsaspekten. Unser Bildungsideal zielt auf den ganzen Menschen: die Entwicklung einer freien Persönlichkeit, die Charakter- und Willensbildung, klassische humanistische Bildung sowie die Berufsbildung und die Erziehung zum tauglichen Staatsbürger einschließlich der Vermittlung des Leistungsgedankens. Die zentralen Funktionen der Schule liegen in der Enkulturation, Sozialisation, Personalisation, Qualifikation und Allokation (Selektion).

## 2.5 Den Leistungsgedanken wieder implementieren: Schülerwettbewerbe ausbauen

Fakt ist: Bei vielen Schülern sind oft kein Lernwille und keine Leistungsbereitschaft vorhanden. In etlichen Elternhäusern wird die Herausbildung von Leistungsbereitschaft nicht gefördert, andere Eltern stehen dem Verhalten ihrer Kinder hilflos gegenüber. In der heutigen Schulkultur sind erfolgreiche Schüler als „Streber“ verpönt, „Underachievement“ (Minderleistung) gilt als „cool“.

Ohne Leistungsbereitschaft kommen unsere Kinder im Berufsleben nicht weiter. Die Grundlagen für diese Leistungsbereitschaft müssen in der Schulzeit gelegt werden. In der deutschen Gesellschaft muss es ein Umdenken geben - hin zu einem positiven Bild von Leistungsbereitschaft. Leistung, Leistungsbereitschaft und Verantwortungsbereitschaft müssen in der Schule belohnt werden.

Ein Instrument, um die Leistungsfreude zu anzustacheln, sind Schülerwettbewerbe. Ein Recht auf Wettbewerbsteilnahme einzufordern, basiert auf der Überzeugung, dass Schüler ein Recht auf bestmögliche Förderung haben. Schülerwettbewerbe bieten interessierten und talentierten Schülern die Möglichkeit, sich in ihren Stärken zu profilieren. Die Erfahrung zeigt jedoch, dass die Teilnahme an Wettbewerben häufig verwehrt wird, wenn

diese mit Schulabläufen kollidieren. Schulen müssen diesbezüglich mehr Flexibilität entwickeln. Hinsichtlich des Umgangs mit Schülerwettbewerben zeigt sich zwischen einzelnen Schulen leider eine große Diskrepanz. Die Schule hat die Aufgabe, Schüler über das Angebot an Wettbewerben zu informieren, als auch die Teilnahme aktiv zu unterstützen. Dies ist nicht damit getan, dass in einer Ecke ein kleines Plakat aufgehängt wird. Schüler müssen aktiv angesprochen und zur Teilnahme motiviert werden. Im Berliner Bildungssystem existieren Schülerwettbewerbe, allerdings spielen diese verglichen mit dem amerikanischen Schulsystem eine weitaus untergeordnetere Rolle und auch die Anzahl ist wesentlich geringer.

Die AfD-Fraktion Berlin fordert eine Ausweitung von Schülerwettbewerben nach amerikanischem Vorbild. Dies stärkt den Leistungsgedanken und fördert die Identifizierung der individuellen Stärken der Schüler. Das Recht auf Wettbewerbsteilnahme muss formaljuristisch verankert werden.

Die AfD-Fraktion Berlin fordert die Schaffung von Prämien und Stipendien, um gute schulische Leistung zu belohnen.

## 2.6 Bildungshunger wecken

Schule darf kein entmutigender Angstraum sein, sondern sollte im besten Fall viel Freude bereiten - darüber darf aber nicht außer Acht gelassen werden, wofür die Schule da ist: für das Lernen und den Erwerb von Bildung. Schule sollte den Kindern aus den richtigen Gründen Spaß machen: aus der vermittelten Freude und Begeisterung für Bildung, nicht aber aus der Erlaubnis, Flegelleien ausleben zu können. Unterricht sollte Freude bereiten und die Schüler zum Lernen ermuntern, aber Lehrer dürfen darüber nicht zu Clowns werden oder in die Rolle des Entertainers oder Quizmasters schlüpfen. Die Idee guten Unterrichts darf sich nicht in eine „Spaßkultur“ verlieren, die über den eigentlichen Bildungs- und Erziehungsauftrag gestellt wird.

Die AfD-Fraktion Berlin will eine neue Kultur der Bildungsbereitschaft schaffen: Lernen und Bildung brauchen eine positiv besetzte Wertigkeit. Die Botschaft, dass Schulbildung wichtig für den weiteren Lebensweg ist, muss bei Schülern wie Eltern ankommen.

## 2.7 Schwellen-Konzeption der Bildungsgerechtigkeit

Studien zeigen für das deutsche Bildungssystem eine Abhängigkeit des Bildungserfolgs vom familiären Hintergrund. Kinder aus bildungsfernem Elternhaus verfügen statistisch gesehen über geringere Bildungsaussichten.

Allen Bürgern Bildungschancen zu eröffnen ist nicht nur sozial, sondern auch volkswirtschaftlich geboten. Denn es kostet am Ende mehr, einen Menschen sozialstaatlich zu alimentieren, anstatt ihm zu verhelfen, sein Leben aus eigener Kraft zu meistern.

Das Bildungssystem muss die Möglichkeit bieten, dass sich ein jeder entsprechend seiner Begabung entwickeln kann. Dabei ist es eine Fehlannahme, Abitur und Studium seien ein für alle zu erstrebenswerte Bildungsziel. Schüler bringen unterschiedliche Begabungen mit.

„Eine unverrückbare Tatsache ist, dass sich die Intelligenz der Schüler nicht beliebig vermehren lässt. Die Lernforscherin Elsbeth Stern hat in ihren Veröffentlichungen auf die Unterschiede bei Intelligenz und Lernfähigkeit hingewiesen, die sie für genetisch vorbestimmt hält. Die meisten Menschen seien durchschnittlich intelligent: 70 Prozent der Menschen liegen in der Nähe des Mittelwertes, 15 Prozent sind überdurchschnittlich begabt, genauso viele sind schwächer begabt. Nur zwei Prozent haben einen IQ mit 130 und höher. Sie zählen zu den Hochbegabten.“ - *Rainer Werner, Autor und ehemals Lehrer am John-Lennon-Gymnasium*

Bildungsgerechtigkeit heißt nicht, im Bildungssystem für alle Kinder einheitliche Strukturen zu schaffen. Es bedeutet, jedem Schüler die Förderung zuteilwerden zu lassen, die er entsprechend seiner Fähigkeiten und Voraussetzungen benötigt.

Die AfD-Fraktion Berlin vertritt die sogenannte Schwellen-Konzeption der Bildungsgerechtigkeit: Bürger müssen in hinreichendem Maße Bildung erwerben können, um als vollwertiges Mitglied der Gemeinschaft leben, d.h. für sich und andere Verantwortung zu übernehmen zu können. Derzeit erwerben mehr als zwanzig Prozent in der Schule nicht die Kompetenz, um am gesellschaftlichen Leben selbstbestimmt teilnehmen können.

Die AfD-Fraktion Berlin setzt sich dafür ein, Kinder aus bildungsfernen Elternhäusern zu fördern, ohne Kinder aus bildungsnahen Familien auszubremsen. Begabung und Leistungswille sollen über den Bildungserfolg entscheiden.

## 2.8 Bildungsqualität sichern: Fördern durch Differenzierung

Unsere Kinder brauchen pädagogische Qualität in den Bildungseinrichtungen. Der Aspekt der Teilhabe darf nicht zu Lasten der Qualität in der Bildung gehen. Die Bildungsreformer verstricken sich in offensichtliche Widersprüche: das Lernen mit Begabten soll die weniger Begabten fördern, auf der anderen Seiten wird bestritten, dass das Lernen mit weniger Begabten den Lernfortschritt der Begabten beeinträchtigen könne. Nach dieser Logik könnte Hertha BSC seine Profimannschaft zusammen mit der Kreisklasse trainieren lassen.

„Es ist doch völlig absurd, den Schwächeren damit helfen zu wollen, dass man die Stärkeren ihrer Möglichkeiten beraubt.“ - *Klaus Zierer: Die missverstandene Bildungsgerechtigkeit, FAZ vom 16. August 2013.*

Für die rot-rot-grüne Koalition in Berlin hat die Bildungsqualität leider keine Priorität: die Koalition richtet den Fokus auf mehr soziale Durchmischung an Schulen, nach dem Willen von Rot-Rot-Grün sollen Kinder aus bildungsnahen Familien die Leistungsschwächeren



mitziehen. Doch diese Bestrebungen führen nicht zu mehr Gerechtigkeit, sondern zu einer Absenkung der Bildungsstandards für alle Schüler. Im Endeffekt heißt das: schlechtere Bildungschancen in der Schule, diese aber für alle gleichermaßen garantiert! Mit der ideologisierten Bildungspolitik von Rot-Rot-Grün werden unsere Kinder weder im klassischen Sinn gebildet, noch adäquat auf ihr Berufsleben vorbereitet. Die Koalition aus Rot-Rot-Grün züchtet die Sozialfälle von morgen und verspielt die Zukunft unserer Kinder.

„Die Parole ‚Fördern statt Auslese‘ ist falsch. Es muss heißen: Fördern durch Differenzierung!“ - *Josef Kraus, von 1987 bis Juni 2017 Präsident des Deutschen Lehrerverbandes (DL)*

Die AfD-Fraktion Berlin tritt für ein gegliedertes Schulsystem und Differenzierung nach Leistung ein. Die Gestaltung von Bildungsprozessen muss genuin pädagogischer Logik folgen, nicht gesellschaftspolitischer Maßgabe.

## 3. Frühkindliche Bildung

### 3.1 Wahlfreiheit bei der Betreuungsform

Eine pädagogische Binsenweisheit lautet: ‚Eltern sind die Experten ihrer Kinder.‘ Welche Betreuungsform für Kinder am geeignetsten ist, können die Eltern am besten beurteilen. Der Staat darf seine Vorstellung von Kindeserziehung nicht über das grundgesetzlich garantierte Elternrecht, über die Erziehung ihrer Kinder selbst zu entscheiden, setzen. Gelingende Erziehung beginnt im Elternhaus und kostet Kraft. Durch das gestiegene Angebot an Betreuung darf keine falsche Erwartungshaltung entstehen, Vater Staat werde es schon richten oder könne dies sogar besser.

Die AfD-Fraktion lehnt eine staatliche Bevormundung bei der Wahl der Betreuungsform ab. Das Land Berlin muss Rahmenbedingungen schaffen, die die elterliche Wahlfreiheit stärken.

### 3.2 Förderung der Erziehung in der Familie

Die Bindungstheorie verrät uns: Die Erziehung von Kindern ist erfolgreich, wenn die Eltern früh eine starke Bindung zu den Kindern aufbauen. Defizite in der Entfaltung der Bindung führen zu anhaltenden Beeinträchtigungen der Persönlichkeitsentwicklung.

Angesichts des Erziehermangels und der damit einhergehenden Verschlechterung der



Betreuungsqualität stehen Eltern der öffentlichen Erziehung zunehmend skeptisch gegenüber. Immer mehr Eltern wollen aktiv am Leben und an der Erziehung der eigenen Kinder teilhaben. Viele Mütter und Väter möchten ihre Kinder nicht fremden Menschen anvertrauen.

Anders als die Hausfrauen der 50er-Jahre ist die Selbstbetreuerin kein Heimchen am Herd, sondern eine selbständig entscheidende Persönlichkeit. Der moderne Feminismus hingegen redet Frauen fälschlicherweise ein, dass Glück und Selbstbestimmung nur durch Erwerbstätigkeit zu finden seien.

In bildungsnahen Familien zeigt die Selbstbetreuung einen hohen Nutzen für die Kinder: Je höher die Eltern gebildet sind, desto stärker sind auch die Bildungserfolge der Kinder, wenn sie in den ersten drei Jahren zu Hause erzogen werden.

Die AfD-Fraktion Berlin vertritt die Position, dass die Entscheidung für die Selbstbetreuung der Kinder pädagogisch sinnvoll ist und diese Wahl einer jeden Frau zustehen sollte, ohne dafür als rückständig gebrandmarkt zu werden. Ebenso begrüßt es die AfD, wenn sich Männer in die Selbstbetreuung einbringen. Die moderne Frau und der moderne Mann entscheiden frei zwischen den Wahlmöglichkeiten. Zur Unterstützung der Familien will die AfD-Fraktion Berlin die offenen Angebote und die Familienzentren stärken sowie bedarfsgerecht Familienhelfer einsetzen.

### 3.3 Kita-Plätze schaffen und Qualität in der Versorgung

Die Bertelsmann- Stiftung rügte die Qualität der Kita-Betreuung in Berlin. In einer am 28. August 2018 vorgestellten Studie wird vor allem der Personalschlüssel bei der Ganztagsbetreuung von unter Dreijährigen moniert. Auf einen Erzieher kämen rechnerisch 5,9 Kinder - bundesweit der drittschlechteste Wert. Dabei sind Krankheit, Fortbildungszeit, Urlaub und mittelbare pädagogische Arbeit wie vorgeschriebene Vorbereitungszeit und Dokumentation in den Personalschlüssel nicht einberechnet. Das heißt konkret: der faktische Betreuungsschlüssel für die Zeit am Kind fällt sogar noch schlechter aus.



Eine Stichprobe des Landesrechnungshofs in 111 von der mehr als 2.000 Berliner Kitas ergab, dass in diesen Einrichtungen zusammen 163 Fachkräfte weniger beschäftigt werden als

vorgeschrieben. Dies bedeutet: Das Land Berlin zahlt Millionen Euro für nicht existente Fachkräfte. Denn die finanziellen Zuweisungen orientieren sich an der Kinderzahl, nicht an der Zahl der tatsächlich beschäftigten Erzieher. Handelt es sich bei den Kita-Betreibern um Privatanbieter, so können diese die so erzielten Überschüsse als Gewinne verbuchen. Verantwortlich dafür ist eine mangelhafte Kontrolle durch die Kita-Aufsicht.

Berlin leidet unter einem Mangel an Kita-Plätzen und Erziehern. Wie auch im Schulbereich ist die seit Jahrzehnten SPD-geführte Senatsverwaltung für Bildung ihrer Steuerfunktion nicht nachgekommen. Rot-Rot-Grün möchte allen Kindern einen kostenlosen Kita-Platz zur Verfügung stellen, ist aber nicht in der Lage, die Versorgung mit Kita-Plätzen zu gewährleisten. Viele Kita-Gruppen sind in Berlin deutlich größer als erlaubt. Dies führt natürlich zu einer Verschlechterung in der Qualität der pädagogischen Arbeit. Betreuung von mangelhafter Qualität birgt ein hohes Risiko für die Kindesentwicklung. Es gibt Eltern, die bereit sind, für die Bildung ihrer Kinder mehr auszugeben. Aber diesen Eltern legt die Koalition mit der Änderung des KitaFöG Steine in den Weg.

Die AfD-Fraktion Berlin fordert Qualitätssicherung. Kindertagesstätten sind Einrichtungen der frühkindlichen Bildung und dürfen nicht zu Verwahranstalten verkommen!

Die AfD-Fraktion Berlin fordert eine Entbürokratisierung und schnellere Genehmigungsverfahren beim Kita-Neubau unter Nutzung von Landesflächen. Neue Großwohnsiedlungen müssen zwingend mit einem entsprechenden Angebot an Kitas und Schulen konzipiert werden.

Die AfD-Fraktion Berlin fordert, die unterschiedlichen Mietlagen bei der Kitafinanzierung zu berücksichtigen. Das System der pauschalen Kostensatzfinanzierung muss überarbeitet werden.

Die AfD-Fraktion Berlin fordert, freie Träger vom Druck der Erbringung des Eigenanteils zu befreien. Derzeit bekommen Träger nur 93% der Kostenblattpauschale.

AfD-Fraktion Berlin fordert eine angemessene und durchgehende Vergütung der Ausbildung zum Erzieher.

AfD-Fraktion Berlin fordert die Anpassung der Erziehergehälter auf das höhere Niveau anderer Bundesländer. Zugleich müssen bei der Besoldung noch Unterschiede zwischen Erzieher und studierten Sozialpädagogen erkennbar bleiben.

AfD-Fraktion Berlin fordert die Befreiung der Erzieher von nichtpädagogischen Aufgaben durch Abbau von Bürokratie und Einstellung von Verwaltungskräften in Vollzeit.

AfD-Fraktion Berlin die Rücknahme der Deckelung bei Zuzahlungen, um den Kitas Freiheit in der Angebotspalette zu lassen. Die durch Änderung des KitaFöG eingeführte Zuzahlungsobergrenze schränkt die Vielfalt des pädagogischen Angebots ein.

### 3.4 Kindertagespflege

Einrichtungen der Kindertagespflege sind rechtlich gleichrangige und qualitativ hochwertige Alternative zu Krippen und Kitas. Sie sind familiennah und bieten einen engen Austausch der Eltern mit der Betreuungsperson. Durch die sehr kleinen Gruppen entsteht eine enge Bindung zum Kind, die eine bedarfsgerechte und individuelle Förderung der Kinder vereinfacht.



Angesichts des Mangels an Kitaplätzen und gleichzeitigem rechtlichen Anspruch der Eltern auf Kinderbetreuung fordert die AfD-Fraktion Berlin die Stärkung der Kindertagespflegestellen.

Die AfD-Fraktion Berlin fordert steuerliche Erleichterungen für Tagesmütter und Tagesväter, die Räume für die Kinderbetreuung anmieten müssen.

AfD-Fraktion Berlin fordert ein leistungsgerechtes Entgelt für die Förderleistung pro Kind und eine angemessen hohe Sachkostenpauschale pro Kind.

AfD-Fraktion Berlin fordert - als zusätzliche Maßnahme zur Bekämpfung des akuten Kitaplatzmangels - größere Bemühungen des Senats bei der Anwerbung neuer Anbieter für die Kindertagespflege. Dazu gehört auch die Aufklärung über dieses Angebot frühkindlicher Bildung.

### 3.5 Sprachbildung und „kleine“ Kita-Pflicht

Das Erlernen der Landes- und Unterrichtssprache Deutsch stellt die Basis für die Beteiligung an allen Bildungsprozessen dar, ist eine wesentliche Voraussetzung für den schulischen Lernerfolg, die berufliche Qualifizierung sowie für die Teilnahme am gesellschaftlichen, kulturellen wirtschaftlichen und politischen Leben in Deutschland. Aus diesen Gründen wird in den Kitas und den Kindertagespflegestellen die sprachliche

Entwicklung der Kinder regelmäßig beobachtet und dokumentiert. Bei erkannten Defiziten soll das Kind gezielt und rechtzeitig vor der Einschulung sprachlich gefördert werden.

Im Fall von Kindern ohne hinreichende Kenntnisse der deutschen Sprache, die bislang keine Kita besuchen, greift die „kleine“ Kita-Pflicht: In Berlin gibt es keine allgemeine Kita-Pflicht, aber eine indirekte Kita-Pflicht für Kinder mit mangelnden Deutschkenntnissen. Geregelt wird sie durch § 55 SchulG Berlin:

(1) „Kinder, die im übernächsten Schuljahr regelmäßig schulpflichtig werden, sind verpflichtet, an einem standardisierten Sprachstandsfeststellungsverfahren teilzunehmen. [...]“

(2) „Kinder, bei denen festgestellt wird, dass sie nicht über hinreichende Kenntnisse der deutschen Sprache für eine erfolgreiche Teilnahme am Schulunterricht verfügen, erhalten eine vorschulische Sprachförderung. [...]“

Die Eltern haben dafür Sorge zu tragen, dass dieser „kleinen“ Kitapflicht nachgekommen wird. Bei Verstößen können Bußgelder verhängt werden. Das Problem ist: dieses Instrument greift angesichts des Mangels an Kita-Plätzen nicht. Ein Kitabesuch führt auch nicht automatisch zum Erwerb der deutschen Sprache, dafür ist in vielen Kitas die ndH-Quote zu hoch oder sind die Gruppen zu groß.

Die AfD-Fraktion Berlin fordert: der Senat muss ausreichend Kita-Plätze bereitstellen und konsequent dafür Sorge tragen, dass der Aufforderung zur Sprachstandsfeststellung und zur Sprachförderung nachgekommen wird. Die AfD-Fraktion Berlin empfiehlt, die Aufforderungen auch in den Muttersprachen der Eltern zu versenden. Bei erfolgter Nichtreaktion auf die Aufforderung zur Sprachstandsfeststellung bzw. Sprachförderung sind Sozialarbeiter und gegebenenfalls Dolmetscher einzusetzen, um die gesetzliche Bestimmung aus § 55 SchulG durchzusetzen. Gegen Verweigerer müssen spürbare Sanktionen ausgesprochen werden.

### 3.6 Sexualerziehung in der Kita

Die Senatsverwaltung für Bildung hat 2018 eine Kita-Broschüre zur sexuellen und geschlechtlichen Vielfalt herausgegeben. Dass „sexuelle Orientierung schon in die Kita-Praxis“ gehöre und „mit Kindern darüber gesprochen werden darf“, stellt die Broschüre als vollkommen fraglos dar (S. 11). In Wirklichkeit ist diese Frage keineswegs so unstrittig.

Der Broschüre liegt ein falsches Bild der Realität zugrunde. Die Aussage, Erzieher „müssen zum einen wissen, dass das Thema Transgeschlechtlichkeit allgegenwärtig ist“ (S. 60) wird der gesellschaftlichen Wirklichkeit nicht gerecht. Gleiches gilt für die Behauptung „In vielen Kitas gibt es einen Murat, der gerne Prinzessin spielt“ (S. 12). Wenn sich ein Kind unglücklich fühlt, liegt dies in den allerseltensten Fällen daran, dass es mit seiner Geschlechtsidentität unzufrieden ist. Die Broschüre leitet Erzieher in die Irre, denn dort

wird postuliert: wenn ein Kind unglücklich erscheine, sei es wichtig „wertungsfreie Räume zur Erprobung der Geschlechtsidentität nutzen zu können“ (S. 75).

Der Aufruf „Verwenden Sie inklusive Sprache“ (S. 46) impliziert, statt der Begriffe „Vater“ und „Mutter“, künftig nur noch von „Elter 1“ und „Elter 2“ zu sprechen. Diese voraussetzende Hypertoleranz schießt über das Ziel hinaus. Eine solche Sprachpraxis behindert die Elternkommunikation massiv.

Diskussionen lässt die Broschüre nicht zu. Es wird vorgegeben, welche Einstellung richtig ist und mit welchen Vorurteilen aufzuräumen sei. Die Broschüre fordert nicht nur akzeptierende Toleranz für gleichgeschlechtlich orientierte Lebensweisen, sondern Wertschätzung derselben und verbittet sich jegliche Distanz und Kritik dieser Lebensmodelle. Diese subjektiv wertende und apodiktische Vorgehensweise widerspricht zum einen dem wissenschaftlichen Gebot der Diskursivität, zum anderen überschreitet sie die bildungspolitische Befugnis des Staates. Staatliche Sexualerziehung, die statt auf akzeptierende Toleranz auf die Wertschätzung sexueller Vielfalt gerichtet ist, verstößt gegen das Indoktrinationsverbot (BVerfGE 47, 46) und gegen Art. 6 Abs. 2 Satz 1 GG und ist somit grundgesetzwidrig. Dies hat das Gutachten von Prof. Winterhoff bestätigt. Der Staat darf niemandem vorgeben, dass er jede Art sexuellen Verhaltens gleichermaßen gutzuheißen und wertzuschätzen hat. Es gehört zum freiheitlichen Rechtsstaat, dass sich jeder einzelne darüber selbst eine Meinung bilden darf. Vorzuschreiben, dass der Bürger Homo-, Bi-, Trans- und sonst welche Sexualität gutzuheißen und wertzuschätzen hat, überschreitet die Rechtskompetenz des freiheitlich-demokratischen Staates. Um willen des friedlichen Miteinanders kann der Staat lediglich eine akzeptierende Toleranz gegenüber jedwedem legalen Sexualverhalten fordern.

Die AfD-Fraktion Berlin fordert, § 1 Absatz 3 Nummer 2 KitaFöG zu streichen, auf den sich die Kita-Broschüre beruft. Das Indoktrinationsverbot muss konsequent zur Anwendung kommen.

Die Wahrscheinlichkeit, dass ein junger Erzieher in einer städtischen Kindertagesstätte in Berlin niemals Kinder eines gleichgeschlechtlichen Paares betreuen wird, ist gering. Aus diesem Grund ist es sinnvoll, dass ein Erzieher geschult ist, mit Kindern aus gleichgeschlechtlichen Konstellationen professionell umzugehen. Es ist gut, dass Erzieher vorbereitet werden, mit intersexuellen Kindern und Kindern homosexueller Eltern pädagogisch professionell umzugehen. Kinder hingegen müssen Kind sein dürfen.

Die Forderung, sexuelle Vielfalt als Thema in den Kita-Alltag zu implementieren (S. 48-85), hat aus pädagogischer Sicht keine ausreichende Basis. Prophylaktische Aufklärungsarbeit über Homo-, Trans-, und Intersexualität anhand von Bilderbüchern wie „I am Jazz“ und „Jill ist anders“ liegt nicht im allgemeinen Bildungsinteresse von Kita-Kindern. Das Thema

„sexuelle Vielfalt aktiv in die frühkindliche pädagogische Arbeit einzubringen“ (S.11), ist unnötig und kann Kinder verstören. Über die Vielfalt von Lebensformen sollte anlassbezogen gesprochen werden, nicht präventiv.

## 4. Bildungspartnerschaft mit den Eltern

### 4.1 Neue Kultur der Bildungsbereitschaft

Wissenschaftliche Studien zeigen: Das elterliche Bildungsniveau und vor allem die Bildungsaspirationen der Eltern haben bedeutenden Einfluss auf den Bildungsweg der Kinder. Die Bildung unserer Kinder ist nicht nur Angelegenheit der Schulen. Schulen liefern für die Bildung unserer Kinder einen wesentlichen Baustein, aber kein „Rund-um-sorglos-Paket“. Eine Schule ist kein Dienstleistungsbetrieb, denn Bildung ist kein Konsumgut. Erfolgreich sind gerade die Kinder, deren Eltern sich aktiv an den Schulen einbringen und ein starkes Interesse an der Bildung ihrer Kinder zeigen. Neben den überengagierten „Helikopter-Eltern“, gibt es viele Familie, für die Elternmitwirkung leider immer noch ein Fremdwort ist. Oft erscheinen zu den Elternsprechtagen nur die Vorzeige-Eltern. Etliche Eltern hegen Schwellenängste gegenüber der Institution Schule - auch in Erinnerung an eigene schulische Misserfolge.

Die AfD-Fraktion Berlin will darauf hinwirken, allgemein eine neue Kultur der Bildungsbereitschaft und Leistungsfreude zu schaffen. Wir setzen darauf, Eltern zu beteiligen und an die elterliche Pflicht zu appellieren, sich für die Bildung ihrer Kinder einzusetzen. Wir wollen Schulen verbesserte Instrumente an die Hand geben, Eltern in die Pflicht zu nehmen. Im Fall von auffälligen Schülern stellen verpflichtende Elterngespräche eine mögliche Maßnahme dar. Durch Hausbesuche durch Lehrer oder Schulsozialarbeiter können Eltern im Zuge einer Politik der kleinen Schritte für die Bildungs- und Entwicklungsprozesse ihrer Kinder sensibilisiert werden.

### 4.2 Schuldistanz und Schulangst

In Bezug auf Schulverweigerung (Schulschwänzen) wird die Verhängung von Bußgeldern an die Eltern diskutiert. Bei fehlender Motivation der Eltern kann dies ein Instrument sein. Aber Bußgelder sind kein Allheilmittel, denn die Ursachen für Schuldistanz sind vielfältig. Es gibt Jugendliche, die einfach die Schule schwänzen und irgendwo abhängen. Jugendliche, die die Schule schwänzen und den ganzen Tag mit Computerspielen verbringen. Hier ist das Elternversagen offensichtlich. Viele Fälle von Schulverweigerung sind komplexer. Es gibt Schüler, die an Depressionen leiden. Es gibt hochbegabte Schüler, die sich in der Schule langweilen und deshalb fernbleiben. Ein besonderes Problem ist die „Schulangst“. Schulangst umfasst Leistungsängste aus Angst vor Kränkung und Versagen sowie soziale Phobien / Interaktionsstörungen (Angst vor anderen). Beim Vorliegen einer solchen Störung ist eine psychotherapeutische Behandlung geboten. Für Psychotherapien

gibt es bekanntermaßen Wartelisten, das ist ein Problem. Was spräche dagegen Psychotherapeuten, statt Schulpsychologen an der Schule einsetzen? Der Berufsverband Deutsche Psychologen (BDP) sieht darin eine Gefahr, dass sich überforderte Lehrer auf einfache Weise unbehaglicher Schüler zu entledigen versuchen, indem man die Schüler pathologisiert und an Psychotherapeuten abschiebt.

Bleibt ein Schüler der Schule fern, gibt es häufig auch weitere Probleme im Elternhaus. In diesen Fällen brauchen wir einen *systemischen* Ansatz. Es gibt Kinder alkoholkranker Kinder, die sich für ihre Eltern verantwortlich fühlen und deshalb zuhause bleiben. Auch pathologische *Trennungssängste* können hier eine Rolle spielen.

Leider gibt es bei den Hilfeangeboten große Probleme bei der Mitwirkung, sowohl bei den Schülern, als auch bei den Eltern. Es ist schwierig, Jugendamt, Schulamt, Eltern und Schüler an einen Tisch zu bekommen. Leider gelten Berliner Jugendämter als überlastet.

Es gibt Eltern, denen die Durchsetzungsstärke fehlt. Es gibt Eltern, die sich freuen, nicht allein zuhause zu sein. Daneben gibt es auch Eltern, die ihre Kinder vor Mobbing in der Schule schützen wollen. Aber auch in diesem gut gemeinten Vorgehen liegt ein Fehlverhalten. Es fehlt die Kommunikation mit der Schule.

Die AfD-Fraktion Berlin vertritt den Ansatz, Eltern stärker in die Pflicht zu nehmen. Bußgelder können bei fehlender Motivation der Eltern ein mögliches Instrument gegen Schuldistanz sein. Aber Bußgelder sind kein Allheilmittel, denn die Ursachen für Schuldistanz sind vielfältig. Der wesentliche Baustein, um Schuldistanz zu begegnen ist der Einsatz von Schulpsychologen und Schulsozialarbeitern. Die AfD-Fraktion Berlin fordert schnellere Hilfe. Schuldistanz entwickelt sich langsam. Bereits bei den ersten Anzeichen muss reagiert werden.

#### **4.3 Transparenz für Eltern: Elektronisches Klassenbuch einführen**

Das Elektronische Klassenbuch beugt der Schuldistanz vor. Fehlzeiten werden dokumentiert, über unentschuldigte Abwesenheiten werden die Eltern sofort in Kenntnis gesetzt. Über mögliches Fehlverhalten von Schülern können Eltern und Schulsozialarbeiter umgehend informiert werden, damit kann Schulversagen und Schulverweigerung effektiv entgegengewirkt werden. Der Nutzen des Elektronischen Klassenbuches beschränkt sich aber nicht auf ein digital gestütztes Fehlzeitenmanagement. Das Elektronische Klassenbuch ist ein sinnvolles Instrument zur Unterstützung der Bildungspartnerschaft mit den Eltern.

Diese kann nur gelingen, wenn die Kommunikation zwischen Schule und Elternhaus funktioniert. Das Elektronische Klassenbuch bietet die Möglichkeit, größere Transparenz zu schaffen und Kommunikationswege zu vereinfachen. Mit dem Elektronischen Klassenbuch



werden Ressourcen bei der Schulverwaltung eingespart und die Kommunikation zwischen Schulleitung, Lehrkräften und Eltern verbessert.

Wird es den Schülern aufgetragen, ihre Eltern über Elternsprechtage, anstehende Klassenarbeiten, etc. in Kenntnis zu setzen, bleiben Informationen nicht selten auf der Strecke. Über das Elektronische Klassenbuch können Eltern direkt informiert werden. Damit wird die Gefahr ausgeräumt, dass relevante Informationen nicht bei den Eltern ankommen.

Ins Klassenbuch tragen Lehrer klassischerweise den Lehrstoff ihrer Stunde und die erteilten Hausaufgaben ein. Über die erhöhte Transparenz durch das Elektronische Klassenbuch werden Lehrer zu einer qualitätsgesicherten Pädagogik angehalten, Eltern bietet sich eine Möglichkeit der Qualitätskontrolle. Gibt ein Lehrer beispielsweise nie Hausaufgaben auf oder zeigt in seinen Unterrichtsstunden immer nur Filme, können Eltern dies einfacher erkennen und ein Feedback geben.

Durch das Elektronische Klassenbuch gibt es Klarheit hinsichtlich erteilter Hausaufgaben: Kinder können ihre Eltern nicht mehr anschwindeln, es gebe keine Hausaufgaben. Es gibt keine Ausflüchte mehr, man habe nicht mitgeschrieben und vergessen, welche Übungen aufgegeben wurden. Denn die Information, welche Hausaufgaben erteilt wurden, ist klar und eindeutig festgehalten und jederzeit abrufbar.

„Aus ersten internen Evaluationen kristallisierte sich heraus, dass das Lehrer-Schüler-Verhältnis intensiver wird und dass der Zusammenhang zwischen Anwesenheit und Lernerfolg leichter, besser und häufiger thematisiert wird. Die Gespräche sind einfacher geworden, es gelingt besser, den Schülern zu verdeutlichen, dass sie anwesend und aktiv sein müssen und dass wir Interesse an ihrer Anwesenheit haben.“  
- Ronald Rahmig vom Oberstufenzentrum Kraftfahrzeugtechnik in Berlin-Wilmersdorf, in: *Elektronische Klassenbücher und Verwaltungssoftware*, in: *Pädagogik 12/14*, S. 48-49, S. 48.

Eine Reihe von Schulleitungen wollen das Elektronische Klassenbuch einführen. Um unkoordinierten Wildwuchs zu vermeiden und Datensicherheit zu gewährleisten, muss der Senat ein klares Gesamtkonzept vorlegen, auf das sich die Schulen einstellen können.

Die AfD-Fraktion Berlin fordert,

- das Projekt zur Einführung des Elektronischen Klassenbuches wiederaufzunehmen und fortzuführen (beispielsweise mit dem Partner der ersten Pilotphase, Gruber & Petters),
- ein Konzept zur flächendeckenden Einführung des Elektronischen Klassenbuches zu erarbeiten,
- an Schulen für das Elektronische Klassenbuch zu werben, um neue Schulen für die nächste Phase der Einführung des Elektronischen Klassenbuches zu gewinnen,

- das Personal partizipierender Schulen zur Verwendung des Elektronischen Klassenbuch - auch im Hinblick auf Aspekte des Datenschutzes - zu schulen,
- den Einsatz des Elektronischen Klassenbuches mit dem Ziel einer flächendeckenden Nutzung sukzessive auszuweiten.

Die Entscheidung, ob und in welchem Umfang ein Elektronisches Klassenbuch eingeführt wird, soll den einzelnen Schulen in Abstimmung mit Elternschaft und Lehrerkollegium selbst überlassen bleiben. Der Senat muss die praktischen, rechtlichen und finanziellen Voraussetzungen schaffen, allen Berliner Grundschulen, Sekundarschulen und Gymnasien die Nutzung des Elektronischen Klassenbuches unter Wahrung des Datenschutzes zu ermöglichen. Es muss sichergestellt werden, dass Eintragungen nur von autorisierten Lehrkräften vorgenommen werden und keine Manipulation durch Unbefugte stattfindet. Zu diesem Zweck ist eine Zwei-Faktor-Authentifizierung wichtig. Für die erfolgreiche Einführung des Elektronischen Klassenbuches ist die Akzeptanz beim Lehrerkollegium unbedingte Voraussetzung.

## 5. Pädagogische Ansätze

### 5.1 Fehler der Neuen Lernkultur: Offener Unterricht benachteiligt Schwächere

Unter der „Neuen Lernkultur“ verstehen Pädagogen, dass der Lehrer zurücktreten soll, um bei den Schülern eine selbständige und selbstorganisierte Lernaktivität in Gang zu bringen.

„Im Kern beruht die Neue Lernkultur darauf, dass wesentliche pädagogische Funktionen und Verantwortungsbereiche des Lehrers den Schülern aufgebürdet werden. Diese sollen eben nicht nur lernen, sondern müssen das eigene Lernen auch noch organisieren. [...] Der Idealtypus der Neuen Lernkultur ist der Autodidakt, man könnte aber auch von ‚Kaspar-Hauser-Pädagogik‘ sprechen.“ - *Matthias Burchardt, Pädagoge an der Universität zu Köln und Geschäftsführer der Gesellschaft für Bildung und Wissen e.V.*

Die Skepsis der Bildungskritiker gegenüber offenen Unterrichtsformen betrifft diejenigen Ansätze, die wenig strukturiert und mehr oder minder ergebnisoffen sind. Schüler sollen zunehmend allein lernen, die Kontrolle über das Geleistete und die Zielorientierung der Schüleraktivitäten kommt dabei zu kurz. Über die Individualisierung von Lernzielen und die Wahl des je eigenen Lerntempos gehen Bildungsstandards verloren. Die Neue Lernkultur wendet sich mit Recht gegen eine bloß belehrende und eintrichternde Unterrichtsform, fällt dabei aber in ein anderes Extrem: gut gemeinte Vernachlässigung.

„Unsere Schulen sind gut geeignet für die 25-30 Prozent von netten Schüler/innen aus netten Elternhäusern, die keinen Ärger machen. Aber für die anderen nicht.“  
- *Jesper Juul*

Der gegenwärtigen Pädagogik mangelt es daran, das eigene mittelstandsgeprägte Denken kritisch zu hinterfragen. Methodisch-didaktisch sind unsere Schulen auf die Kinder aus dem Bildungsbürgertum zugeschnitten, nicht auf Kinder aus bildungsfernen Familien.

„Nahezu alles, was die moderne Schulpädagogik für fortschrittlich hält, benachteiligt Kinder aus bildungsfernem Milieu. [...] ‚Offener Unterricht‘, überhaupt die Demontage des klassischen, lehrerbezogenen Unterrichts, die Wende vom Lehren zum Lernen und damit die übertriebene Subjektorientierung, die Verunklarung der Leistungsansprüche, Großzügigkeit bei der Beurteilung von Rechtschreibschwächen, [...] hindern die Kinder mit von Hause aus geringem kulturellen Kapital daran, ihre Mängel auszugleichen [...] Gerade das sozial benachteiligte Kind bedarf, um sich aus diesem Status zu befreien, eines geradezu altmodischen, direkt angeleiteten, aber auch geduldigen und ermutigenden Unterrichts.“ - *Hermann Giesecke*

Kinder lernen leichter und erfahren einen anhaltenderen Lernerfolg, wenn sie Aufgabenstellungen als ihre eigenen Probleme begreifen können und für diese nach Lösungen suchen. Methoden wie ‚Schülerzentrierter Unterricht‘ und ‚Problemorientiertes Lernen‘ sind aber nicht stets auf alle Lernbereiche anwendbar. Methoden sind nicht an sich gut, sondern stets abhängig von der Frage, in welchem Fach, mit welcher Art von Schülern und zu welchem Lernziel sie angewandt werden.

„Was sich modern und motivierend anhört, nutzt indes nur den leistungsstarken Schülern, während es schwächeren den Zugang zu Neuem und Anspruchsvollem erschwert.“ - *Michael Felten, Schluss mit dem Bildungsgerede, Bonn 2012, S. 13.*

Eine durchgehende Motivation zum Lernen aus der Sache heraus ist eine Wunschvorstellung, die bei Kindern aus dem Bildungsbürgertum greifen mag, in der breiten Masse aber nicht. Individualisiertes Lernen, offener Unterricht, Binnendifferenzierung und freies Lernen erweisen sich in der Praxis als wenig effektiv. Realiter lernen die Schüler weniger und langsamer, als es im klassischen, vom Lehrer gelenkten Unterricht möglich wäre. Gerade lernschwächere Schüler sind in besonderem Maße auf die Unterstützung durch den Lehrer angewiesen.



„Wer schon zu Hause mit der Bewältigung schulischer Aufgaben allein gelassen wird, sollte dies nicht auch noch in der Schule bleiben.“ - *Karl-Heinz Dammer, Professor für Allgemeine Pädagogik, Mitglied der Gesellschaft für Bildung und Wissen e.V.*

Bereits die BIJU-Studie hat festgestellt, dass in „Positivklassen“ (Klassen mit hohen Werten bei Lernzuwachs, Selbstvertrauen und Schulfreude) ein geringer Einsatz offener Unterrichtsformen und eine deutliche Lehrerorientierung zu finden ist.

„Das Professorenkind kann mit Selbstlernphasen sehr gut umgehen, während das Kind aus der bildungsfernen Schicht der helfenden Hand des Lehrers bedarf.“ - *Rainer Werner, Autor und ehemals Lehrer am John-Lennon-Gymnasium*

Die AfD-Fraktion Berlin setzt darauf, die methodisch-didaktischen Fähigkeiten der Lehrer zu stärken. Lehrer müssen eine Methodenvielfalt beherrschen, brauchen genügend Zeit für die Unterrichtsvorbereitung und müssen formal wie praktisch die Freiheit genießen, die situativ angemessene Methodik zu wählen. Es gibt keinen einzelnen Königsweg zu gutem Unterricht. Der sogenannte Frontalunterricht ist eine bewährte Methode, die ein Lehrer weiterhin einsetzen kann. Frontalunterricht durch einen mitreißenden Lehrer ist besser als ein nicht überwacht Einzellernen oder schlecht organisierte Gruppenarbeit. Die Behauptung, lehrergeleitetes Lernen verdamme den Schüler zum passiven Aufnehmen, ist schlicht falsch. Die AfD-Fraktion Berlin wendet sich gegen lehrerarmes Lernen. Das für einen guten Unterricht unverzichtbare gemeinsame Gespräch über die Stoffinhalte darf nicht auf der Strecke bleiben.

## 5.2 Raus aus der Verwöhnungsfalle

Das Thema Verwöhnen ist ein Dauerbrenner unter den Erziehungsthemen. Auf der Stufe der psychosozialen Entwicklung, auf der Kinder verstärkt Selbständigkeit lernen müssen, kann sich Verwöhnung schädlich auswirken. Die Gefahr einer verwöhnenden Erziehung liegt darin, dass Kinder die Fähigkeit zur Bewältigung praktischer Lebensaufgaben und Sozialkompetenz auf nur mangelhafte Weise entwickeln. Verwöhnung führt zu ‚erlernter Hilflosigkeit‘.

„Junge Menschen stärkt nicht, wenn wir sie vor Ansprüchen verschonen, sondern wenn wir Forderungen stellen und ihnen helfen, diese zu bewältigen.“ - *Jochen Krautz, Professor für Kunstpädagogik an der Bergischen Universität Wuppertal*

Liebevolle Zuwendung darf nicht mit Verwöhnung verwechselt werden. Kinder werden verwöhnt, wenn Erwachsene den Konflikt mit dem Kind scheuen. Erwachsene, die Kindern alles erlauben und durchgehen lassen, tun damit nicht den Kindern einen Gefallen, sondern sich selbst: Verwöhnende Erwachsene meiden den Konflikt mit dem Kind und sind nicht stark genug, Grenzen aufzuzeigen. Kinder brauchen jedoch ab und an den Konflikt, um lernen zu können, was Regeln sind. Konfliktscheue Eltern und Erzieher halten Kindern etwas vor: den Umgang mit Frustration zu lernen und die Erfahrung, dass das Leben danach

weitergeht. Verwöhnung ist nicht Liebe, Verwöhnung ist „Verwahrlosung im Glitzerlook“ (Albert Wunsch).

Die Mehrzahl der heutigen Schüler weist Symptome von Verwöhnung auf. Die Mentalität der Verwöhnung setzt sich in der Schule fort. Verwöhnung vollzieht sich in der Schule, wo auf das eingetretene Verwöhntsein der Schüler nicht adäquat reagiert wird bzw. die Schule selbst Verwöhnstrukturen schafft.

„Die um sich greifende Wohlfühl-, Gute-Laune-, Spaß- und Gefälligkeitspädagogik schadet unseren Kindern. Je niedriger die Hürden in der Schule, desto schwieriger fällt es den jungen Leuten, die Hürden im späteren Leben zu überwinden.“ - Josef Kraus: *Wie man eine Bildungsnation an die Wand fährt. Und was Eltern jetzt wissen müssen*, Stuttgart 2017, S. 25.

### 5.3 Ermutigen, nicht permanent und substanzlos loben

Erleichterungs- und Wohlfühlpädagogik läuft dem Bildungsziel, Heranwachsende auf die Berufswelt vorzubereiten zuwider. Zur Reifung eines jungen Menschen gehören auch Rückschläge. Kinder und Jugendliche brauchen nicht nur Lob, auch die Erfahrung von Misserfolg gehört zur Entwicklung.



„Lob ermuntert, sagt ein alter pädagogischer Erfahrungssatz. Doch was wird aus Lob, wenn es zum Patentrezept mutiert? [...] Kinder [...] stellen auf Durchzug, wenn sie mit Lob überschüttet werden, das sie als Subjekt gar nicht ernst nimmt. Sie stellen auf Durchzug, wenn sie unentwegt ‚toll hast du das gemacht‘ hören. Oder sie kehren den Spieß um, nehmen den Dauerempfang von Lob als Anrecht wahr und rasten beim kleinsten Tadel aus. [...] Dosierter Tadel muss keineswegs lähmen oder deprimieren. Er kann durchaus als Beschämungstich wirken, der dazu anspornt, bestimmte Dinge zu unterlassen und andere besser zu machen.“ - Christoph Türcke, *Lehrerdämmerung. Was die neue Lernkultur in den Schulen anrichtet*, München 2016, S. 142.

Forscher der Universität Amsterdam (*Origins of narcissism in children*, in: *PNAS*, March 24, 2015. 112 (12) 3659-3662) fanden heraus, dass Kinder, die von ihren Eltern überschätzt werden, später eine Neigung zum Narzissmus zeigen. Der zwanghafte Wunsch nach ständiger Bewunderung wirkt sich negativ auf das Sozialverhalten aus, macht anfälliger für Depressionen und kann zu einem gesteigerten Aggressionspotential führen.

Kinder brauchen Liebe, Zuneigung und Anerkennung. Die permanente Überschüttung mit Lob bereitet Kinder nicht auf ein selbständiges Leben vor, sondern blendet sie. Die wesentliche Voraussetzung für Ermutigungen bleiben objektive Fähigkeiten, das tatsächliche Wissen und Können des Kindes.

„Ein bloßes, psychisches Aufrüsten‘ ohne wenigstens minimale Deckung durch Kompetenz ist substanzlos und kann langfristig Zuversicht nicht aufrechterhalten. Beispielsweise läßt selbst die beste psychische Prüfungsvorbereitung niemanden ein Examen bestehen, wenn es weitgehend am entsprechenden Fachwissen mangelt.“ - Peter H. Ludwig: *Ermutigung. Optimierung von Lernprozessen durch Zuversichtssteigerung*, Opladen 1999, S. 144.

Die verlässlichste Ermutigung ist die Erfahrung von Erfolg. Ein ermutigender Lehrer setzt die Messlatte zu erreichender Ziele stetig höher, ermuntert zu Höchstleistungen und zeigt Schülern den Weg zum Glücksgefühl nach einer Anstrengung, einer selbsterbrachten Leistung.

Die AfD-Fraktion Berlin fordert: Schüler müssen konsequent Rückmeldung erhalten. Das Widerstreben gegenüber notwendigen Lerninhalten darf nicht erst zum Abschluss der Schule zu Konsequenzen führen. Schüler brauchen frühzeitig Rückmeldung und müssen zu ihrem Handeln Konsequenzen erfahren. Dazu gehört auch das Wiederholen einer Klasse (Sitzenbleiben).

Die AfD-Fraktion Berlin hält an den klassischen Ziffernoten auf Zeugnissen fest, das Ziffernzeugnis muss aber mit einem eingehenden Lernentwicklungsbericht, einer Leistungsbeurteilung (Berichtszeugnis) kombiniert werden.

#### **5.4 Individuelle Förderung - Homogene Klassen**

Individuelle Förderung gilt als Zauberwort zur Lösung bildungspolitischer und pädagogischer Probleme. Das Eingehen auf die Individualität des Kindes ist zum einen eine Frage des Respektes und der Anerkennung. Zum anderen ist individuelle Förderung ein pädagogisches Gebot. Den stark abweichenden Begabungen kann ein Lehrer aber nur dann gerecht werden, wenn er weitgehend homogene Lerngruppen unterrichtet. Je heterogener die Lerngruppe, desto schwieriger ist die Wahl des passenden Anforderungsniveaus. Der Forderung, der Heterogenität der Kinder in dieser Altersgruppe durch individualisierte Bildungsangebote zu entsprechen, kann in der Praxis oftmals nicht nachgekommen werden. Bildungsreformer versuchen dennoch zu beschwichtigen: Man wolle eine Schule für alle, doch zugleich die bestmögliche Förderung für jeden einzelnen. Der zweite Teil muss ein leeres Versprechen bleiben. Es überfordert Lehrer, die Schulstunde zugleich auf die Begabtesten und die Unbegabtesten auszurichten.

„In den Klassen des integrierten Systems ist die Spreizung der Lernvoraussetzungen, des Vorwissens und der Lernmotivation, bei den Schülern gewaltig. Sie stellt den Lehrer vor große methodische Herausforderungen. Es ist nämlich keineswegs leicht, jeden Lernstoff so aufzubereiten, dass er allen Lernniveaus gerecht wird. Binnendifferenzierung gehört zu den schwierigsten Handwerkstechniken eines Lehrers. Und es ist ein zeitlich aufwendiges Verfahren, jedes Unterrichtsmaterial in drei Niveaustufen aufzubereiten. Viele Lehrer begnügen sich deshalb damit, Unterrichtsangebot und Schwierigkeitsgrad auf das mittlere Niveau in der Klasse abzustellen, also auf die Schüler, die die Mehrheit bilden. Die besonders leistungsstarken Schüler bekommen dann nur ungenügende Lernanreize, die leistungsschwachen erhalten nicht die Förderung, derer sie bedürfen. Dies ist leider der pädagogische Alltag an vielen Sekundarschulen.“ - *Rainer Werner, Autor und ehemals Lehrer am John-Lennon-Gymnasium*

Die starke Durchmischung hält leistungsstarke Kinder zurück, auf leistungsschwache Kinder kann nicht genügend Rücksicht genommen werden. Derzeit werden Kinder mit sehr unterschiedlichen Voraussetzungen zusammengefasst, darunter sind lernbehinderte Kinder, Kinder nichtdeutscher Muttersprache, Kinder mit Lese-Rechtschreibschwäche, Kinder mit motorischen Problemen beim Schreiben, Kinder mit Konzentrationsstörungen, Kinder mit sozial-emotionalen Problemen, Risikoschüler, die kaum lesen und schreiben können, usw. Die Folge ist, dass ein Lernen im Klassenverband kaum noch möglich ist.

„Das individualisierte Lernen erweist sich als isoliertes, letztlich un-soziales Lernen.“ - *Rainer Werner, Autor und ehemals Lehrer am John-Lennon-Gymnasium*

Homogene Klassen: Die AfD-Fraktion Berlin fordert: Der Klassenraum sollte ein Ort für ein echtes gemeinsames Lernen sein, kein parzelliertes Großraumbüro von einsam vor sich hin wurstelnden Kindern. Die Forderung „Länger gemeinsam lernen“ konterkariert das echte gemeinsame Lernen im Klassenverband.

Deutsch-Garantie-Klassen: Die AfD-Fraktion Berlin befürwortet die Bildung von sogenannten „Deutsch-Garantie-Klassen“, die sich aus Kindern deutscher und nicht-deutscher Herkunft zusammensetzen, die einen Deutstest bestanden haben. Damit sollen Schulen wieder für Schüler aus bildungsbürgerlichen Familien interessanter werden und der Segregation entgegengewirkt werden.



## 5.5 Klassisches Bildungsverständnis vs. Kompetenzorientierung

Die „Kompetenzorientierung“ ist eine Leitformel der gegenwärtigen Lernkultur. Ohne demokratische Legitimation, an den Bürgern vorbei wurde das Kompetenzkonzept im Zuge

der PISA-Studien der OECD als neues Leitziel an Schulen durchgesetzt. In der Schockstarre nach PISA griffen Politiker völlig unreflektiert nach den von der OECD propagierten Kompetenzkonzepten. Seit der ersten PISA-Studie (2000) hielt die Kompetenzorientierung Einzug in die Lehrpläne.

Für die Kompetenzorientierung treten zwei unterschiedlich motivierte Akteure ein. Auf der einen Seite stehen die Lobbyisten der Ökonomisierung von Bildung. Ihnen geht es um die Neudefinition von Bildung als Anpassungsleistung. Auf der anderen Seite finden sich linke Romantiker, die die pädagogische Notwendigkeit von Inanspruchnahme negiert und von „Selbststeuerung“ der Kinder schwärmt - eine krude Mischung aus Antipädagogik und Konstruktivismus.

So haben wir heute eine „große Koalition“ - oder besser: „unheilige Allianz“ - aus neoliberalen und reformpädagogisch klingenden Paradigmen, die vereint gegen Bildung und Wissen arbeitet.“ - *Jochen Krautz, Professor für Kunstpädagogik an der Bergischen Universität Wuppertal*

Kompetenzorientierung vernachlässigt die Inhalte. Der Fehler liegt darin, dass dieser Ansatz gleichsam das Pferd von hinten aufzäumen will. Es wird verkannt, dass Kompetenzen erst aus Wissen, Fertigkeiten und Verhaltensweisen erwachsen:

„In den derzeitigen Curricula sollen Schülerinnen und Schüler möglichst viele Kompetenzen erlernen, weil man sich lebenslang in einer sich ständig ändernden Welt neue Informationen aneignen muss. Faktenwissen scheint weniger gefragt zu sein in den Lehrplänen. Der Haken an der Sache ist jedoch: Wissen ist für Schüler erforderlich, um Zusammenhänge zwischen Einzelfakten zu erkennen und herzustellen, damit diese zu einem Gesamtverständnis führen können. Völlig ohne Faktenwissen in den unterschiedlichsten Unterrichtsfächern kommt man nicht aus, da man für kritisches Denken Fakten parat haben muss, damit man Fakt A und Fakt B zusammenzählen kann, um Ungereimtheiten aufdecken und kritisch hinterfragen zu können als mündiger Staatsbürger.“ - *Norman Heise, Landeselternausschuss Berlin*

Faktenwissen ist nicht alles, aber ohne Faktenwissen ist alles nichts. Wer nichts mehr weiß, der kann auch nichts. Wissenserwerb darf nicht zum sinnfreien Selbstzweck verkommen, in dieser Hinsicht ist der Kompetenzorientierung beizupflichten. Durch die Kompetenzorientierung werden jedoch die Inhalte vernachlässigt. Kompetenzorientierung produziert Menschen, die in der Gesellschaft funktionieren sollen, zielt auf Anpassungsfähigkeit („Durchwursteln“) und unterminiert dabei die Entwicklung der Persönlichkeit als ganzer. Es geht nicht um Persönlichkeit, sondern um Personal (Humankapital). Als bloße Ansammlung von Versatzstücken ist Kompetenzorientierung bildungsfeindlich. Bildung ist mehr als die Summe von Problemlösungsfertigkeiten und mehr als die Befriedigung wirtschaftlicher Nützlichkeitsüberlegungen.



Die AfD-Fraktion Berlin fordert: Die Sache in ihrem bildenden Sinn muss wieder in den Mittelpunkt rücken. In den Rahmenlehrplänen sollen wieder mehr Fachinhalte festgehalten werden. Es müssen verbindliche Mindestinhalte vorgegeben werden. Die Rahmenplanumstellung auf Kompetenzorientierung lehnt die AfD-Fraktion Berlin ab. Fachlich fundiertes Wissen und Können dürfen nicht ins Hintertreffen geraten. Bildung muss den ganzen Menschen erfassen und persönlichkeitsbildend wirkend.

## 5.6 Lob der Disziplin

Disziplin bedeutet, seine Triebe und sein unmittelbares Begehren zugunsten eines höheren Zweckes zu zügeln. Alle Kultur basiert auf Disziplin und Selbstdisziplin. Die Spannung zwischen Disziplin und Selbstdisziplin ist ein zentrales Thema aller Erziehung.

„Disziplin beginnt immer fremdbestimmt und sollte selbstbestimmt enden, aus Disziplin soll immer Selbstdisziplin werden. [...] Erziehung bleibt immer eine Gratwanderung zwischen Disziplin und Liebe. Liebe muss das Movens jeder Erziehung sein, denn Disziplin rechtfertigt sich nur durch Liebe zu Kindern. Aber Liebe allein genügt nicht.“ - *Bernhard Bueb, Zur Wiederentdeckung der Disziplin, in: Pädagogik 1/07, 11-14, 11f.*

Disziplin soll zu Selbstdisziplin und damit einem eigenverantwortlichen Leben führen. Schüler, die über Disziplin zur Selbstdisziplin gefunden haben, verstehen, dass sie ihr eigenes Schicksal in der Hand haben, die Richtung ihres Lebens selbst bestimmen können. Disziplin muss stets das Wohl der Anvertrauten im Blick haben. Junge Menschen müssen spüren, dass ihre Erzieher die Disziplin aus Fürsorge fordern.

Disziplin basiert auf der Einhaltung von Regeln. Regeln und Rituale ordnen und strukturieren den schulischen Alltag und geben unseren Kindern Orientierung und Halt. Nur indem wir Gewicht auf die Einhaltung von Regeln legen, kann die natürliche Amtsautorität der Lehrer geschützt werden. Heranwachsenden muss klargelegt werden, dass es Regeln und Grundsätze gibt, die nicht verhandelbar sind, die durchgesetzt werden und deren Nichtbefolgen Konsequenzen hat. Die Festsetzung von Regeln, deren Übertreten keine Sanktionen folgen, ist sinnlos. Nur begründungslos die Einhaltung von Regeln zu fordern, ist respektlos gegenüber Kindern. Erziehung darf nicht in Dressur abgleiten. Regeln zu erklären und zu begründen, ist Teil einer wertschätzenden Haltung. Nur auf Einsicht zu setzen, greift zu kurz. Nur auf Gehorsam zu setzen, hemmt die Entwicklung der freien Persönlichkeit.

Disziplin hängt immer von der Haltung der Erwachsenen ab: wo sie bereit sind, die Einhaltung von Regeln einzufordern, verhalten sich Jugendliche respektvoll, zivilisiert und anständig. Eingreifen ist anstrengend, das wiederholte Ermahnen zehrt an den Nerven. Viel zu viele Eltern und Erzieher scheuen das konsequente Agieren, sind bequem und sehen

über auftretendes Fehlverhalten ihrer Schützlinge hinweg. Sie scheuen den Konflikt mit Heranwachsenden und erliegen dem Irrglauben, über das Ausüben von Strenge würden sie die Zuneigung der Jugendlichen verlieren. Darüber sind wir zu einer „Nation von Nicht-Erziehern“ (Bueb 2006, S. 16) geworden.

Wo Disziplin fehlt, wird der Schulbetrieb unmöglich. Von Schüler bedrohte Lehrer, von Mitschülern gemobbte Schüler, ungeahndete Respektlosigkeiten sind die Merkmale, die eine Schule zur Problemschule machen. Der Abstieg beginnt mit dem Mangel an Disziplin.

„Wir sanktionieren sofort, auch in ganz kleinen Bereichen.“ - *Michael Rudolph, Schulleiter der Friedrich-Bergius-Oberschule in Berlin-Friedenau*

Die Friedrich-Bergius-Schule zeigt, wie Disziplin an Schulen gelebt werden kann - zum Wohle aller: Mützen und Handys sind in der Schule nicht erlaubt, ebenso ist das Essen und Trinken im Unterricht verboten. Zum Unterrichtsbeginn stehen die Schüler auf. Wer zu spät kommt, muss klingeln. Der zu spät kommende Schüler erhält eine Aufgabe vom Hausmeister, z.B. den Schulhof fegen. Auf die dritte Verspätung folgt ein Brief an die Eltern. Schüler, die dann weiterhin unpünktlich sind, müssen vier Wochen lang um 6.30 Uhr erscheinen und saubermachen. Die Schulschwänzerquote bewegt sich gegen Null, die Gewalt an der Schule ist gewichen, die Anmeldezahlen sind enorm gestiegen.

Die AfD-Fraktion Berlin tritt dafür ein, sogenannte Kopfnoten auf Zeugnissen zu vergeben. Diese bewerten die Schüler in Betragen, Pünktlichkeit, Ordnung und Fleiß. Das Friedenauer Modell sollten sich andere Berliner Problemschulen zum Vorbild nehmen. Jede Schule sollte einen solchen Regelkodex aufstellen und durchsetzen. Die Regeln sollten durch die Schulkonferenz aus Lehrern, Eltern und Schülern bestimmt und verabschiedet werden und sind von der Schulleitung fortlaufend bekannt zu machen und durchzusetzen. Schüler, die durch Störungen einen geregelten Unterricht verunmöglichen, sind zeitweise vom Unterricht zu suspendieren und sollen in dieser Zeit von Schulsozialarbeitern betreut werden.

## 5.7 Jungen als Bildungsverlierer

„In Sachen Erziehung und Schule läuft es für die Jungen zurzeit wirklich schlecht. Hier hat sich eine Wohlfühl-Kuschel-Pädagogik eingeschlichen, die den kleinen Jungs gewaltig auf die Nerven geht. [...] Es geht [...] um diese generelle [...] Antimännlichkeitserziehung. [...] Jungen haben heute kaum noch die Fähigkeit, sich selbst in ihrer Körperlichkeit, in ihrer männlichen Durchsetzungsfähigkeit kennenzulernen. Sie werden mit Teilen ihrer Männlichkeit überhaupt nicht mehr bekannt.“ - *Wolfgang Bergmann, Pädagoge und Familientherapeut*

Das Thema ‚Jungenkrise‘ / ‚Jungen als Bildungsverlierer‘ gewann im Zuge der schulischen Leistungsvergleichsstudien in der öffentlichen und wissenschaftlichen Debatte Präsenz. ‚Jungenkrise‘ bedeutet kurz zusammengefasst: Bei gleichen Kompetenzen und bei gleicher Leistung bekommen Mädchen bessere Noten als Jungen. Jungen bleiben häufiger sitzen, brechen häufiger die Schule ab, brauchen häufiger Unterstützung aus der Jugendhilfe und werden häufiger arbeitslos.

Eine Ursache für die Krise der Jungen wird oft in dem feminisierten Schulwesen ausgemacht. Demzufolge richte die gewachsene Zahl von weiblichen Lehrkörpern den Unterricht unbewusst auf Mädchen aus. Feminisierung kommt in drei Varianten vor:

- als *numerische* Feminisierung (= Erhöhung des Frauenanteils unter den Lehrkräften, einhergehend mit Bevorzugungen von Mädchen und einem Mangel an Rollenvorbildern für Jungen)
- als *kulturelle* Feminisierung (= weibliche Fähigkeiten und Verhaltensweisen werden höhergeschätzt und stärker gefördert)
- als *politische* Feminisierung (= Ablehnung von Männlichkeit durch Verbreitung feministischer Positionen).

Die in der Forschung diskutierten Deutungsmuster zur ‚Jungenkrise‘ lassen sich in zwei Argumentationslinien unterteilen: Die *erste These* besagt, dass nicht hinreichend auf jungenspezifische Bedürfnisse und Begabungen eingegangen wird und dafür zu wenig männliches Fachpersonal zur Verfügung stünde.

„Die Schüler-Lehrer-Beziehung, das Herzstück pädagogischer Ambition, wird zum Handicap für Jungen, wenn Lehrerinnen sich mehr Mädchen zuwenden und auch ihren Unterrichtsstil danach ausrichten. Möglicherweise fällt es ihnen schwerer, sich in Jungen hineinzusetzen und ihre starken motorischen Bedürfnisse zu akzeptieren.“ - *Christine Eichel: Deutschland, deine Lehrer. Warum sich die Zukunft unserer Kinder im Klassenzimmer entscheidet, München 2014, o. S.*

Schule, so die Mahner der ‚Jungenkrise‘, benachteilige Jungen, insofern sie deren spezielle Neigungen und Ressourcen zu wenig berücksichtige. Die *zweite These* besagt, dass Jungen und Männlichkeit in der Schule nicht ausgegrenzt werden, sondern dass bestimmte Männlichkeitspraktiken schulische Nachteile mit sich bringen, die Schuld für die Misere in schädlicher Identitätsausformung seitens der betreffenden Jungen zu suchen ist = Die *hegemoniale Männlichkeit*, die *toxische Männlichkeit* sei schuld. Als Antwort wird eine Jungenarbeit bereitgehalten, die in Jungen, insofern sie Träger bestimmter Vorstellungen von Männlichkeit sind, ein Problem sieht.

Die AfD-Fraktion Berlin fordert: Lehrer und Lehrerinnen müssen hinreichend auf jungenspezifische Bedürfnisse und Begabungen eingehen und die Identität von Jungen respektieren. Die Antwort auf die Passungsprobleme zwischen männlichem Habitus und

Schulkultur darf nicht darin bestehen, Jungen andere Bilder von Männlichkeit anzutrainieren. Über Steigerung der Attraktivität des Lehrerberufs sollen vermehrt Männer für die Schule, insbesondere die Grundschule gewonnen werden. Jungen brauchen männliche Rollenvorbilder in der Schule.

### **5.8 Einführung von Schulkleidung - eine Option**

Schulkleidung schützt Schüler vor sozialer Diskriminierung. Neben den sozialen Gründen sprechen auch die pädagogischen Gründe für Schulkleidung. Von der Einführung von Schulkleidung würden alle Schulgänger profitieren. Schulkleidung erhöht die Identifizierung mit der jeweiligen Schule und bildet ein Symbol der Gemeinschaft aller Lernenden. Eine gestärkte Schulgemeinschaft verbessert die Lernatmosphäre.

Schulkleidung unterdrückt nicht Individualität, sondern befördert eine echte Individualität. Dies wird in den Schriften des Kulturphilosophen Georg Simmel deutlich. Simmel beschreibt zwei Formen von Individualität: eine bloß exogene Individualität, die ein Mensch erwirbt, indem er sich Äußeres anlegt. Und eine endogene Individualität, die der Mensch aus sich selbst heraus hervorbringt. Individualität, die der Mensch sich durch Äußeres zu geben hofft, bleibt ein Blendwerk. Individualität im echten Sinne ist ein Ausdruck charakterlicher Selbstformung. Schulkleidung unterstützt die Charakterentwicklung und den Prozess, echte Individualität zu entfalten. Die Fürsprache für Schulkleidung ist ein Votum für die charakterliche Selbsterziehung eines Menschen.

Mit ihrem Antrag Drucksache 18/0549 fordert die AfD-Fraktion Berlin den Senat auf, „sich für die fakultative Einführung von einheitlicher Schulkleidung an den öffentlichen Schulen in Berlin einzusetzen“. Der Antrag der AfD-Fraktion Berlin zielt nicht darauf, mit einem Schlag die Schullandschaft umzuwälzen, sondern darauf, einen Prozess zu initiieren. Es handelt sich um eine Idee, die wachsen muss. Auch rechtliche Aspekte müssen berücksichtigt werden. Es gibt das grundgesetzlich garantierte „Recht auf die freie Entfaltung der Persönlichkeit“ (GG, Art 2, Satz 1), das gewahrt werden muss.

Es liegt an den einzelnen Schulen, über die Einführung zu entscheiden. Nach dem Grundsatz einer demokratischen Erziehung sollten die Schüler der einzelnen Schulen am Prozess der Einführung von Schulkleidung partizipieren. Der Senat sollte sich landesweit dafür einsetzen, diesen Prozess zu bestärken.

### **5.9 Schüler-Feedback**

Der Beruf des Lehrers beinhaltet eine Neigung, es sich in Routinen bequem zu machen. Diese Routinen können der Unterrichtsqualität schädlich sein. Aufzubrechen sind diese Routinen nur durch fortwährende Selbstreflexion des Lehrers. Instrumente, um selbstreflexive Prozesse zu unterstützen, sind Stunden für Teamarbeit und Schüler-

Feedback. Beim Schüler-Feedback bewerten Schüler ihre Lehrer anhand von altersgerechten Bewertungsbögen.

Die AfD-Fraktion Berlin fordert, Schüler-Evaluationen verbindlich zu regeln und § 6 der Verordnung über schulische Qualitätssicherung und Evaluation neu zu fassen. Die Bewertungsbögen sind von einem unabhängigen Dritten auszuwerten. Auf negative Resultate müssen Maßnahmen zur Verbesserung der Lehrqualität folgen: Wird eine bestimmte Punktzahl unterschritten, muss der Lehrer mit einem Kollegen in ein Fachgespräch treten oder an einer Fortbildung teilnehmen.

### 5.10 Inklusion mit Augenmaß

Deutschland hat die Behindertenrechtskonvention der Vereinten Nationen ratifiziert. Gemäß dem Wortlaut der UN-Konvention hat sich für die Integration von Kindern mit Behinderung in die Regelschulen der Begriff „Inklusion“ eingebürgert. Diese Behindertenrechtskonvention ist in Deutschland bereits voll erfüllt, wird aber häufig überinterpretiert. Die Behindertenrechtskonvention fordert, Kindern mit Behinderung die Teilhabe am Bildungssystem zu garantieren, keineswegs aber die Abschaffung von Förderschulen.

„Eine unbegrenzte und alternativlose Integration von verhaltensauffälligen oder lernbehinderten Kindern kann unter unseren Bedingungen nicht gelingen. [...] So kann Inklusion nicht funktionieren. So wird vielen Kindern das Recht auf einen guten Start ins Schulleben genommen.“ - *Lehrer und Erzieher der Sonnen-Grundschule in Berlin-Neukölln in einem Brandbrief vom 9. April 2018*

Inklusion bedeutet einen hohen finanziellen Mehraufwand. Faktisch stellt sie aber ein Sparprogramm dar, unter dem Kinder mit und ohne Behinderung zu leiden haben. Die wissenschaftliche Inklusionskritik benennt zwei Schwachpunkte:

**Unterfinanzierung:** Die schulische Inklusion ist unterfinanziert. Die inklusiven Klassen sind zu groß, die nötigen Zweitlehrer und Sonderpädagogen fehlen.

**Überforderung:** Die Regelschullehrer sind überfordert. Für die Unterrichtung heterogener Lerngruppen fehlt ihnen die Vorbereitungszeit.

An 236 Berliner Schulen waren im Schuljahr 2017/18 keine Sonderpädagogen angestellt. Nach Schularten untergliedert ergibt sich folgendes Bild:

**Schulart: Zahl**  
Grundschulen: 110  
Sekundarschulen: 36  
Gymnasien: 90  
Gesamt: 236

Quelle: Schriftliche Anfrage Kerker / Tabor: Inklusion und Förderschulen: Was gibt es zu verbessern? (Drucksache 18/15752)

Die AfD-Fraktion Berlin fordert:

Förderschulen erhalten: Im Schuljahr 2008/09 gab es in Berlin 83 öffentliche Schulen mit sonderpädagogischem Förderschwerpunkt, im Schuljahr 2017/18 waren es nur noch 60 Schulen. Es gibt zahlreiche Fälle, in denen die Förderschulen die bessere oder sogar die einzig mögliche Form der Beschulung bieten. Die AfD-Fraktion Berlin hält darum am Parallelsystem von allgemeinen Schulen und Förderschulen fest und fordert ein breites Förderschulangebot. Förderschulen mit den Schwerpunkten Hören, Sehen, körperlich-motorische Entwicklung, sozial-emotionale Entwicklung sowie für den Unterricht kranker Schüler müssen erhalten bleiben.

Elternwahlrecht: Die AfD-Fraktion Berlin setzt sich für eine flächendeckende Bereitstellung von Förderschulen ein, um Eltern eine Wahlmöglichkeit einzuräumen. Wir wollen keine Inklusionspolitik gegen die Wünsche von Schülern und Eltern. Die Minimierung der Förderschulquote ist als Pauschalforderung abzulehnen, weil sie die realen Bedürfnisse der Schüler übergeht.

Lehrerausstattung: Ohne ausreichende Lehrerausstattung greifen die Maßnahmen für Kinder mit erhöhtem Förderbedarf nicht. Denn für Vertretungsstunden werden in der Regel als erstes die Förderlehrer aus der Doppelsteckung abgezogen. Lehrer in Inklusionsklassen sollten Ermäßigungsstunden erhalten.

Inklusionsquote kein Erfolgskriterium: Die magisch beschworene „hohe Inklusionsquote“ ist kein Kriterium für eine gelingende Inklusion. Vielmehr wird das Kriterium einer hohen „Inklusionsquote“ missbraucht, um eine erfolgreiche Inklusionspolitik vorzutäuschen.

Inklusion mit Konzept: Inklusiv arbeitende Schulen müssen über ein pädagogisches Konzept zur inklusiven Bildung, über Lehrkräfte für die sonderpädagogische Förderung und über die räumlichen Voraussetzungen verfügen.

Bildungsstandards aufrechterhalten: Auch die Interessen nicht-behinderter Kinder müssen bei der Inklusion berücksichtigt werden. Inklusion darf die Belange der nicht-behinderten Schüler nicht über Gebühr beeinträchtigen. Inklusion darf nicht dazu führen, dass leistungsstarke Kinder in ihrer Entwicklung aufgehalten werden. Inklusion darf nicht zur Individualisierung von Lernzielen führen, zentrale Bildungsstandards müssen aufrechterhalten bleiben.

## 5.11 Wald- und Naturpädagogik

In Berlin leben viele Menschen, die unter großstadtspezifischen Problemlagen in ihrer Entwicklung geschädigt wurden. Ein Gegengewicht zum Stress der Großstadt ist die Natur. Durch Naturerfahrungen kann Heranwachsenden zu einer größeren Ausgeglichenheit verholfen werden. Dem Wald kommt dabei eine besondere Bedeutung zu. Der Wald ist ein wertvolles Naturgut und prägend für die deutsche Kulturgeschichte. Indes ist der Wald nicht nur Lernort, sondern Ort der Entspannung und Regeneration mit besonderer Bedeutung für die Salutogenese. Wer in den Wald eintaucht, tut nachweislich etwas für seine Gesundheit. Ein regelmäßiger Aufenthalt unter Bäumen stärkt das Immunsystem.



Die AfD-Fraktion Berlin schreibt sich zwei Devisen aus der Waldpädagogik auf die Fahnen: „Wald statt Ritalin“ und „Kinder brauchen Matsch“. Ausflüge in die Natur müssen zum Pflichtprogramm gehören.

## 5.12 Eigenständigkeit der Schulen

Die AfD-Fraktion Berlin tritt für die Eigenständigkeit der Schulen ein und wendet sich gegen Reglementierungswut und Verbotswahn. Dezentrale Lösungen sind standardisierten Anweisungen von oben meist überlegen.

„Heute [...] wacht die Bildungsverwaltung wie ein Anstaltsdirektor über allem, es wird hineinregiert und sanktioniert. Wir müssen unsere Schulen wieder autonomer machen, sowohl finanziell als auch personell und curricular.“ - Prof. Heinz-Elmar Tenorth, HU-Berlin, Berliner Morgenpost, 1. September 2018

„Schreiben nach Gehör“: Es ist naiv zu glauben, mit einem Verbot der Lernmethode „Lesen durch Schreiben“ (Reichen-Methode) würden alle Berliner Kinder plötzlich orthographische Superstars. In der Regel praktizieren Schulen Mischformen verschiedener Methoden.



Die AfD-Fraktion Berlin spricht sich gegen die Methode „Lesen durch Schreiben“ aus.

Ein Verbot würde die Lehrer verunsichern und einengen, die Verwendung der Anlauttabelle muss möglich bleiben. Schüler brauchen bezüglich der Rechtschreibung ein konsequentes Feedback. Dazu gehört auch, dass die Durchführung von Diktaten für die Schulen bindend ist.

Handyverbot: Unsere Schulen sind technisch schlecht ausgestattet. Ein Smartphone kann da bei einem Projekt ein Instrument für eine Schnellrecherche sein. Im normalen Unterricht lenken die Geräte aber ab, bei jungen Kindern können sie sogar dem Entwicklungsprozess schaden.

„Smartphones beeinträchtigen die Gehirnentwicklung, die Aufmerksamkeit, das Lernen und damit die Bildungskarriere.“ - Prof. Dr. Dr. Manfred Spitzer, Leiter des Transferzentrums für Neurowissenschaften und Lernen

Die AfD-Fraktion Berlin vertritt die Auffassung, dass die Schulen die Frage der Handynutzung an Schulen individuell lösen sollten und können. Ein zentral verhängtes Verbot halten wir für unzweckmäßig.

Jahrgangübergreifendes Lernen: Der Berliner Senat hatte - ohne den nötigen Mehrbedarf an personellen Ressourcen bereitzustellen - das Jahrgangübergreifendes Lernen in den Klassen 1-3 (JüL) als verbindliche Lernform durchgesetzt und dann wieder abgeschafft.

Die AfD-Fraktion Berlin fordert: Statt Patentrezepten brauchen wir maßgeschneiderte Lösungen. Die flächendeckende Einführung von JüL war von Anfang an ein Irrweg.

## 6. Struktur und Infrastruktur

### 6.1 Ganztagschule

Auch Eltern, die vorübergehend arbeitslos sind, müssen für ihre Kinder einen Ganztagsplatz in Anspruch nehmen können. Es handelt sich um junge Menschen, die wieder in den Arbeitsmarkt integriert werden müssen. Möchten eine Mutter oder ein Vater eine neue Stelle antreten, sollen sie nicht erst noch auf die Bedarfsprüfung für einen Ganztagsplatz für ihre Kinder warten müssen. Die Ausstattung der offenen Ganztagschulen ist denkbar schlecht. Die Räume für den Ganztags fehlen. Lehrer werden genötigt, ihre Räume mit der Nachmittagsbetreuung zu teilen und müssen damit die Hoheit über ihr Klassenzimmer aufgeben.

Der Ansatz, durch die Ganztagschule sozial bedingte Unterschiede im Bildungserfolg ausgleichen zu können, ist unter den gegebenen Umständen eine Täuschung der Öffentlichkeit. Dies würde nur über Ganztagschulen funktionieren, in denen - auch mit speziellen Förderprogrammen - ganztags gelernt wird. Betreuung allein kompensiert nicht.



Gerade mit Blick auf Schulsanierung und Schulneubau fordert die AfD-Fraktion Berlin, nicht nur den unterrichtlichen, sondern auch den außerunterrichtlichen Bedarf angemessen zu berücksichtigen. Dabei reicht es nicht, das Angebot für den Ganzttag auszuweiten. Wichtig ist, über die Qualität und das Konzept für die offene Ganzttagsschule zu sprechen. Zu diesem Konzept muss es gehören, die Kooperation mit außerschulischen Partnern zu verbessern.

### 6.3 Sponsoring an Schulen

Eine gute finanzielle Ausstattung unserer Schulen ist die grundlegende Basis für gelingende Bildungsprozesse. Die Finanzierung muss in der Verantwortung des Staates liegen. Sie wird durch Aktivitäten von Fördervereinen an Schulen ergänzt. In anderen Ländern ist die finanzielle Förderung von Bildungseinrichtungen - beispielsweise durch Absolventen und lokale Unternehmen - selbstverständliche Praxis. Die Schulen akquirieren selbstständig Drittmittel und erhöhen dadurch ihren finanziellen Spielraum. Insbesondere in den USA ist diese Praxis weit verbreitet und wird beginnend auf der Grundschulebene über die Junior High School und Senior High School bis hin zu den Universitäten praktiziert.

Interesse der Schulen: Sponsoringmaßnahmen setzen ein neues Selbstverständnis von Schule voraus. Basis ist ein ausgearbeitetes Schulkonzept bzw. sind attraktive Projekte, die Sponsoren dazu veranlassen, Unterstützung zu lassen. Durch Sponsoring werden nicht nur finanzielle Einnahmen generiert. Über die Gewinnung von Sponsoringpartnern machen Schulen die eigene gute Arbeit sichtbar. Durch Kooperationen öffnet sich die Schule, wird lebendiger und spannender. Für Schüler wie Lehrer können sich wertvolle Einblicke in die Praxis und ein Zuwachs an neuestem Fachwissen ergeben.

Interesse der Sponsoren: Der Nutzen für Sponsoren ist vielfältig. Neben der Mithilfe bei der Verbesserung der Schulqualität als Wahrnehmung einer gesellschaftlichen Aufgabe steht natürlich der Imagegewinn. Die Unternehmen nutzen die Kooperation für die eigene Öffentlichkeitsarbeit und zur Pflege des Corporate-Social-Responsibility-Profiles. Über Sponsoring können Unternehmen ihre Beziehungen zum regionalen Umfeld verbessern. Aus einem unbekanntem Akteur wird ein Name, mit dem die Menschen etwas verbinden können. Dadurch treten Unternehmen in der Region positiv in Erscheinung und tragen dazu bei, Vorurteile gegenüber der Wirtschaft abzubauen.

„Die gut und zuverlässig ausgehandelte Balance zwischen pädagogischem Auftrag und Imageförderung ist zentraler Bestandteil für den Erfolg von Schul sponsoring.“ - Helmut Schorlemmer OStD. a. D., von 1999-2016 Schul sponsoringberater des Landes NRW, in: SchuR 2/2017, S. 36-40, S. 39.

Inhalt und Grenzen: Sponsoring eröffnet finanzielle, sachliche oder personelle Ressourcen, um Schulentwicklung aktiv gestalten zu können. Es ist kein Ersatz für die Grundversorgung der Schule, es dürfen keine Abhängigkeiten entstehen. Regelmäßige finanzielle Beiträge Dritter dürfen nicht zum voraussetzenden Bestandteil unterrichtsbezogener Aufgaben werden, sie dürfen aber zur Ausgestaltung des eigenen Schulprofils und zur Optimierung von Standards genutzt werden. Mittel der Sponsoren müssen so eingesetzt werden, dass ein Ausfall dieser Mittel keine substantielle Beeinträchtigung der Bildungs- und Erziehungsarbeit nach sich ziehen würde. Ziel sollte es sein, Projekte und Arbeitsgemeinschaften durch außerschulische Partner zu begleiten. Der Bildungs- und Erziehungsauftrag, der konkrete pädagogische Nutzen muss im Vordergrund stehen. Mögliche Formen des Sponsorings sind: Finanzierung der Einrichtung von Fachräumen, der Schulhofgestaltung, Öffnung firmeninterner Fortbildungen für Lehrer, Entsendung von Experten für bestimmte Themen, Überlassung von Labors zur naturwissenschaftlichen Forschung und Arbeitsstätten, Betriebserkundungen und Praktika, Beratung beim Schulmanagement. Nicht sponsoringfähig ist der reguläre Unterricht, Lehrer können nicht extern finanziert werden. Sponsoren dürfen keinen Einfluss auf Unterricht und Organisation der Schule nehmen. Mit Blick auf den Straftatbestand der Vorteilsnahme dürfen Sponsorengelder nur von der Schulleitung bzw. dem Schulträger, nicht aber von einzelnen Lehrpersonen angenommen werden.

Die Gegenleistung der Schule hat zurückhaltend zu erfolgen, die Gegenleistung der Schule heißt: Kommunikation. Die Schule kommuniziert die Kooperation gegenüber der Presse, in Schülerzeitung und Rundbriefen an Eltern und über den eigenen Internetauftritt. Genannt werden Name und Unterstützungsleistung des Sponsors. Bei Ausstattung von Räumen können größtmäßig angemessene, d.h. dezente Hinweistafeln angebracht werden. Unzulässig sind an Größe oder Zahl übermäßige Einblendungen des Firmennamens oder -logos, rein kommerzielle Produktwerbung ohne erkennbaren pädagogischen Nutzen oder Produktempfehlungen durch die Schule, Verkaufsaktionen in der Schule, Werbe-T-Shirts sowie die Weitergabe von Schülerdaten.

Die AfD-Fraktion Berlin fordert klare Richtlinien zu Sponsoring und Werbung an Schulen, die bloße Produktwerbung muss untersagt werden. Sponsoren müssen ein echtes Interesse an der Schulentwicklung zeigen. Schulträger dürfen Sponsoring nicht als substantiellen Teil ihres Ausstattungsvolumens betrachten.

Die AfD-Fraktion Berlin setzt sich dafür ein, dass alle Schulen Berlins Fördervereine einrichten und Schulleitungen aktiv Absolventen, Eltern und Unternehmen auf Fördermitgliedschaften ansprechen.

## 6.4 Freie Schulen (Privatschulen)

Bildungseinrichtungen müssen frei und selbständig agieren können und zueinander im Wettbewerb stehen. Dies bedeutet auch, dass es neben den öffentlichen Bildungseinrichtungen private Bildungseinrichtungen geben muss. Doch der SPD sind die Privatschulen ein Dorn im Auge. Denn sie zeigen ja, dass Bildung in Berlin gelingen kann, immer dann, wenn der rotregierte Senat nicht mitmischt. Dabei ist es kein Geheimnis, dass die Genossen ihre eigenen Kinder doch lieber auf die Privatschule schicken und eben nicht auf eine der vielen Brennpunktschulen mit hohem Migrantenanteil.

Aufgrund der Berliner Bildungsmisere haben Privatschulen in den letzten Jahren immer mehr an Zulauf gewonnen, doch der Boom kommt ins Stocken. Dies hat Gründe in der strukturellen Schlechterstellung. Freie Schulen müssen mit staatlichen Schulen, die in der Regel besser bezahlen, um Lehrer konkurrieren. Bislang erhalten freie Schulen nur 93 Prozent der Personalkosten, die staatliche Schulen haben. Die Betriebskosten werden indes nicht erstattet. Nachdem die bezirklichen Reinigungskräfte durch private ersetzt wurden, entfiel für die Privatschulen dieser ganze Posten. Außerdem dauert es Jahre, bis eine neugegründete Schule staatliche Zuschüsse in Anspruch nehmen kann. Dadurch sammeln sich in der Regel bei den Trägern freier Schulen große Schuldenberge an, die letztlich nur über höhere Elternbeiträge abbezahlt werden können. Für Neugründungen von Freien Schulen gibt es zudem kaum noch freie Grundstücke oder Gebäude. Dabei ist das Recht, freie Schulen zu errichten im Grundgesetz verbürgt: „Das Recht zur Errichtung von privaten Schulen wird gewährleistet.“ (Art. 7, Abs 4 GG). Der Anspruch auf Gründungsfreiheit und Schulvielfalt ist ein Recht, deren Verwirklichung der Staat zu schützen und zu fördern hat. Durch die Praxis des jetzigen Systems in Berlin wird dieses Recht ausgehöhlt.

Die AfD-Fraktion Berlin fordert ein voll umfängliches Vollkostenmodell für Privatschulen. Bei der Vergabe von Mitteln darf der Staat freie Schulen gegenüber den staatlichen Schulen nicht benachteiligen. Das System der Bildungsgutscheine (School-Voucher) sollte geprüft werden.

## 6.5 Schulbau: Qualität und Transparenz

Ob Bildung gelingt, hängt auch von der Qualität der Schulgebäude ab. In den letzten Jahrzehnten wurde an der baulichen Unterhaltung der öffentlichen Infrastruktur gespart, insbesondere auch an den Schulgebäuden.

„Die jetzt gebauten und sanierten Schulen werden in den nächsten 50 bis 80 Jahren die Bildungslandschaft Deutschlands ganz wesentlich mitbestimmen. Ob ganztägige Bildung und Betreuung gelingt, ob sich ein modernes Lehr- und Lernverständnis in den Schulen etabliert, ob Chancengerechtigkeit für alle Kinder und Jugendlichen erreicht wird, hängt entscheidend von der Qualität der Schulgebäude ab.“ - *Gemeinsames Positionspapier von Montag Stiftung Jugend und Gesellschaft, Bund Deutscher Architekten und Verband Bildung und Erziehung - 04/18*

Nach dem Schulgebäudescan des Senats hat Berlin einen Sanierungsstau bei Schulen von 5,5 Mrd. Euro. Wie hoch der gesamte Sanierungs- und Erweiterungsinvestitionsbedarf in Berlin ist, weiß der Senat nicht. Es gibt nicht nur Schulen, sondern auch Straßen, Brücken, Polizei- und Feuerwehrgebäude, Dienstgebäude anderer Behörden, Krankenhäuser, Sportanlagen, Schwimmhallen, ÖPNV, etc. Der gesamte Investitionsbedarf könnte sich auf bis zu 10 bis 20 Mrd. Euro summieren.

Für den Bau und die Unterhaltung der Schulgebäude und Turnhallen sind an sich die Bezirke finanziell und administrativ zuständig. Um die Bemühungen zu bündeln und zu beschleunigen wurde allerdings bei der Senatsverwaltung für Bildung eine „Taskforce Schulbau“ eingerichtet.

Zunächst war im Gespräch, den Schulbau in Infrastrukturgesellschaften auszulagern, ähnlich wie dies in Hamburg gehandhabt wird. Dies wurde aber im Rat der Bürgermeister, also von den Bezirken, abgelehnt. Stattdessen wurde vereinbart, dass die Bezirke freiwillige Kooperationen untereinander eingehen. Dafür sollte in Neukölln ein zentrales Koordinationsbüro als Schaltzentrale der „Taskforce Schulbau“ eingerichtet werden, dies liegt aber auf Eis.

Durch die Uneinigkeit zwischen Land und Bezirken bzw. zwischen den Parteien und innerhalb der Parteien ist viel Zeit verloren gegangen. Zur Beschleunigung der Schulbauoffensive verständigte man sich nach zähem Streit auf folgende Arbeitsteilung:

- Schulbauprojekte zwischen 0-5,5 Mio. Euro verbleiben in Verantwortung der Bezirke,
- Schulbauprojekte zwischen 5,5 -10 Mio. Euro können die Bezirke an die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung abtreten,
- Schulbauprojekte über 10 Mio. Euro („Großsanierungsprojekte“) werden an die landeseigene Wohnungsbaugesellschaft HOWOGE übertragen und über ein Mieter-Vermietermodell finanziert.

Über die Beauftragung der HOWOGE versucht der Senat die ab 2020 im Grundgesetz verankerte Schuldenbremse zu umgehen. Problematisch sind solche Konstruktionen, da damit staatliche Aufgaben des Kernhaushaltes in sogenannte Schattenhaushalte verschoben werden und sich so der parlamentarischen Kontrolle entziehen. Es fehlt die Transparenz hinsichtlich der Dateneinsicht sowie der möglichen Prüfung des Landesrechnungshofes, der hier nur sehr begrenzte Prüfrechte hat.

Die HOWOGE wird noch Jahre brauchen, um operativ tätig werden zu können. Als privatrechtliches organisiertes Unternehmen muss und soll die HOWOGE ca. 1,1 Mrd. EUR Kredite für das Schulbauprogramm aufnehmen. Die Bezirke sollen dann die Schulen über den Finanzierungszeitraum von 25 Jahren von der HOWOGE mieten. Das ist insgesamt ein teures Unterfangen, da die HOWOGE nicht so günstige Zinskonditionen bekommt wie das Land Berlin. Berlin muss den finanzierenden Banken entsprechende Garantien geben und selbst dann Mietzahlungen für Schulgebäude leisten, wenn die HOWOGE - aus welchen Gründen auch immer - Schlechtleistung erbringt (Einredeverzicht). Dies ist ein sehr riskantes und teures Konstrukt für den Steuerzahler!

Durch standardisierte Typenbauten drohen Fehlplanungen im großen Stil wie zuvor beim Schulbau durch die Degewo in den 1970ern. Noch Jahre lang musste das Land Berlin für fensterlose asbestverseuchte Schulräume weiterzahlen.

„Die Berliner Schulen müssen im öffentlichen Eigentum mit öffentlichen Geldern saniert und ausgebaut werden - das ist der schnellste Weg und auch das sicherste, günstigste und demokratischste Vorgehen.“ - *Volksinitiative „Unsere Schulen“ von Gemeingut in BürgerInnenhand (GiB)*

Die AfD-Fraktion Berlin stellt folgende Anforderungen an den Schulraum: Ein Raumprogramm, das auf einem pädagogischen Gesamtkonzept basiert, funktionale und ästhetische Qualitäten, Vielseitigkeit und Veränderbarkeit in der Nutzung, Langlebigkeit und Wirtschaftlichkeit im Betrieb, Öffnung zum Sozialraum. Die Howoge darf nicht die Art von Schulgebäuden diktieren. Serielle Typenbauten für den Schulbau lehnen wir ab.

Berlin braucht einen Gesamtüberblick und einen Investitionsplan unter Berücksichtigung aller Bedarfe, nicht nur im Schulbereich. Bezirkskooperationen für den Schulbau sind sinnvoll. Dies wird insbesondere da deutlich, wo es viele typengleiche Schulgebäude gibt wie in den Ostbezirken. Senat und Bezirke sollten - durch die bereits bestehende „Taskforce Schulbau“ koordiniert - die Aufgabe des Schulbaus übernehmen und nicht an eine landeseigene Gesellschaft übertragen. Damit wäre Transparenz gegeben, insbesondere hinsichtlich der Einhaltung der Schuldenbremse, aber auch der parlamentarischen Kontrolle sowie der Prüfung durch den Landesrechnungshof.

Entscheidend ist, dass ein vergleichbares Desaster (finanzieller und architektonischer Art), wie es Berlin in den 1970er Jahren mit der Degewo beim Schulbau erlebte, ausgeschlossen bleibt!

## **6.6 Landschulheim und Jugendhilfeeinrichtung mit Internatswohngruppen: Ein Gesamtkonzept für die ehemalige Jugendhochschule am Bogensee**

Das Areal der ehemaligen Jugendhochschule am Bogensee befindet sich im Besitz des Landes Berlin. Der Senat hat trotz jahrelanger Bemühungen keinen Käufer für das Objekt

finden können. Die Nutzung eines derart großen Areals bedarf eines Gesamtkonzepts. Der Ort darf sich nicht in kleinteilige Zwischennutzungen verlieren, das würde den Ressourcen nicht gerecht. Als Landschulheim würde sie prinzipiell allen Schülern offenstehen. Als Jugendhilfeeinrichtung mit



Jugendhilfeeinrichtung mit Internatswohngruppen würde sich die Einrichtung an diejenigen Schüler richten, die besonderer Förderung bedürfen. Bildungspolitik muss Leistung einfordern, darf aber auch nicht die Schüler zurücklassen, die in ihrem Umfeld Schädigungen erlitten haben.

Die Förderkonzepte von Schule und Internat müssen sich ergänzen. Die Internatswohngruppen bieten über die Selbstbesorgung im Alltag eigene Lernfelder. Die Jugendhilfeeinrichtung soll die Schüler zur Lebensbewältigung befähigen und kann durch die Übernahme praktischer Tätigkeiten im Rahmen der Selbstorganisation der Einrichtung berufsvorbereitend wirken.

Die AfD-Fraktion Berlin fordert, ein Konzept zur Entwicklung der ehemaligen Jugendhochschule am Bogensee zu erstellen. Das Angebotsportfolio der Einrichtung soll folgende Nutzungen integrieren:

- 1.) ein Landschulheim,
- 2.) eine Jugendhilfeeinrichtung mit Internatswohngruppen.

Die Gestaltung des pädagogischen Konzepts soll sich an den gegebenen Ressourcen orientieren; eine starke Ressource ist die umgebende Idylle der Natur. Von der Erfahrung dieses Naturraums können Schüler, die sich zuvor in einem schädigenden Umfeld befanden, besonders profitieren. Zugleich soll die Anlage keine Kasernierung bedeuten, sondern als Landschulheim eine offene Einrichtung sein.

In die Entwicklung des Gesamtkonzepts muss der Senat u.a. den Landeselternausschuss, Einrichtungen der Jugendhilfe und das Land Brandenburg einbeziehen. Die Trägerschaft soll bei einer neu zu gründenden Stiftung liegen. Bei der Renovierung der Gebäude ist der Denkmalschutz zu beachten.

## 6.7 Schulgärten und Schulhofentsiegelung

Eine Anfrage der AfD-Fraktion Berlin ergab, dass der Anteil der vollversiegelten Schulhofflächen weiterhin zu hoch ist. Insbesondere Berlin-Neukölln ist davon betroffen.

Die AfD-Fraktion Berlin setzt sich für eine schüler- und lerngerechte Schulhofgestaltung ein. Schüler sollen die Möglichkeit erhalten, in unmittelbarer Nähe ein Stück Natur zu erfahren. Dazu brauchen wir flächendeckend Schulgärten und eine weitere Schulhofentsiegelung.



## 6.8 Gesamtstrategie zur Digitalisierung an Berliner Schulen und Hochschulen

Die Digitalisierung der Schule wurde vom SPD-geführten Bildungsressort in Berlin als Projekt begonnen und abgebrochen. Wie der Rechnungshof rügte, wurden 16 Millionen Euro komplett in den Sand gesetzt. Schulleiter sprachen vom BER der Bildungsministerin. Es kommt aber nicht nur auf die Infrastruktur, sondern auch auf pädagogische Konzepte an. Das



Bestreben, unterrichtliche Prozesse zu technisieren, droht, ein konstitutives Element schulischen Lernens zurückzudrängen: Schule und Unterricht als ein Ort des Miteinanders und der vielfältigen sozialen Interaktion.

„Wir müssen uns auf unsere pädagogische Aufgabe besinnen und (digitale) Medien wieder zu dem machen, was sie im Präsenzunterricht sind: didaktische Hilfsmittel.“ - Prof. Dr. Ralf Lankau, Hochschule Offenburg

Digitalisierung ist zu einem Zauberwort avanciert, mit dem man die Bildungsmisere auf einen Streich beheben zu können glaubt. In dieser naiven Hoffnung werden Gefahren und Probleme vollkommen ausgeblendet. Schulen geraten durch die Digitalisierung in Abhängigkeit von der technischen Infrastruktur. Der Digitalpakt, ein Geschenk des Bundes, erscheint verlockend, die Übernahme der immensen Folgekosten wird jedoch nicht bedacht. „Digitale Hochschule“, „Digitale Wissenschaft“, „Digitales Wissen“ und „Digitale Bildung“ sind modische Schlagwörter des politischen Diskurses. Ihre genaue Bedeutung scheint oft auch für diejenigen, die sie im Munde führen, unklar.

„Auch bei dem reflexhaften Ruf nach der ‚digitalen Schule‘ kann Unterricht nur so gut sein, wie die Lehrkraft ihn konzipiert und wie klug sie sich der multimedial gestalteten Lehr- und Lernmittel bedient.“ - Manfred Fischer, Schulforum-Berlin

Es fehlt nicht nur an digitaler Infrastruktur an Schulen, es fehlt auch eine zielgerichtete Gesamtstrategie. Die unter dem „eEducation Berlin Masterplan“ subsumierten Leitprojekte lassen nicht klar erkennen, welche Strategie zur Digitalisierung der Senat verfolgt und

worauf sie abzielt. Ohne stringente Gesamtstrategie bleiben die bisherigen Leitprojekte nur Versatzstücke. Digitalisierung kann sich nicht darin erschöpfen, der Öffentlichkeit hin und wieder medienwirksame Projekte zu präsentieren. Der Senat muss klar erkennen lassen, wohin der eingeschlagene Weg führen soll, die Projekte und Maßnahmen im Rahmen einer Gesamtstrategie koordinieren und darüber Transparenz walten lassen.

Eine Gesamtstrategie zur Digitalisierung an Berliner Schulen muss benennen, welche Fähigkeiten Schüler künftig erwerben sollen, um auf beruflicher und privater Ebene den Anforderungen der digitalen Welt gewachsen zu sein und welche Konsequenzen dies für Lehrpläne, Lernprozesse, Lernumgebungen und die Lehrerbildung mit sich bringt.

Die AfD-Fraktion Berlin fordert, unter Einbindung von Fachdidaktikern, Vertretern aus Wissenschaft und Verwaltung eine Gesamtstrategie zur Digitalisierung an Berliner Schulen und Hochschulen zu entwickeln und fortzuschreiben. Die Gesamtstrategie zur Digitalisierung an Berliner Schulen soll

- eine klare und eindeutige Definition verwendeter Termini leisten,
- die Ziele der Digitalisierung in kurz-, mittel- und langfristiger Sicht benennen,
- veranschaulichen, in welcher Form die Leitprojekte dazu dienen, diese Ziele zu verwirklichen,
- die Umsetzung der Strategie der Kultusministerkonferenz „Bildung in der digitalen Welt“ und
- die Anpassung der Rahmenlehrpläne an den Prozess der zunehmenden Digitalisierung dokumentieren.

Bei Darstellung der pädagogischen Ziele muss die Gesamtstrategie zur Digitalisierung folgende Teilbereiche differenzieren: 1.) E-Learning und digital gestütztes Lernen (Mediendidaktik), 2.) Informationstechnische Bildung und 3.) Medienbildung / Medienkompetenz.

Finanzierung: Die über den Digitalpakt in Aussicht gestellten Bundesmittel werfen die Frage nach der Finanzierung der Folgekosten für IT-Wartung, Fortbildung, etc. auf. Umso dringender benötigt Berlin ein nachhaltiges Konzept, wie effektive Maßnahmen zur Digitalisierung im Bereich Bildung zu gestalten sind, implementiert werden können und finanziert werden sollen.

Die Gesamtstrategie zur Digitalisierung an Berliner Schulen soll Kostenpläne für Anschaffungen zur digitalen Infrastruktur, laufende Projekte und fortlaufende Kosten wie z.B. für die IT-Wartung führen.

Laufende Projekte: Die drei Säulen des „eEducation Berlin Masterplans“, die Fortbildung des pädagogischen Personals, die Ausstattung der Schulen mit technischer Infrastruktur, die Förderung von Projekten für den IT-gestützten Unterricht sowie die in Erprobung befindliche vierte Säule (IT-Wartung an Schulen) sollen fortgeführt werden. Die Einführung



neuer Leitprojekte, die Verstetigung bestehender Projekte und deren Evaluation sollen in einem Gesamtplan dokumentiert werden.

Fortbildung: Eine Gesamtstrategie zur Digitalisierung an Berliner Schulen muss den allgemeinen Weiterbildungsbedarf und den spezifischen Weiterbildungsbedarf von Lehrern im Rahmen des digitalen Strukturwandels, die Inhalte und Angebote zur Fortbildung des pädagogischen Schulpersonals in Kooperation mit den Volkshochschulen und Universitäten und statistische Daten darüber dokumentieren.

Mediendidaktik: Eine Gesamtstrategie zur Digitalisierung an Berliner Schulen muss die Nutzung von Open Educational Resources (OER) und die Kooperationen mit der EdTech-Szene zur Gewinnung geeigneter Unterrichtsmaterialien und Lernplattformen, die Möglichkeiten des Einsatzes digitaler Medien für die Inklusion, geschlechtsspezifische MINT-Didaktik für Schulen und Hochschulen sowie neue didaktische Konzepte (wie z.B. Flipped Classroom), die durch digitale Lehrtechnologien ermöglicht werden und hinsichtlich ihres pädagogischen Nutzens wissenschaftlich abzusichern sind, dokumentieren.

Digitale Infrastruktur an Schulen: Die Gesamtstrategie zur Digitalisierung an Berliner Schulen soll die Entwicklung der digitalen Infrastruktur an Schulen (WLAN, Computer, Smartboards, usw.), den Ausbau der Glasfaserinfrastruktur für öffentliche Bildungseinrichtungen wie Schulen, Volkshochschulen und Bibliotheken, die Digitalisierung in der Schulverwaltung sowie Kooperationen zwischen Schulen, Hochschulen und Verwaltung zur Gewährleistung der Interoperabilität dokumentieren.

Digitalisierung an Berufsschulen: Eine Gesamtstrategie zur Digitalisierung an Berliner Berufsschulen muss digitale Anwendungen (wie Selbstlernprogramme, elektronische Tests und internetgestützte Trainings), die finanzielle Unterstützung zur Umsetzung von Maßnahmen zur Digitalisierung, Maßnahmen zur Fachkräftesicherung für den digitalen Wandel, neue duale Ausbildungsberufe, die auf Digitalisierung abgestimmt sind (wie den Kaufmann / die Kauffrau im E-Commerce) sowie Evaluation und Handlungsempfehlungen umfassen.



Digitalisierung an Hochschulen: Im Rahmen der Gesamtstrategie zur Digitalisierung an Berliner Hochschulen und Fachhochschulen muss der Senat die Entwicklung von E-Publishing und Open Access an Universitätsbibliotheken, Open Data und Open Science, Infrastrukturmaßnahmen für datenintensive Forschungstätigkeit, Maßnahmen zur

Fachkräftesicherung für den digitalen Wandel, die Verankerung der Mediendidaktik in der Lehrerausbildung, den Aufbau von Weiterbildungsstrukturen zur Digitalisierung an Hochschulen und Volkshochschulen, den Wissens- und Technologietransfer der Digitalforschung sowie die Digitalisierung in Forschung und Lehre dokumentieren.

## 6.9 Föderalismus in der Bildung

Die föderale Struktur unseres Staates genießt einen besonderen grundgesetzlichen Schutz. Sie manifestiert sich nicht zuletzt auch im Bildungswesen. Um die politischen Verantwortlichkeiten zwischen Bund und Ländern neu zu ordnen und eine Effizienz in der Aufgabenerfüllung zu erreichen, hat der Bundestag 2006 eine Föderalismusreform beschlossen. Die grundsätzlich verbürgte Zuständigkeit der Länder für Bildung und Forschung wurde dabei bekräftigt. Für den Bereich der Hochschulen und der Forschung wurde mit der Änderung des Artikel 91 GG, die 2015 in Kraft trat, die Kooperation von Bund und Ländern erleichtert. Die Zuständigkeit für die Schulen blieb indes bei den Ländern. Durch die Mitte 2017 beschlossene Neuregelung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen kann der Bund nun in die Bildungsinfrastruktur finanzschwacher Kommunen investieren.



Die AfD-Fraktion Berlin hält am Bildungsföderalismus fest. Föderalismus garantiert Wettbewerb und schafft Vergleichsmöglichkeiten. Der Ländervergleich zeigt, dass rot und grün regierte Bundesländer bei der Bildung deutlich schlechter abschneiden. Eine zentrale Bildungspolitik würde die Unterschiede zwischen den erfolgreichen und den bildungsschwachen Ländern verwischen - aber höchstwahrscheinlich nicht weil die Länder zum Niveau Bayerns aufschließen, sondern weil sie sich alle zur Stufe Berlins hinabbewegten.

Die Bezeichnung „Kooperationsverbot“ ist ein politischer Kampfbegriff, der die Sinnhaftigkeit des Subsidiaritätsprinzips nicht anfecht. Wenn es dem Bund ein ernstes Anliegen wäre, die Länder grundsätzlich bei der Erfüllung des staatlichen Bildungsauftrages zu unterstützen, sollte der Bund auf die inhaltliche Auswahl bestimmter Förderprojekte (Ganztag und Digitalisierung) verzichten und den Länder über höhere Beteiligung an Steuereinnahmen, beispielsweise mehr Umsatzsteuerpunkte, helfen. Dadurch könnten die Länder selbst über die konkrete Verwendung der Mittel entscheiden.

# 7. Schulische Inhalte

## 7.1 Politische Bildung

Politik als eigenes Schulfach: Die Schülerinitiative „Politik als eigenes Schulfach“ fordert seit 2010 die politische Bildung in der Schule zu stärken, das Fach Politik aus dem Unterricht im Fächerverbund zu lösen und getrennt zu benoten. Offen blieb dabei die Frage, ob die Einführung zu Lasten anderer Fächer gehen oder die Stundentafel erweitert werden soll.



Die AfD- Fraktion Berlin unterstützt die Forderung der Schülerinitiative. Wir fordern die Auflösung der Verbundfächer aus Geschichte, Erdkunde und Politik/Sozialkunde. Politikunterricht braucht klar benennbare Wissensinhalte wie z. B. Kenntnisse über das politische System der Bundesrepublik Deutschland und anderer Staaten, Demokratietheorie, das Prinzip der Marktwirtschaft, Gewaltenteilung, Rechtsstaatlichkeit, Meinungsfreiheit, Grundrechte und die Achtung des politischen Gegners. Eine Erhöhung der Stundentafel für die SEK I der Gymnasien lehnen wir jedoch ab. Die AfD-Fraktion Berlin spricht sich gegen die Kürzung bei den Profilstunden aus und setzt sich für eine Kontingentlösung für die gesellschaftswissenschaftlichen Fächer ein, die den Schulen die Stundenverteilung überlässt.

Beutelsbacher Konsens: Politische Bildung verlangt die Wahrung der politischen Neutralität durch die Lehrkräfte. Dies wird in vielen Berliner Schulen leider allzu oft sträflich missachtet. Immer wieder erreichen uns Berichte, dass Sachverhalte völlig einseitig dargestellt und parteipolitisch instrumentalisiert werden.

Die AfD-Fraktion Berlin fordert: Die 1976 als „Beutelsbacher Konsens“ festgelegten Grundsätze zur politischen Bildungsarbeit wie das Indoktrinationsverbot und das Gebot der Kontroversität müssen konsequent zur Anwendung kommen. Das bedeutet: Schüler müssen die Möglichkeit haben, sich frei und ohne Angst vor Sanktionen ihre eigene Meinung zu bilden; sie dürfen nicht überwältigt und indoktriniert werden. Kontroverse Themen müssen im Unterricht auch kontrovers dargestellt werden und dürfen nicht einseitig durch die Präferenzen des Lehrers verzerrt werden.

Sicherheitspolitische Bildung: Aufgrund der immensen internationalen politischen Verflechtungen bedarf es der schulischen Auseinandersetzung mit Fragen der internationalen Politik. Schulen können Jugendoffiziere einladen, um Schüler über deutsche Sicherheitspolitik zu informieren und mit ihnen Fragen der Friedenssicherung zu diskutieren.

Die AfD-Fraktion Berlin setzt sich über einen Plenarantrag für eine Kooperationsvereinbarung zwischen der Senatsverwaltung für Bildung und der Bundeswehr ein (Drucksache 18/1095). Ziel soll es sein, Schülern eine sicherheitspolitische Bildung zu vermitteln und das nötige Verständnis für das Handeln der Bundeswehr zu ermöglichen.

## 7.2 Wirtschaft als Unterrichtsfach

Angesichts notwendiger Selbstverantwortung des Einzelnen ist eine ökonomische Grundbildung wichtiger denn je. Der Mangel an ökonomischer Grundbildung in Deutschland ist erschreckend wie Umfragen und Untersuchungen zeigen. Bei Gründung eines eigenen Haushalts, müssen junge Menschen wissen, wie sie mit Geld haushalten können, was bei Verträgen zu beachten ist und wo finanziell Gefahren lauern. Jugendliche müssen in der Schule privat und beruflich auf ein eigenständiges Leben vorbereitet werden. Dies setzt Kenntnisse über ökonomische Zusammenhänge und wirtschaftliches Denken voraus. Dieses Wissen kann nur über ein verpflichtendes Schulfach in ausreichendem Maße vermittelt werden. Zu einem selbstbestimmten Leben gehört es auch, lebenspraktische Aufgaben wie Behördengang, Briefe und Steuererklärung lösen zu können.



„Schüler und Schülerinnen haben ein Recht darauf, dass ökonomische Aspekte des Alltags ebenso wie zentrale Zusammenhänge der Wirtschaftspolitik in der Schule behandelt werden. Die Einführung eines eigenständigen, von ausgebildeten Lehrern unterrichteten, an didaktischen Kriterien und am Ziel des mündigen Bürgers ausgerichteten Pflichtschulfachs Wirtschaft ist hierfür unerlässlich.“ - *Bundesverband Deutscher Volks- und Betriebswirte e.V. (bdvb)*

Die AfD-Fraktion Berlin fordert: Schüler müssen zu wirtschaftlich verantwortungsbewusstem Handeln erzogen werden. Dazu soll „Wirtschaft-Arbeit-Leben“ als Pflichtfach in der Sekundarstufe I eingeführt werden. Der Berliner Rahmenlehrplan „Wirtschaft-Arbeit-Technik“ erfüllt den staatlichen Bildungsauftrag im Bereich Wirtschaft nicht zu Genüge. Der Wirtschaftsunterricht muss lebenspraktisch orientiert sein, auch die Berufsorientierung umfassen und durch Praktika eine Einführung in die Berufswelt leisten. Zu diesem Zweck muss die Kooperation mit Praxispartnern verbessert werden.

## 7.3 MINT-Fächer

Die Bundesrepublik Deutschland zählt aktuell noch in den Bereichen Wissenschaft, Forschung und Technologie weltweit zu den führenden Standorten. Um sich dauerhaft mit den besten der Welt messen zu können, benötigen wir in Deutschland einen stetigen

Nachwuchs an qualifizierten Fachkräften für die Forschung, Wissenschaft und für die Wirtschaft - besonders in den Bereichen Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik (MINT). Das gilt selbstverständlich für den akademischen Bereich genauso wie für die berufliche Bildung.

Die Fächer Mathematik, Chemie, Physik, Biologie und Informatik müssen gestärkt und für alle Schüler interessanter gestaltet werden. Dazu muss der Einsatz von didaktisch versierten Fachlehrern sichergestellt werden.

#### 7.4 Verbundene Schreibschrift

In einigen Ländern Europas wird das Erlernen einer Schreibschrift keinerlei Bedeutung mehr beigemessen und wird oder wurde bereits wie in Finnland abgeschafft. Dabei gibt es gute Gründe, warum man die Schreibschrift weiterhin erlernen und pflegen sollte. Einerseits drückt man einen Teil der Persönlichkeit darüber aus, andererseits können Kinder sorgfältiges Arbeiten, Durchhaltevermögen und die Rechtschreibung üben. Der Bundesvorsitzende des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE), Udo Beckmann, setzt sich ebenfalls für den Erhalt der verbundenen Schreibschrift ein und verweist dabei auf Erkenntnisse der Hirnforschung, dass handschriftliche Darlegungen das Lernen und die motorischen Fähigkeiten der Kinder befördern. Das Erlernen der Schreibschrift ist nicht nur wichtig für die geistige positive Entwicklung eines jeden Kindes, sondern ist auch eine wichtige Kulturtechnik, die es zu bewahren gilt. Das Schreiben auf einer Tastatur kann noch früh genug erlernt werden.

AfD-Fraktion Berlin setzt sich weiterhin dafür ein, dass die verbundene Schreibschrift auch in Zukunft nicht zur Disposition steht. Wir setzen uns für die Schulausgangsschrift (SAS) ein.

#### 7.5 Zehn Punkte zu einer modernen Heimatkunde

Berlin ist mehr als ein Wirtschaftsstandort, Berlin ist eine über Jahrhunderte gewachsene Stadtlandschaft und Heimat vieler Menschen. Heimisch sein zu können, ist ein menschliches Bedürfnis. Um heimisch sein zu können, muss ein Mensch das kulturelle Skript eines Ortes und seine Eigenheiten verstehen. Heimatorientierung im Unterricht soll Kinder dazu befähigen, sich ihre konkrete Lebenswelt anzueignen und sich mit ihrem Sozialraum zu identifizieren.

„Heimat ist erlebbare und erlebte Totalverbundenheit mit dem Boden. Und noch mehr: Heimat ist geistiges Wurzelgefühl.“ - *Eduard Spranger*

Die AfD-Fraktion Berlin will den Sachkundeunterricht durch eine moderne Heimatkunde ersetzen und hat dazu zehn Leitsätze formuliert:

1.) Moderne Heimatkunde macht die Erkundung der unmittelbarsten Umwelt und Mitwelt zur Leitidee und zielt auf die Herausbildung praktischer Lebendstüchtigkeit.

2.) Moderne Heimatkunde überwindet die einseitige „Wissenschaftsorientierung“ des Sachunterrichts zugunsten einer Rückwendung zur „Kindorientierung“.

3.) Moderne Heimatkunde setzt auf die Erfahrbarkeit der Welt in ihrer vorwissenschaftlichen Gegebenheit.

4.) Moderne Heimatkunde betont den Wert des entdeckenden Lernens und der Selbsttätigkeit.

5.) Moderne Heimatkunde unterstützt Kinder, sich ihre Lebenswelt selbst zu erschließen. Sie versteht Lernen als „Selbstaneignung der Welt“ und dient der Erweiterung der Selbst- und Welterfahrung der Kinder.

6.) Moderne Heimatkunde knüpft an die natürliche Erkundungslust der Kinder an und greift lebensweltliche Fragen der Kinder auf. Sie mündet aber nicht in inhaltliche Beliebigkeit, sondern zeigt Klarheit und Verbindlichkeit in der Bildungsaufgabe.

7.) Moderne Heimatkunde orientiert sich am konkreten Sozialraum und setzt Methoden der sozialräumlichen Lebensweltanalyse ein.

8.) Moderne Heimatkunde ermöglicht eine ganzheitliche Form der Welterschließung und eine fächerübergreifende Auseinandersetzung mit der eigenen Lebenswelt. Sie widmet sich der Geschichte, Geografie und Natur des Nahraumes.

9.) Moderne Heimatkunde unterstützt den Prozess der Identitätsbildung und unterstützt die Kinder, ein Gefühl der Verwurzelung zu entwickeln.

10.) Moderne Heimatkunde macht sie sich frei von ideologischer Gesinnungsbildung und Propagierung eines Landidylls.

## 7.6 Schwimmunterricht

Konzept zum Erwerb der Schwimmfähigkeit: Die Quote der Nichtschwimmer ist unter Berliner Schülern weiterhin zu hoch. Zum Ende des Schuljahres 2017/18 musste an vielen Grundschulen der Schwimmunterricht ausfallen.



Die AfD-Fraktion Berlin setzt sich dafür ein, die Arbeit der AG Schwimmunterricht fortzusetzen und - dem bekundeten Willen der Beteiligten entsprechend (Vgl. Drs. 18/14844, S. 3.) - in ein „Netzwerk zur Qualitätssicherung des Schulschwimmens“ zu überführen. Die Kooperation zwischen dem Senat und dem Berliner Schwimm-Verband (BSV) sollte in eine dauerhafte Maßnahme übergeleitet werden. Die Ferienschwimmkurse der BBB („Schwimmen für alle“) und die



diesbezüglichen Fördermöglichkeiten (BuT und Patenschaftsprogramm) müssen besser beworben werden. Ziel muss es sein, dass alle Kinder mit Ende der vierten Klasse schwimmen können.

Qualitative Weiterentwicklung: Über die qualitative Weiterentwicklung macht sich die rot-rot-grüne Koalition keine Gedanken, obwohl dies mehrfach in Ausschüssen Thema war. Besonderes Thema ist das „Pankower Modell“, der Einsatz von professionellen Schwimmlehrern, die ihren regelmäßigen Arbeitsort in den Schwimmbädern haben.



Die geringste Nichtschwimmerquote nach der 3. Klasse (unter 13,5%) gibt es in den Bezirken Marzahn-Hellersdorf, Steglitz-Zehlendorf, Pankow und Lichtenberg (Vgl. Drs. 18/14845, S. 6.). Der Bezirk Steglitz-Zehlendorf kann dabei von einer hohen Schwimmerquote vor Beginn des Schulunterrichts profitieren (Vgl. Ebenda, S. 2.) Das gute Abschneiden der Bezirke Marzahn-Hellersdorf, Lichtenberg und Pankow ist darauf zurückzuführen, dass diese Bezirke den Schwimmunterricht vorwiegend mit „festem“ Personal in der Schwimmhalle organisieren (Vgl. Ebenda, S. 3.).

Die AfD-Fraktion Berlin fordert: Die Schwimmausbildung der Schulen soll verstärkt durch professionelle Schwimmlehrer, die ihren regelmäßigen Arbeitsort im Schwimmbad haben, durchgeführt werden („Pankower Modell“).

Kapazitäten für den Schwimmunterricht: Die rot-rot-grüne Koalition fordert, Schüler, die das Lernziel „Schwimmen“ nicht erreichen haben, mithilfe „obligatorischer Angebote“ nachzuschulen. Die AG Schwimmunterricht hat jedoch festgestellt, dass dafür die Kapazitäten fehlen (Vgl. Drs. 18/14844, S. 3). Der Senat musste einräumen: „Die fehlenden Kapazitäten an Wasserfläche ermöglichten nicht, die ursprünglich geäußerte Absicht der überschulischen Förderung von Schülerinnen und Schülern nach dem Schwimmunterricht in der dritten Klasse in den Regionen zu realisieren.“ (Vgl. Drs. 18/14966, S. 3) Über kapazitive und logistische Probleme macht sich die rot-rot-grüne Koalition keine Gedanken. Der Mangel an Kapazitäten, der Sanierungstau bei den Bädern, bildet jedoch das entscheidende Problem.



Die AfD-Fraktion Berlin fordert, ausreichend Schwimmflächen bereitzustellen, um den schulischen Schwimmunterricht zu gewährleisten und zusätzliche Schwimmflächen zu

schaffen, um Nachschulungen für Kinder, die am Ende der 3. Klasse die Schwimmfähigkeit noch nicht erlangt haben, zu ermöglichen. Die Schwimmflächen müssen sich soweit in der Nähe der Schulen befinden, dass durch die Anfahrtszeit weder die Wasserzeit beim Schwimmunterricht, noch der sonstige Schulunterricht unzumutbar eingeschränkt werden.

Die AfD-Fraktion Berlin tritt dafür ein, den Schwimmunterricht an den Berliner Grundschulen sukzessive auf das zweite Halbjahr der 2. Klassen auszuweiten. Dazu müssen zunächst die nötigen Kapazitäten geschaffen werden.

### 7.7 Sport aus bildungspolitischer Sicht

Breitensport: Durch Sport können Fähigkeiten und Haltungen aufgebaut werden, die für die Bewältigung von Aufgaben und Situationen in anderen Kontexten grundlegend sind. Leistung als etwas Positives zu erfahren und mit Misserfolgen umgehen zu lernen - all dies liegt im Sport. Einen sehr positiven Effekt hat Sport auf die Resilienz, er fördert die klassischen Faktoren der inneren Widerstandskraft:



Selbstwirksamkeitsüberzeugung, Impulskontrolle, Selbstfürsorge, Zielorientierung, Empathie und Netzwerkorientierung. Sport hat aber nicht nur Bildungspotenzial, die Ertüchtigung des Leibes ist selbst Teil einer ganzheitlichen Bildung. Die Herausbildung einer Grundathletik - Koordination, Beweglichkeit, Kraft - gehört zum staatlichen Bildungsauftrag.

Die AfD-Fraktion Berlin fordert: Sportpolitik muss den Schwerpunkt auf den alltäglichen Sport der breiten Bevölkerung legen. Die Bürger Berlins, jung und alt, brauchen Möglichkeiten, unabhängig vom Einkommen eine regelmäßige sportliche Betätigung finden zu können. Sport macht lebensstark.

Sportinfrastruktur: Für den Schulsport ebenso wie für den Breiten- und Spitzensport, sind die Erhaltung und die Verbesserung der Sportinfrastruktur von herausragender Bedeutung. Aktuell besteht hier ein Investitions- und Sanierungsstau.

Die AfD-Fraktion Berlin setzt sich dafür ein, den Bestand von Sportanlagen, insbesondere auch von Schulsporthallen, zu sichern und nötige Sanierungen durchzuführen. Jeder Schule müssen entsprechend ihrer Größe ausreichende Hallenkapazitäten für den Sportunterricht zur Verfügung stehen. Diese Kapazitäten müssen tatsächlich nutzbar sein und dürfen nicht zweckentfremdet werden.



Sport in der Schule: Die Zunahme der sogenannten Zivilisationskrankheiten bei Kindern und Jugendlichen ist besorgniserregend. Im Jahr 1975 waren in Deutschland knapp drei Prozent der Kinder fettleibig, im Jahr 2016 waren es acht Prozent der Mädchen und sogar elf Prozent der Jungen.

Die AfD-Fraktion Berlin fordert: Ein wichtiges Mittel, dass Sport schon früh zu einem selbstverständlichen Bestandteil des Lebens wird, ist die Ausweitung des Schulsports in der Grundschule auf vier Wochenstunden in zwei Doppelstunden. Es ist Aufgabe, allen Kindern zur Ausbildung motorischer und koordinativer Fähigkeiten zu verhelfen. Bewegung ist zudem ein wichtiger Ausgleich zum Stillsitzen im Unterricht. Für die Ausweitung des Schulsports müssen, wo nicht vorhanden, die nötigen Kapazitäten geschaffen werden.

Schule und Vereine: Die Förderung des Sports und der motorischen Entwicklung ist eine Aufgabe von Schule und Vereinen. Von Kooperationen zwischen Schule und Verein können und sollen beide Seiten profitieren, z.B. durch die Gewinnung von Schülern als Vereinsmitglied, durch die Sichtung von Talenten oder im personellen Bereich. Durch eine Vernetzung Synergieeffekte entstehen und genutzt werden.



Die AfD-Fraktion Berlin setzt auf eine enge Zusammenarbeit zwischen Schulen und Sportvereinen. Dies gilt insbesondere auch für die Gestaltung des Ganztags. Die „Talentnester“ in ausgewählten Olympischen Sportarten für leistungsorientierte Kinder sollten in ihrer Zahl erhöht werden.

Bundesjugendspiele: Die basalen Bewegungsformen der Leichtathletik gehören zum klassischen Bildungskanon. Bewegung ist wichtig für die Entwicklung kognitiver Fähigkeiten, sportlicher Wettkampf hat eine hohe Bedeutung für die Charakterbildung, die Körperbildung ist elementar für Gesundheit und Anmut. Durch schulische Sportfeste kann der Stellenwert des Sports herausgestellt werden. Alle Berliner Schulen können an den Bundesjugendspielen teilnehmen, im Schuljahr 2016/2017 haben allerdings nur ca. 65 % der Schulen Bundesjugendspiele ausgetragen.

Die AfD-Fraktion Berlin fordert: Die Bundesjugendspiele müssen fortgeführt werden und an allen Schulen verpflichtend werden. Misserfolg ist nicht demotivierend, sondern Ansporn, für das nächste Jahr mehr zu trainieren.

Duale Karriere im Spitzensport: Wenn Medaillenaspirenten durch Sport und Hochschule bereits eine 60-70-Stunden-



Woche haben, haben sie keine Zeit mehr, „Jobben“ zu gehen, um das Studium zu finanzieren. In den USA gibt es an den Colleges eine Vielzahl von Sportstipendien. Die Hochschulen schmücken sich mit Athleten. An Berliner Hochschulen müssen die Bedingungen für Top-Athleten noch verbessert werden.

„Wir haben zum Beispiel Anträge von Top- Athleten, Ruderinnen, Hockeyspielerinnen vorliegen, die im 7. Semester des Medizinstudiums sind und den Standortwechsel nach Berlin nicht durchführen können, weil sie nicht ins Studium reinkommen.“ - *Dr. Harry Bähr (Olympiastützpunkt Berlin), 7. Juli 2017 vor dem Sportausschuss*

Leistungssportler am Olympiastützpunkt und an den Landesleistungszentren in Berlin müssen die gesicherte Möglichkeit erhalten, in Abstimmung mit Training und Wettkämpfen eine berufliche Ausbildung bzw. ein Studium absolvieren zu können. Wir brauchen an den Berliner Hochschulen ein ausreichendes Kontingent an Studienplätzen für Hochleistungssportler, Flexibilität hinsichtlich der Präsenzzeiten und Entgegenkommen bei Prüfungsterminen sowie ein breites Spektrum an Ausbildungen, nicht nur Förderung über die Bundeswehr. Im Streben nach einer olympischen Medaille trainieren Athleten aufopferungsvoll und investieren viel Lebenszeit. Der Gewinn von Medaillen dient dem Renommee Deutschlands, der Einsatz der Athleten darf deshalb mit Privilegien gewürdigt werden. Dabei soll auch über die Einführung von Sportstipendien nachgedacht werden.

## 8. Personelle Ressourcen

### 8.1 Lehrermangel senkt Unterrichtsqualität

Unterrichtsausfall, häufige Lehrerwechsel und unterqualifizierter Unterricht durch Mangel an Fachlehrern führen zu einem Verlust an Unterrichtsqualität. In Berlin spitzt sich der Lehrermangel dramatisch zu. Senatorin Scheeres (SPD) verkündete, man werde zum Schulanfang 2018 nicht alle Lehrerstellen besetzen können, verniedlichend „Gap“ genannt. Der



Mangel an Lehrern ist durch Fehlplanung des Senats entstanden: Das Geburtenregister und die Pensionierungswelle bei den Lehrern waren bekannt, trotzdem erfolgten keine rechtzeitigen Maßnahmen. Der Senat gestaltet den Lehrerberuf in Berlin zu unattraktiv. Die Verantwortung ist hoch, die Wertschätzung gering.

Die Ausstattung der Berliner Schulen erfolgt nach den Verwaltungsvorschriften für die Zumessung von Lehrkräften an öffentlichen Berliner Schulen. Gemäß diesen Vorschriften werden die Berliner Schulen mit einer 100 %-igen Personalausstattung versorgt. Diese ist jedoch nicht ausreichend, um den Krankenstand aufzufangen. So kommt es zu Unterrichtsausfall.

Die AfD-Fraktion Berlin fordert: Um den ständigen Wechsel zwischen Lehrermangel und Lehrerschwemme - Schweinezyklus genannt - zu beheben, brauchen wir Konstanz bei der Einstellungspolitik bei Lehrern. Ein Bildungsminister, der in guten Jahren Lehrer auf Reserve einstellen will, darf nicht am Finanzsenator scheitern. Vertretungsreserven („Lehrerfeuerwehr“) und Einstellungsquoten von 110 Prozent (AfD-Antrag Drucksache 18/0864) sind die einzige Möglichkeit, um Engpässe zu vermeiden.

### 8.2 Referendare würdigen

Berlin fehlt es an jungen Lehrern, die nach ihrer Ausbildung in Berlin bleiben. In der Einstellungsrunde 2017 wurden mehr als 1000 Lehramtsabsolventen ein Referendariat angeboten, aber nur gut die Hälfte nahm an. Aufgrund der fehlenden Verbeamtung und der hohen Zahl an Problemschulen ist Berlin für junge Lehrer zu unattraktiv. Gegenüber Quereinsteigern, die kein Lehramtsstudium absolviert haben, erhalten Referendare nur einen Hungerlohn. Diese Ungerechtigkeit kann Unfrieden ins Lehrerkollegium bringen.

Die AfD-Fraktion Berlin fordert eine bessere Bezahlung für Referendare. Referendare sollten mehr Gehalt bekommen - vorausgesetzt, sie verpflichten sich, nach einem erfolgreichen Abschluss für mindestens vier Jahre als Lehrer in Berlin zu arbeiten.

### 8.3 Quereinsteiger - Die Entprofessionalisierung des Lehrerberufs

Berlin hat mit Sachsen bundesweit die höchste Quote an Quereinsteigern. 56 Prozent der 2017 neu eingestellten Grundschullehrer waren Quereinsteiger. Weniger als 40 Prozent der 2018 neu eingestellten Lehrerinnen und Lehrer haben ein Lehramtsstudium absolviert, in Grundschulen sind es sogar nur 30 Prozent. Besonders an den Problemschulen in Wedding oder Neukölln ist der Anteil der



pädagogisch nicht ausgebildeten Seiteneinsteiger besonders hoch. 41 Prozent der im Jahr 2017 neu eingestellten Lehrer haben keine pädagogische Ausbildung. Die hohe Zahl an Quereinsteigern beeinträchtigt die Professionalität des Lehrerberufs. Für die Bildungslaufbahn unserer Kinder wird dies erhebliche negative Konsequenzen haben. Die Lehrtätigkeit an Schulen ist ein Beruf, der eine intensive Qualifikation benötigt. Indem Rot-

Rot-Grün suggeriert, eine Schulstunde könne doch irgendwie jeder gestalten, diskreditiert der Senat den Lehrerberuf. Das ist absolut despektierlich gegenüber unseren Lehrern!

„Es fehlen vor allem die lehramtsspezifischen Fähigkeiten - für die Grund- oder Berufsschule - und die pädagogisch-psychologischen Kompetenzen. Es gibt zwar ein Fachwissen, aber nicht die Erfahrung, es einem Lehrplan zeitlich, sachlich und adressatenspezifisch zuzuordnen, anregende Aufgaben zu erfinden und qualifizierte Rückmeldungen zu geben. Die Lehrenden können die Erfahrungen, die sie machen, auch ihre Fehler, nicht angemessen zurechnen und selbstkritisch einordnen, sie schreiben Misserfolge den Schülern zu oder verzweifeln, was genauso verfehlt ist.“ - *Prof. Dr. Heinz-Elmar Tenorth, Erziehungswissenschaftler an der HU Berlin*

Die pädagogischen Anforderungen an den Lehrerberuf sind in den letzten Jahren in Berlin stark gestiegen. Lehrer sollen in extrem heterogenen Klassen Schüler individuell fördern, Inklusion leisten, Flüchtlingskinder mit mangelnden Sprachkenntnissen unterrichten, Förderdiagnostik leisten und Berichte ans Jugendamt verfassen. Dieses stark gewachsene Aufgabenspektrum sollen nun Quereinsteiger ohne pädagogische Vorbildung leisten. Das ist absurd!

„Stellen Sie sich vor, sie fliegen in den Urlaub und die Chef-Stewardess sagt vor dem Abflug durchs Bordmikrofon: Heute fliegt sie kein Pilot, sondern ein Quereinsteiger. Er besitzt Lebenserfahrung und eine wissenschaftliche Ausbildung als Programmierer für Flugsimulatoren. Zurzeit wird er im Cockpit nachqualifiziert. Beim Fliegen. Wir wünschen Ihnen einen angenehmen Aufenthalt an Bord. Unvorstellbar! [...] Für die Schule gilt das nicht.“ - *Robert Rauh, Lehrer am Barnim-Gymnasium in Lichtenberg*

Gerade in Berlin haben wir es oft mit schwierigen Schüler zu tun. Um diese Schüler zu erreichen, brauchen wir pädagogisch hochqualifiziertes Personal. Doch gerade an den sogenannten Brennpunktschulen ist die Zahl der Quereinsteiger besonders hoch. Scheiternde Bildungskarrieren sind vorprogrammiert.

Den Quereinsteigern sind die Methoden der Unterrichtsgestaltung fremd. Die Hälfte der Quereinsteiger erweist sich in der Praxis als pädagogisch untauglich. Dennoch werden Quereinsteiger übernommen, sobald sie nach berufsbegleitendem Referendariat das Zweite Staatsexamen auch nur mit Note 4 bestehen.

Nach jahrelanger Fehlplanung versucht uns die SPD heute über das eigene Versagen hinwegzutäuschen und will uns weismachen, welche Bereicherung die Quereinsteiger doch seien. Die Bildungsverwaltung teilte mit, es gebe angeblich „keine signifikanten Unterschiede“ zwischen gelernten Lehrern und Quereinsteigern. Das ist Blendwerk und Augenwischerei!

Rot-Rot-Grün versucht die massenhafte Einstellung von Quereinsteigern als Erfolg zu verkaufen. Es ist Flickschusterei nach jahrelanger Fehlplanung. Rot-Rot-Grün beschäftigt sich mit All-Gender-Toiletten an Schulen und gibt Broschüren zur Homo- und

Transsexualität in der Kita heraus. Die basalen Aufgaben aber lassen Sie liegen. Sie haben es versäumt, die richtigen Schlüsse aus den Geburtenregistern zu ziehen. Sie haben es versäumt, die richtigen Schlüsse aus der Pensionierungswelle zu ziehen.

Die nun hektisch ergriffenen Maßnahmen beschädigen die pädagogische Qualität und auch die Qualität der pädagogischen Ausbildung. Sie fordern freiwillige Mehrarbeit von Lehrern, die ohnehin schon überlastet sind. Sie wollen Lehrer aus der Lehramtsausbildung abziehen und schwächen damit die Zusammenarbeit zwischen Schulen und Hochschulen bei der Lehrerbildung.

Eigentlich ließe sich für den Lehrerbedarf recht gut planen. Die Faktoren, die den Lehrerbedarf bestimmen, sind auf längere Sicht bekannt bzw. werden sie politisch gesetzt: die Zahl der aktiven Lehrer und Pensionierungen, die Entwicklung der Schülerzahl sowie als politische Setzungen die Zahl der Unterrichtsstunden pro Woche ab und Größe der Klassen. Erhöht der Senat die Unterrichtsverpflichtung um eine Wochenstunde, reduziert die Wochenstundenzahl pro Klasse um eine Stunde und erhöht die Klassenstärke um einen Schüler, so werden etwa zehn Prozent des Lehrerbedarfs retuschiert.

„Solche Tricks haben sich nach mehrmaligem Gebrauch erschöpft. Deshalb bricht das Problem vor allem in Berlin ‚volle Kanne‘ auf. Dort kommt hinzu, dass die miserablen beruflichen Bedingungen (Status, Besoldung) eine Flucht vieler Lehrer aus Berlin in andere deutsche Länder provozierten. Aber macht ja nix: Berlin - arm, aber sexy! Oder doch eher: Berlin - doof, aber sexy?“ - *Josef Kraus, von 1987 bis Juni 2017 Präsident des Deutschen Lehrerverbandes (DL)*

Durch die hohe Arbeitsbelastung der Lehrer in Berlin ist der Lehrermangel sogar noch höher als angegeben. Aufgrund des Missmanagements rufen Eltern und Lehrer die Bildungssenatorin zum Rücktritt auf - zu Recht!

Die AfD-Fraktion Berlin fordert in einem Antrag (Drucksache 18/1241), zur langfristigen Personalplanung für den Bereich Bildung und Erziehung ein professionelles Personalmanagement einzuführen. Der Senat wird darin aufgefordert, mit Unterstützung und Begleitung durch eine externe Unternehmensberatung ein systematisiertes strategisches Personalmanagement in der Senatsverwaltung für Bildung zu implementieren und umgehend die finanziellen Mittel dafür bereitzustellen. In Ergänzung zum Bericht zur mittelfristigen Lehrkräftebedarfsplanung (Rote Nr. 0661) muss der Senat eine Vollerhebung zum Unterrichtsausfall durchführen, die Zahlen der Pensionierungen und die Ausbildungskapazitäten dokumentieren sowie die nötigen Maßnahmen zur Lehrgewinnung darstellen. Analog ist zum Erzieherberuf verfahren. Ungeeignete Quereinsteiger müssen wieder von den Schulen abgezogen werden.

## 8.4 Ein-Fach-Lehrer

Die Besetzung der offenen Lehrerstellen ist nicht gewährleistet. Angesichts des durch die SPD verschuldeten Lehrermangels hat die AfD-Fraktion Berlin als Übergangslösung den Ein-Fach-Lehrer vorgeschlagen. Die Anstellung von „Quereinsteigern“ ist rechtlich möglich, um dem akuten Lehrermangel zu begegnen. Diese Möglichkeit wird durch § 12 des Lehrkräftebildungsgesetzes eingeschränkt, da reguläre Lehrer für zwei Fächer qualifiziert sein müssen.



Mit ihrem Antrag zur Änderung des Lehrkräftebildungsgesetzes (Drucksache 18/1142) will die AfD-Fraktion Berlin die Anstellung von Ein-Fach-Lehrern ermöglichen. Diese Maßnahme ist angesichts des gravierenden Lehrermangels in Berlin geboten, um umgehend Abhilfe schaffen zu können.

## 8.5 Arbeitsbelastung der Lehrer

Rot-Rot-Grün fordert von den Lehrern ein immer umfangreicheres Leistungsspektrum, bietet aber keine Ausweitung der personellen Ressourcen. In den vergangenen Jahren sind den Lehrern immer mehr Aufgaben aufgelastet worden: Erziehungsaufgaben übernehmen, Lernstörungen diagnostizieren, Berichte ans Jugendamt verfassen, Inklusion leisten, Flüchtlingskinder integrieren. Auch bei bestem Willen und höchstmöglichem Einsatz können Lehrer nicht all das leisten, was ihnen von der Politik alles aufgebürdet wird.



Durch die Überlastung der Lehrer bedingt kommt es zu einem erhöhten Krankenstand. Studien zufolge leidet fast jeder dritte Lehrer unter psychischen Problemen wie Burn-Out. Die Lage der Lehrer ist aber nicht nur eine sozialpolitische Frage. Bei Überlastung können Schulstunden nicht optimal vorbereitet werden, bei Überlastung leidet die persönliche Beziehung zwischen Lehrern und Schülern. Beides beeinträchtigt die Qualität der pädagogischen Arbeit. Angesichts der aufgebürdeten Herausforderungen resignieren viele Lehrer und verbuchen es bereits als Erfolg, wenn ihre Zöglinge während der Schullaufbahn nicht gewalttätig, kriminell oder drogensüchtig werden.

Die AfD-Fraktion Berlin fordert: Arbeitsbelastung runter, Bildungsqualität rauf! Wir finden uns nicht damit ab, dass Schulen zur Verwahranstalt verkommen. Wir wollen, dass der staatliche Bildungsauftrag erfüllt wird! In einem Antrag an das Parlament (Drucksache 18/0864) hat die AfD-Fraktion Berlin gefordert:

- Beseitigung von Unterrichtsausfall durch eine Lehrerausstattung von 110% (ohne Dauererkrankte)
- Stundenpool zur Förderung der Team- und Unterrichtsentwicklung an Grundschulen auf insgesamt sechs Funktionsstunden zu erhöhen - spätestens ab dem Schuljahr 2019/20
- Reduzierung der Unterrichtsverpflichtung für Lehrer an Grund- und Sekundarschulen, an Gymnasien und an beruflichen Schulen auf 24 Wochenstunden
- Wiedereinführung der Arbeitszeitkonten zum Ausgleich von Mehrarbeit
- Ermäßigungsstunden für Lehrer mit korrekturintensiven Fächern, Lehrer in Inklusionsklassen und Lehrer mit besonderen Aufgaben
- für Lehrer ab dem 50., 55. und 60. Lebensjahr - einschließlich der Inhaber von Funktionsstellen - eine Altersermäßigung um jeweils eine Stunde
- Abschaffung der obligatorischen Präsenztage am Ende der Sommerferien. Stattdessen sollte die Entscheidung über die Notwendigkeit, zum Schulanfang Sitzungen anzuberaumen, den einzelnen Schulleitern überlassen bleiben.
- Schaffung der laufbahnrechtlichen Voraussetzungen, um die Bestandslehrkräfte einschließlich der LUK-Lehrer gemäß Zusage der Bildungssenatorin einheitlich nach A13/ E13 zu besolden - ohne Auflage einer Fortbildung.

## 8.6 Schulsozialarbeit stärken und Schulleiter durch Verwaltungskräfte entlasten

Die eigentliche Aufgabe der Lehrer liegt in der Wissensvermittlung und Charakterbildung. Stattdessen werden sie immer mehr als Sozialpädagogen gefordert: Lehrer sollen die Autorität ersetzen, die Kinder in ihren Familien nicht mehr erfahren. Lehrer sollen reparieren, was im Elternhaus schiefgegangen ist. Lehrer sollen Sozialkompetenz und ethische Grundwerte vermitteln. Kurzum: Gesellschaftliche Probleme werden auf den Schultern der Lehrer abgeladen. Das ist grundverkehrt!



„Viele Schulen sind mit einer Schülerschaft von bis zu 90 % Migrantenteil nur noch sogenannte Schulen, viel eher sind sie sozialtherapeutische Institute, in denen es um alles, aber nicht um Bildung geht.“ - Josef Kraus, von 1987 bis Juni 2017 Präsident des Deutschen Lehrerverbandes (DL)

Schule findet nur noch nebenher statt, Erziehung und Sozialarbeit nehmen immer mehr Raum. Lehrer müssen sich wieder ihren eigentlichen Aufgaben widmen. Dazu brauchen wir eine Wiederbestärkung der familiären Erziehung und als Akutmaßnahme den verstärkten Einsatz von Schulsozialarbeitern. Traurige Wahrheit ist: Jede Schule in Berlin bräuchte mindestens einen Sozialarbeiter, der die Lehrer entlastet und sich um auffällige Schüler und Opfer kümmert. Der Personalschlüssel von einem Sozialarbeiter pro 100 Schüler wird jedoch weit unterschritten. Ebenso wird Berlin auch ein Mangel an Schulpsychologen attestiert. International wird ein Verhältnis von 1:2500 empfohlen, in Berlin sind es 1:5000. An der Zahl der Mitarbeiter gemessen ist eine Schule ein mittelständisches Unternehmen. Dementsprechend muss eine Schule auch auf der Verwaltungsebene ausgestattet sein.

„Alle Schulen beider weiterführenden Schularten - Gymnasien und ISS (Oberschulen) - benötigen bei standortbezogenem Bedarf sonder- und sozialpädagogisches Personal, in jedem Fall eine angemessene personelle Ausstattung der Schulsekretariate und eine schultäglich mindestens zwölfstündige Besetzung mit einem Hausmeister / Hausarbeiter. Zusätzlich erhält langfristig jede Schule oder der Verbund von kleineren Schulen eine/n Verwaltungsleiter/-in.“ - *Erklärung der Vereinigung der Oberstudiendirektoren des Landes Berlin e.V. (2016)*

Die AfD-Fraktion Berlin fordert, Schulleiter durch Verwaltungskräfte und Lehrer durch Sozialarbeiter zu entlasten und zur Unterstützung der Schüler in adäquatem Maße Schulpsychologen einzusetzen.



## 8.7 Verbeamtung der Lehrer

Anzahl der Lehrkräfte mit Abgang wegen: Kündigung; Auflösungsvertrag oder Versetzung in ein anderes Bundesland:

2008/2009: 140  
2009/2010: 164  
2010/2011: 187  
2011/2012: 159  
2012/2013: 209  
2013/2014: 229  
2014/2015: 317  
2015/2016: 358  
2016/2017: 451  
2017/2018: 522

Quelle: Schriftliche Anfrage Kerker / Tabor: Verbeamtung der Lehrer (Drucksache 18/15749)

„Die Zahl der Lehrer, die vor ihrer Pensionierung Berlins Schulen verlassen, steigt stark an. Das geht aus einer Senatsantwort auf eine schriftliche Anfrage der AfD-Fraktion im Abgeordnetenhaus hervor. Demnach haben im vergangenen Schuljahr insgesamt 522 Lehrkräfte um die Auflösung ihres Vertrages gebeten oder sich in ein anderes Bundesland versetzen lassen - 15,7 Prozent mehr als im Vorjahr. Gegenüber dem Schuljahr 2008/2009 bedeutet das fast eine Vervierfachung der absoluten Zahl, damals waren es noch 140.“ - *Morgenpost*, 16. August 2018

Statistische Zahlen zeigen eine zunehmende Lehrerflucht aus Berlin. Wer seine Lehrer halten will, muss verbeamteten und Leistungsanreize setzen. Die Verbeamtung der Lehrer soll zum einen dazu führen, dass Berlin im Wettbewerb um Lehrer nicht hinter anderen Bundesländern zurückstehen muss. Nachdem Sachsen die Verbeamtung beschlossen hat, ist Berlin das letzte Bundesland, in welchem Lehrer keine Beamten sind.

Die Verbeamtung steigert die Attraktivität des Lehrerberufes und bringt auch Vorteile im Konkurrenzkampf um kluge Köpfe mit der Privatwirtschaft. Zum anderen begründet die Verbeamtung ein besonderes Treueverhältnis: Verbeamtete Lehrer können eine andere Haltung zu ihrem Beruf entwickeln als angestellte Lehrer. Aufgrund des Streikverbots für Beamte beinhaltet die Verbeamtung eine größere Verlässlichkeit bei der Erteilung des Unterrichts. Der Großteil der Lehrer wünscht sich die Verbeamtung.

[Die AfD-Fraktion Berlin fordert die Wiedereinführung der Verbeamtung der Lehrkräfte in Berlin. Der Beamtenstatus sichert Wettbewerbsfähigkeit und Unterricht.](#)

## 8.8 Lehrerausbildung

Wir müssen Bildungsqualität in ganzer Breite erreichen. Der Garant dafür liegt in einer professionellen Lehrerausbildung mit einem Höchstmaß an pädagogischer Expertise. Die Grundlagen für die Qualifikation als Lehrer müssen durch ein entsprechendes Studium gelegt werden. Lehrer müssen 1.) Experten ihrer Fächer sein, 2.) Fachdidaktik beherrschen, um Lernprozesse sach- und adressatenspezifisch organisieren zu können und 3.) pädagogisch-psychologisch geschult sein, um mit den Schwierigkeiten im Umgang mit Schülern zurecht zu kommen. Lehrer müssen für den Unterricht, als auch für die Gestaltung von Beziehungen ausgebildet werden.

Die Lehramtsausbildung krankt an vielen Stellen. Lehrer genießen in der Gesellschaft zu wenig Anerkennung. Gerade in den Lehramtsstudiengängen ist das Betreuungsverhältnis zwischen Hochschullehrern und Studenten besonders schlecht. Die besten Abiturienten entscheiden sich nicht für ein Lehramtsstudium. Viele der Lehramtsstudenten in technischen und naturwissenschaftlichen Fächern springen ab und gehen lieber in die Wirtschaft als in die Schule.

Die AfD-Fraktion Berlin fordert eine nach Schulabschlüssen differenzierte Lehrerausbildung. Die Änderung des Lehrkräftebildungsgesetzes, das den Einheitslehrer für Sekundarschulen und Gymnasien will, muss zurückgenommen werden.

Die AfD-Fraktion Berlin will die besten Lehrer für Berlin gewinnen und fordert Stipendien von 1000 Euro im Monat speziell für Lehramtsstudenten, die sowohl fachliche Kompetenz, als auch eine Grundbefähigung für einen pädagogischen Beruf erkennen lassen.

## 8.9 Gewalt gegen Lehrer

Die Zahl der Körperverletzungen an Schulen hat in erschreckender Weise zugenommen. 430 Fälle „schwerer körperlicher Gewalt“ (= „Misshandlungen, die eine Gesundheitsschädigung des Opfers billigend in Kauf nehmen oder herbeiführen“) wurden im ersten Schulhalbjahr 2016/17 gemeldet und damit mehr als noch vor wenigen Jahren in einem gesamten Schuljahr. Auch gibt es erschütternd viele Bedrohungen und Rauschgift- und Raubdelikte sowie Straftaten auf dem Schulweg. Die Zahl der verbalen und tätlichen Angriffe auf das Lehrpersonal ist ebenfalls stark gestiegen.

Einer Studie für den „Verband Bildung und Erziehung“ (VBE) zufolge werden Lehrer immer häufiger Opfer von Gewalt. Gut die Hälfte der befragten Schulleiter gab an, dass Lehrer ihrer Schule in den letzten fünf Jahren von Schülern beschimpft, bedroht, beleidigt oder belästigt wurden. Jeder vierte Schulleiter berichtete von Gewalt gegen Lehrer. Die Lehrgewerkschaft VBE kritisierte Anfang Mai 2018 öffentlich, Gewalt und Mobbing gegen Lehrer würden oft totgeschwiegen. Die Angst vor Reputationsverlust habe zu einer „Kultur des Schweigens“ geführt. Die Bildungsministerien verbreiteten immer noch das „Märchen“, es handele sich nur um Einzelfälle, so der VBE. Als Maßnahme forderte der VBE, die

Ministerien müssten Statistiken über Gewalt an Schulen führen, um das Problem zu bekämpfen. Die Thematisierung dieses Problems im Bildungsausschuss des Abgeordnetenhauses am 3. Mai 2018 zeigte, dass das Meldesystem und die statistische Erfassung der Vorfälle in Berlin unzureichend sind.

Die AfD-Fraktion Berlin fordert,

- das Engagement zum Schutz der Berliner Lehrer zu verstärken,
- ein für Schulleitungen verpflichtendes Meldesystem für Angriffe gegen Lehrer zu etablieren,
- auf Basis der erfassten Daten regelmäßige Statistiken zu erstellen und zu evaluieren,
- betroffenen Lehrern rechtlichen Beistand zur Seite zu stellen,
- sicherzustellen, dass im Fall von Angriffen gegen Lehrer Ordnungsmaßnahmen getroffen werden und Lehrern ermöglicht wird, ihre Lehrtätigkeit angstfrei und ohne Unterbrechung fortzusetzen

#### **8.10 Landesbeauftragter für Bildung und Erziehung**

Die Senatsverwaltung für Bildung praktiziert eine rigide Informationspolitik. Die Senatsverwaltung weigerte sich mehrfach, Schulstatistiken öffentlich zu machen. Die Senatorin wies die Schulen an, nicht mehr direkt mit den Medien zu kommunizieren („Maulkorb-Erlass“). Diese Politik dient nicht der Transparenz, sondern läuft auf eine Verschleierung von Missständen hinaus.

Die AfD-Fraktion Berlin fordert das Amt eines Landesbeauftragten für Bildung und Erziehung zu schaffen. Der Landesbeauftragte für Bildung und Erziehung soll kein Organ der Senatsverwaltung sein, sondern ein Hilfsorgan des Abgeordnetenhauses. Der Landesbeauftragte ist als Anwalt der Lehrer und Schulbediensteten zu sehen. Jeder Lehrer soll sich direkt, ohne Einhaltung des Dienstweges, mit Beschwerden, Vorschlägen und anderen Anliegen an ihn wenden können. Wegen Anrufung des Landesbeauftragten darf ein Lehrer nicht dienstlich benachteiligt werden.

Der Landesbeauftragte soll weitreichende Befugnisse erhalten, er soll auf eigene Initiative handeln können, unangemeldet Bildungseinrichtungen inspizieren können und Möglichkeit zur unmittelbaren Einsicht in Akten der Bildungsverwaltung haben.

Einmal im Jahr soll der Landesbeauftragte dem Abgeordnetenhaus einen Bericht über seine Arbeit vorlegen. Darin sind die Anliegen der Lehrer thematisch zusammengefasst, Missstände in den Bildungseinrichtungen werden offengelegt. So soll sich ein umfassendes Bild vom inneren Zustand des Bildungswesens ergeben. Der Jahresbericht wird nach seiner Veröffentlichung im Abgeordnetenhaus debattiert. Außerdem nimmt die Senatsverwaltung für Bildung schriftlich Stellung dazu.

Der Landesbeauftragte soll auf fünf Jahre von den Mitgliedern des Abgeordnetenhauses gewählt und vom Präsidenten des Abgeordnetenhauses ernannt werden. Vorschlagsberechtigt sind der Ausschuss für Bildung sowie die Fraktionen des Abgeordnetenhauses. Der Landesbeauftragte ist kein Beamter, er darf zur gleichen Zeit kein anderes besoldetes Amt bekleiden und keinen anderen Beruf ausüben. Ein politisches Mandat müsste er aufgeben.

## 9. Grundschulen

### 9.1 IQB-Studie

In der Vergleichsstudie des Instituts zur Qualitätsentwicklung im Bildungswesen 2016 (IQB-Studie) blieb in Berlin wieder ein Drittel der Viertklässler unter den Minimalanforderungen im Bereich Rechtschreibung, fast 28 Prozent verfehlten die Minimalanforderungen im Fach Mathematik. Was derzeit an den Grundschulen passiert, ist unverantwortlich. In der Primarstufe wird die Grundlage für die Bildungskarriere der Kinder gelegt!

„Ein hoher Prozentsatz der Berliner Kinder verlässt die sechsjährige Grundschule mit so geringen Kompetenzen, dass die verbleibenden vier Jahre auf der Oberschule nicht reichen, um einen Schulabschluss zu schaffen.“ - *Susanne Vieth-Enthus, Tagesspiegel*

Die AfD-Fraktion Berlin forderte per Antrag (Drucksache 18/0774-1), nach Vorbild der im Oktober 2017 veröffentlichten IQB-Studie eine landesweite Studie in Auftrag zu geben, die die Lernentwicklung der Schüler in den Fächern Deutsch und Mathematik an den Berliner Grundschulen untersucht und nach Schulen und Bezirken differenziert darstellt. Weiter forderte die AfD-Fraktion Berlin, eine qualitative Studie in Auftrag zu geben, die die schulreformerischen Neuerungen und die landesspezifischen Besonderheiten im Bildungsbereich hinsichtlich ihrer positiven und negativen Auswirkungen evaluiert.

### 9.2 Transparenz gewährleisten: Studien veröffentlichen!

Die amtierende Bildungssenatorin (SPD) wurde berühmt für ihren sogenannten „Maulkorb-Erlass“: In einem Rundschreiben mahnte sie Lehrer, nicht mehr mit den negativen Berichten über ihre Schule in die Öffentlichkeit zu treten - Lehrer sollten nicht als „Kronzeugen gegenüber den Medien ihre eigene Schule zur Schrottimobilie erklären“.

Rechtschreiben - Kompetenzstu- fen- verteilung	Teilnehmer- anzahl	I	II	III	IV	V
Berlin	24.042	48 %	26 %	16 %	7 %	4 %
Jungen	12.318	52 %	24 %	15 %	6 %	3 %
Mädchen	11.724	44 %	27 %	17 %	8 %	5 %
Deutsch	16.327	41 %	27 %	18 %	8 %	5 %
nichtdeutsche Verkehrssprache	7.715	61 %	22 %	11 %	4 %	2 %

### Ergebnisse für Rechtschreibung bei Vergleichsarbeiten „Vera3“ (dritte Klasse) im Jahr 2017

Der Unwille zur Transparenz zieht sich in der Arbeit des SPD-geführten Bildungsressorts fort. Die Senatsverwaltung für Bildung will die Ergebnisse der VERA-Vergleichsarbeiten und die LMB-Quoten der Schulen verheimlichen. Die VERA-Ergebnisse fielen für Berlin erschreckend desaströs aus: Drei Viertel der Berliner Grundschüler erreichen die Mindeststandards beim Schreiben nicht oder nur knapp.

„Man stelle sich vor, ein Finanzminister würde den Etat seiner Regierung nicht mehr veröffentlichen. Oder ein Arbeitsminister beschließt, Arbeitslosenzahlen zu verheimlichen. Das wäre undenkbar. So jemand würde als Minister sofort entlassen werden, weil er den Bürgern die Transparenz verweigert. Aber Berlins Staatssekretär Rackles und die Kultusminister der Länder können sich erlauben zu sagen: wir verraten Euch Bürgern einfach nicht, wie Schülerleistungen im Vergleich ausfallen!“  
- Christian Füller, Journalist (pisaversteher.com)

Die AfD-Fraktion Berlin forderte per Antrag (Drucksache 18/0774-1), größtmögliche Transparenz im Bildungsbereich zu gewährleisten. Dies betrifft insbesondere die Veröffentlichung der VERA-Ergebnisse und die LMB-Quoten an den einzelnen Schulen. Ohne diese Transparenz würde die parlamentarische Kontrolle der Bildungspolitik des Senats behindert.

### 9.3 Fachlehrer-Mangel an Grundschulen

Das Problem an unseren Grundschulen ist: Lehrer sind für einzelne Fächer ausgebildet worden, de facto unterrichten Grundschullehrer in Berlin aber auch die Fächer, für die sie nicht ausgebildet wurden. Dies führt zu einer Qualitätseinbuße im Unterricht.

In Kernfächern wie Deutsch, Mathematik oder Englisch werden Grundschüler immer häufiger von fachfremden Lehrern unterrichtet. Das geht aus parlamentarischen Anfragen der AfD-Fraktion Berlin hervor. An der Sekundarschule setzt sich der Fachlehrermangel fort. So ist in Berlin eine ganze Schulzeit ohne Mathelehrer möglich. Das ist ein untragbarer Zustand!

**Anteil erteilter fachfremder Unterrichtsstunden an Grundschulen nach Fach/  
Fachgruppe in Prozent**

Grundschule	Deutsch	Mathematik	Naturwissenschaften	Sport	Englisch	Musik	Kunst
Charlottenburg-Wilmersdorf	41,1	53	54,7	30,3	27,7	39,2	67
Mitte	39,2	50	42,2	44,6	35,2	47,8	54
Steglitz-Zehlendorf	37,0	46	49,2	21,2	31,3	32,1	56
Reinickendorf	36,4	51	45,0	33,5	24,4	30,7	68
Tempelhof-Schöneberg	35,8	55	52,8	36,5	24,7	44,9	66
Neukölln	33,4	47	53,2	33,0	34,8	41,4	61
Lichtenberg	27,8	35	32,6	37,5	20,4	46,9	50
Treptow-Köpenick	26,1	30	33,2	27,3	20,7	36,4	42
Spandau	25,6	43	37,9	29,7	23,1	42,5	70
Friedrichshain-Kreuzberg	25,0	42	47,2	39,9	25,4	46,7	63
Pankow	22,4	34	33,8	33,0	17,9	29,5	46
Marzahn-Hellersdorf	12,7	18	22,6	23,4	24,5	26,2	35

Die AfD-Fraktion Berlin begrüßt die Neuregelung der Lehramtsausbildung von 2014, Deutsch und Mathematik müssen seitdem für das Grundschullehramt obligatorisch studiert werden. Wir fordern zu gewährleisten, dass der Unterricht durch Fachlehrer erteilt wird und Schulen zu diesem Zweck verstärkt kooperieren.

#### 9.4 Vierjährige vs. sechsjährige Grundschule

Im Gegensatz zu anderen Bundesländern, in denen die Grundschulzeit nur vier Jahre beträgt, besuchen Berliner Kinder die Grundschule sechs Jahre lang. Leistungsstarke Schüler können aber, wenn sie den Eingangstest an ihrem Wunschgymnasium bestehen, nach der vierten Klasse auf ein Gymnasium wechseln. Aber es sind nur sieben Prozent, die die Grundschule nach der vierten Klasse verlassen.

Durch die sechsjährige Grundschule wollen Linke eine frühe Selektion verhindern. Kinder sollen länger gemeinsam lernen, damit weniger die soziale Herkunft den Lernerfolg der

Kinder bestimme. Die Folge ist: die Unterschiede beim Lernerfolg sinken tatsächlich - durch Verschlechterung des Lernerfolgs bei den guten Schülern.

„Deutsche Länder mit einer längeren gemeinsamen Schulzeit wie Berlin und Brandenburg mit einer sechsjährigen Grundschule gehören zu den PISA-Verlierern. Der Lernrückstand von Grundschulern in Berlin nach der 6. Klasse gegenüber Schülern, die grundständige weiterführende Schulen besuchen konnten, beträgt bis zu einem Lernjahr.“ - *Josef Kraus, von 1987 bis Juni 2017 Präsident des Deutschen Lehrerverbandes (DL)*

Die Element-Studie von Rainer Lehmann (Humboldt-Universität) aus dem Jahr 2010 verglich Schüler, die nach der vierten Klasse zum Gymnasium wechselten und Schüler, die bis einschließlich der sechsten Klasse die Grundschule besuchten. Die Element-Studie belegte, dass auch bei den guten Schülern der sechsjährigen Grundschule der Abstand zum Gymnasium stieg. Lehmann bezeichnete den früheren Wechsel aufs Gymnasium daher als eine rationale Entscheidung.

Die AfD-Fraktion Berlin fordert: Die Förderung von leistungsschwächeren Schülern darf nicht zu Lasten der leistungsstarken Schüler erfolgen. Zwischen der vierjährigen und sechsjährigen Grundschulzeit muss echte Wahlfreiheit hergestellt werden. Die Kapazitäten für den Wechsel zum Gymnasium ab der fünften Klasse, müssen erhöht werden. Bei Anträgen, grundständige Gymnasien ab der 5. Klasse einzurichten, muss die zuständige Senatsverwaltung die Deckelung aufgeben und eine stärkere Genehmigungsbereitschaft entwickeln.

## 10. Sekundarschulen und Gemeinschaftsschulen

### 10.1 JA zum Schulfrieden! NEIN zur permanenten Reform

Eine konservative Bildungspolitik läuft nicht allen Moden hinterher, die der Zeitgeist ausruft. Konservative Bildungspolitik bedeutet aber auch nicht, schlicht nach Wiederherstellung von guten alten Zeiten zu rufen, in denen das Bildungssystem besser funktionierte. Auch die Reform der Reform würde ein laufendes System



durcheinanderbringen. Der Grabenkrieg um die richtige Schulform muss ein Ende haben.

Um den Schulfrieden zu wahren, nimmt die AfD-Fraktion Berlin von der Forderung, das dreigliedrige Schulsystem aus Hauptschule, Realschule und Gymnasium wieder einzuführen, Abstand und befürwortet nach derzeitiger Lage den Fortbestand des Zwei-Säulen-Modells aus Gymnasium und integrierter Sekundarschule für die Schuljahre nach der Grundschule. Der Freistaat Sachsen zeigt, dass auch mit dem Zwei-Säulen-Modell Erfolg möglich ist.

## 10.2 Vorberufliche Bildung

Die vorberufliche Bildung beinhaltet Maßnahmen, die das Verständnis der Arbeits- und Wirtschaftswelt fördern. Dabei handelt es sich um grundlegende Kenntnisse, die für den späteren Übergang vom Bildungs- in das Beschäftigungssystem wichtig sind. Dies umfasst theoretisches Wissen, aber auch Einblicke in die berufliche Praxis. Anfragen der AfD-Fraktion ergaben, dass dem Berliner Senat jegliche Kenntnis über Kooperationspartner der beruflichen Praxis fehlt.

Die AfD-Fraktion Berlin will durch eine stärkere Verzahnung von Schule und Arbeitswelt die Jugendlichen besser auf den Start in die berufliche Ausbildung vorbereiten. Schüler sollen Praktika durchführen, bleiben letztlich aber oft im Regen stehen. Dieser demotivierenden Praxis muss durch die Etablierung fester Kooperationsstrukturen entgegengewirkt werden. Senat und Bezirke müssen Konzepte vorlegen.

## 10.3 Gemeinschaftsschule

Zum Schuljahr 2008/2009 wurde in Berlin der Schulversuch „Gemeinschaftsschule“ als Pilotprojekt initiiert. Trotz wissenschaftlicher Begleitung gibt es keinen wissenschaftlichen Evaluationsbericht, der sich auf harte Fakten stützt. Dem Konzept der Gemeinschaftsschule unterliegt keine pädagogische Zielsetzung, sondern eine gesellschaftspolitische. Das Ziel der Gemeinschaftsschule ist es, die Auswirkung unterschiedlicher sozialer Herkunft abzuschwächen. Eine Besonderheit der Gemeinschaftsschule liegt im Verzicht auf die äußere Fachleistungsdifferenzierung als Organisationsprinzip. Die Schüler werden nicht - wie an der Sekundarschule üblich - nach Leistung in verschiedene Lerngruppen aufgeteilt. Die Schüler bleiben im Klassenverband zusammen oder in anderen heterogenen Lerngruppen und sollen dort selbstständig lernen und individuelle Lernwege beschreiten. Die Kinder sollen sich selbstständig strukturieren. Doch viele Kinder sind mit der Organisation des Lernens völlig überfordert. Bereits Erstklässler werden sich selbst überlassen.

„Die Einheitsschule in Deutschland ist gescheitert. Als Gesamtschule hat sie Jahrzehnte durchschlagender Erfolglosigkeit hinter sich. Deshalb gibt es keinen Grund, sie jetzt im Gewande der Gemeinschaftsschule neu aufzulegen.“ - *Josef Kraus, von 1987 bis Juni 2017 Präsident des Deutschen Lehrerverbandes (DL)*

Die AfD-Fraktion Berlin hat dagegen gestimmt, die Gemeinschaftsschule als Regelschule zu verankern (Drucksache 18/0560). Die Einführung von Gemeinschaftsschulen sind ein neuer Anlauf, langfristig das Gymnasium abzuschaffen. Die Ablehnung der Fachleistungsdifferenzierung wird den Anforderungen der Praxis nicht gerecht.



# 11. Gymnasium

## 11.1 Zugang zum Gymnasium und Probejahr am Gymnasium

Es gibt begehrte Gymnasien mit weit mehr Anmeldungen als Plätzen. Wer wohnortnah einen Platz an einem Gymnasium sucht, bekommt schnell ein Problem. Die Suche nach einem geeigneten Platz an einer weiterführenden Schule ist für etliche Familien in Berlin regelrecht zur Tortur geworden. Insbesondere das Losverfahren sorgt für Frustration. Gut 30 Prozent der Plätze am Gymnasium werden nicht nach Noten oder Auswahltests vergeben, sondern nach Losverfahren. Das Losverfahren ist die abgespeckte Variante einer Sozialquote für Gymnasien.

„Die Aufnahme darf nicht einer Lotterie ähneln.“ - *Ralf Treptow, Vorsitzender der Vereinigung der Oberstudiendirektoren Berlin*

Die Lostrommel unterläuft die Möglichkeit zur Profilbildung der Schulen. Vor allem widerspricht das Losverfahren dem Leistungsprinzip, kritisierte Erziehungswissenschaftler Dieter Lenzen, seinerzeit Präsident der Freien Universität Berlin. Durch das Losverfahren kommen viele ungeeignete Schüler an Gymnasien, die dann am Probejahr scheitern. Aufgrund der höheren Klassenfrequenz können Gymnasien die Schüler ohne Gymnasialempfehlung nicht ausreichend fördern. So verlässt eine hohe Zahl an Schülern nach dem Probejahr das Gymnasium wieder. Durch die geforderte Abschaffung des Probejahres sehen die Gymnasien ihre Schulform gefährdet, weil dann die Leistungsfähigkeit der Schüler nicht garantiert wäre.

Die AfD-Fraktion Berlin fordert: Der freie Elternwille ist ein hohes Gut und muss geachtet werden. Die Förderprognose darf kein absolutes K.O.-Kriterium sein. Eltern sind die Experten ihrer Kinder, brauchen hinsichtlich der Schulwahl aber Beratung. Die Zulassung zum Gymnasium sollen die Schulen auf der Grundlage einer Beurteilung des Leistungsvermögens vornehmen, bei der Noten neben Aufnahmetests oder Aufnahmegesprächen nur ein Instrument sind. Das Losverfahren muss abgeschafft werden. Die Rückläuferzahl muss bewältigbar bleiben, das Probejahr am Gymnasium soll erhalten bleiben.

## 11.2 MSA-Prüfungen am Gymnasium abschaffen

In Berlin müssen alle Zehntklässler der Gymnasien alle fünf Prüfungen im MSA ablegen, obwohl sie damit unterfordert sind. Seit Jahren liegt die Bestehensquote bei knapp 100 Prozent. Die MSA-Prüfungen führen zu einem immensen unnötigen Aufwand am Gymnasium. Gymnasiallehrer müssen rund 60.000 Prüfungen (12000 Schüler à fünf Prüfungen) beaufsichtigen und korrigieren.

So trägt der MSA an den Gymnasien zu tagelangem Unterrichtsausfall für die übrigen Schüler bei.

Die AfD fordert: Die MSA-Prüfungen am Gymnasium müssen - wie lange von der VOB gefordert - ersatzlos abgeschafft werden. Stattdessen ist das Versetzungszeugnis in die elfte Klasse als MSA zu werten - so es wie andere Bundesländer handhaben.

### 11.3 Wert und Vergleichbarkeit des Abiturs: Studierfähigkeit wiederherstellen

Die prozentuale Zahl der Abiturienten wuchs in Deutschland beständig. Doch die politisch gewollte Inflation der Bildungsabschlüsse wird mit einer Absenkung des Anforderungsniveaus erkaufte. Bildungsforscher kritisieren die sinkenden Standards beim Abitur.

Die mangelnde Vergleichbarkeit des Abiturs zwischen den Bundesländern ist weiterhin ein Problem. Die Grundsätze für die Struktur der gymnasialen Oberstufe und des Abiturs werden durch die Kulturministerkonferenz festgelegt. Doch weder durch die regelmäßig aktualisierten Vereinbarungen zur gymnasialen Oberstufe, noch durch den 2017 gemeinsamen Abituraufgabenpool konnten mehr Vergleichbarkeit und Qualität in der Abiturprüfung erzielt werden.

„Man muss konstatieren, dass die Crème de la Crème der Berliner Mathematikabiturienten einfachere Prüfungen zu bewerkstelligen hat als der bayerische Durchschnittsschüler.“ - Severin Wenzek, *Lehramtsabsolvent in Berlin*

In Berlin macht die Hälfte eines Jahrgangs Abitur (2016: 47,6 Prozent). Von diesen Schülern wählen gut 20 Prozent den Leistungskurs Mathematik - unterm Strich sind dies nur jeder 10 Prozent eines Gesamtjahrgangs. Diese 10 Prozent eines Jahrgangs, die in Berlin Mathematik als Leistungsfach wählen, haben leichtere Aufgaben zu bewältigen als die 30 Prozent eines Jahrgangs, die in Bayern das Abitur ablegen. Die Prüfungen für die Mathematik-Leistungskurse sind in Berlin einfacher als das bayerische Abi für jedermann, zu diesem Ergebnis kam die Studie von Severin Wenzek.

Das Kernziel der Gymnasien ist die Vorbereitung auf ein universitäres Studium. Trotz formal gutem Schulabschluss fehlt es jungen Menschen zu Beginn des Studiums oder der Berufsqualifikation in Unternehmen zunehmend an Basiskompetenzen. Die Folge ist, dass Betriebe genötigt werden, nachholenden Schulunterricht anbieten zu müssen. Auch Universitäten sehen sich gezwungen, Vorbereitungskurse in Mathematik anzubieten. Doch auch diese Maßnahmen können nicht verhindern, dass ein großer Teil der Auszubildenden und Studenten scheitern.

Die AfD-Fraktion Berlin fordert: Wir brauchen angemessene und verbindliche Mindeststandard an Berliner Schulen. Mit dem Abitur muss ein Schüler echte Studierfähigkeit erlangt haben. Alle schriftlichen Abituraufgaben müssen durch unabhängige länderübergreifende Fachgremien auf die Erfüllung der von der KMK definierten Standards hin überprüft werden.

#### 11.4 Gymnasium in die Landesverfassung

Der Ton gegenüber Gymnasien hat sich in Berlin gewandelt. Viele Leiter der Gymnasien fühlen sich vom Senat im Stich gelassen. Die Sekundarschulen würden hinsichtlich Ausstattung und finanzieller Mittel bevorzugt, lautet die Kritik. Die Nachfrage nach Gymnasialschulplätzen übersteigt schon jetzt das Angebot deutlich. Beim geplanten Schulbau fällt auf, dass kaum neue Gymnasien geplant werden: nur drei. Trotz des Schülerzuwachses sind kaum neue Gymnasien in Planung. In Lichtenberg, dem Bezirk mit dem größten prognostizierten Schülerzuwachs von rund 40 Prozent, sollen bis 2024/25 18 Grundschulen neu oder ausgebaut und elf Sekundarschulen werden, aber nur ein einziges Gymnasium.

„Die Planungen des rot-rot-grünen Senats sind ein Umerziehungsprogramm für die Gemeinschaftsschule“. - *Ralf Treptow, Vorsitzender der Vereinigung der Oberstudiendirektoren Berlin*

Das Gymnasium ist eine über Jahrhunderte gewachsene Erfolgsgeschichte des deutschen Bildungssystems. Nach wie vor gibt es von Neid geprägte Kräfte, die das Gymnasium schrittweise von innen aushöhlen, zurückdrängen und letztlich abschaffen wollen. Die Forderung nach einer Sozialquote und nach Abschaffung des Probejahres, die Benachteiligung bei der Schaffung der nötigen Infrastruktur sowie die Schaffung des Einheitslehrers in der Lehrerausbildung stellen die komplette Schulform Gymnasium in Frage.

Die AfD-Fraktion Berlin fordert, dass das Gymnasium auch in Zukunft ein garantierter Bestandteil der Berliner Schulwelt bleibt. Der Fortbestand dieser Schulform ist unverzichtbar für eine hohe Qualität im Bildungssystem. Das Gymnasium muss in die Landesverfassung Berlins aufgenommen werden.

#### 11.5 Hochbegabtenförderung

Nicht nur leistungsschwache Kinder brauchen Förderung. Alle Kinder bedürfen einer ihren Begabungen entsprechenden Förderung. Zwei Prozent eines Jahrgangs gehört zu den Hochbegabten, die einen IQ von über 140 aufweisen. Erste Voraussetzung zur speziellen Förderung dieser Kinder besteht darin, dass die Begabung von der Umwelt erkannt wird. Bleibt dies aus, besteht die Gefahr, dass diese Kinder unter ihren Möglichkeiten zu bleiben und schlimmstenfalls aufgrund von Langeweile auffällig werden. Zweite Voraussetzung ist das Bestehen spezieller Angebote im schulischen und außerschulischen Bereich.

Der Senat erklärt auf seiner Internetseite, man suche zur Umsetzung von Projekten und Programmen zur Begabtenförderung nach Kooperationspartnern. Die Begabtenförderung wird in Berlin nicht entschieden weiterentwickelt, sondern bleibt ein stiefmütterlich behandeltes Randthema.

Die AfD-Fraktion Berlin fordert die Schaffung von Leistungszentren und setzt sich für die Einrichtung eines Landesinternats für Hochbegabte ein. Erzieher und Lehrer müssen für das Erkennen hochbegabter Kinder sensibilisiert werden. Die Angebote zur Begabtenförderung müssen mehr Sichtbarkeit erlangen und ausgedehnt werden.

## 12. Berufliche Bildung und Erwachsenenbildung

### 12.1 Berufsabitur (Duales Abitur)

In bildungspolitischen Debatten entsteht der Eindruck, dass man ohne Studium nichts mehr im Leben werden könne. Das ist ein völliger Trugschluss. Der Mensch beginnt nicht mit dem Abitur. Junge Menschen mit einer abgeschlossenen Ausbildung haben auch heutzutage hervorragende Chancen auf einen gut bezahlten Arbeitsplatz und Karrieremöglichkeiten.



2018 wurde in Berlin wieder das Berufsabitur eingeführt. Schüler haben nun die Möglichkeit, innerhalb von 4 Jahren eine Ausbildung und gleichzeitig das Abitur zu machen. Man muss sich nicht mehr zwischen beiden Möglichkeiten entscheiden. Die Berliner Handwerkskammer und die Industrie und Handelskammer versprechen sich davon eine Aufwertung der dualen Ausbildung insgesamt und im Besonderen, dass der Fachkräftemangel in den jeweiligen Sparten geringer wird. Leistungsstarke Azubis sollen gewonnen werden und ein gewisser Prozentsatz soll den Unternehmen dauerhaft erhalten bleiben.

Die AfD-Fraktion Berlin unterstützt die Etablierung des Berufsabiturs, fordert den Senat gleichzeitig auf, dafür Sorge zu tragen, dass den Beteiligten genügend Ressourcen zu Verfügung gestellt werden und dass die Bereiche der möglichen Berufsausbildungen erweitert werden. Aktuell sind nur die Bereiche Hotellerie und Sanitär-Heizungs-Klima-Technik abgedeckt.

## 12.2 Das 11. Pflichtschuljahr für Jugendliche ohne Ausbildungsvertrag

In allen Bundesländern gibt es im Anschluss an die allgemeinbildende Schulpflicht ein Pflichtschuljahr für Jugendliche ohne Ausbildungsvertrag, außer in Berlin. Die Regelung zum verpflichteten Berufsgrundbildungsjahr für Jugendliche ohne Ausbildungsvertrag wurde durch die Novellierung des Berliner Schulgesetzes vom 26. Januar 2004 gestrichen.

In Berlin gehen derzeit rund 3.000 Jugendliche nach der allgemeinbildenden Schule „verloren“ - d.h., sie erhalten keine Beratung von der Jugendberufsagentur (JBA). Ihr Verbleib ist unklar, die Datenlage der Jugendberufsagentur ist derzeit unzureichend. Die Wiedereinführung des 11. Pflichtschuljahres ermöglicht die datenschutzkonforme Erfassung der Jugendlichen und ihrer Bildungswege als Grundlage für die Arbeit der Jugendberufsagentur. Auf diesem Wege können Jugendliche, die am Übergang von der Schule in den Beruf stehen, mit Angeboten zur Beratung und Nachqualifikation erreicht werden. Gleichzeitig ist es notwendig, die Bildungsgänge an den Oberstufenzentren weiterzuentwickeln, damit das zusätzliche Pflichtschuljahr nicht zur „Warteschleife“ verkommt.

Die AfD-Fraktion Berlin hat einen Gesetzesänderungsantrag (Drucksache 18/ 1221) eingebracht, um das 11. Pflichtschuljahr für Jugendliche ohne Ausbildungsvertrag wieder einzuführen. Mit dem 11. Pflichtschuljahr soll vermieden werden, dass Jugendliche nach der allgemeinbildenden Schule „verlorengehen“ und keine Beratung mehr erhalten.

## 12.3 Landesinstitut für berufliche Bildung

Die Arbeitsgruppe „Kompetenzzentrum OSZ“ in und das Projekt zur Weiterentwicklung beruflicher Schulen und OSZ (Pro WebeSO I) haben empfohlen, ein Landesinstitut für berufliche Bildung zu gründen, um die Eigenständigkeit der Berliner OSZ und die Qualität der dualen Ausbildung zu stärken. Die Senatsbildungsverwaltung hat sich hingegen dafür entschieden, die Entwicklung der beruflichen Bildung in einer eigenen Abteilung in der Senatsbildungsverwaltung in Kooperation mit der Senatsverwaltung für Arbeit anzusiedeln. Senatsangestellte sollen nun darüber entscheiden, was für Unternehmen, für die OSZ und die Jugendlichen wichtig ist und was nicht.

Um qualitativ hochwertige Fachkräfte auszubilden, bedarf es optimaler Abstimmung. Das Prinzip der dualen Ausbildung verlangt, dass betriebliche und schulische Ausbildung in enger Verbindung zueinanderstehen. Dies kann der Senat alleine nicht leisten, zumal er einen wichtigen Akteur, die Berliner Wirtschaft, aus den Entscheidungsprozessen heraushält.

Die AfD-Fraktion Berlin fordert die Gründung eines Landesinstituts für Berufliche Bildung nach Hamburger Vorbild, z.B. in der Rechtsform eines Landesbetriebes. Das Landesinstitut

soll der zuständigen Senatsverwaltung unterstehen und eine starke Partnerschaft zwischen Wirtschaft und dem Land Berlin in der beruflichen Bildung absichern.

Die Berliner OSZ müssen flexibler und eigenständiger agieren können, Ziel ist eine selbstverantwortliche Unterrichts-, Personal- und Organisationsentwicklung auf Grundlage eines Orientierungsrahmens Schulqualität.

Die AfD-Fraktion Berlin fordert, dass durch die Schaffung eines Landesinstituts für berufliche Bildung ineffiziente und ineffektive Strukturen reformiert werden. Wir brauchen eine Gremienstruktur, in der das Land Berlin, Wirtschaft und OSZ mitarbeiten. Das Land Berlin und die Wirtschaft sollten in den Schulvorständen gleichberechtigt vertreten sein.

#### 12.4 Erwachsenenbildungsgesetz

Berlin ist derzeit eines von zwei Bundesländern, die über kein Erwachsenenbildungsgesetz verfügen. Dabei ist es für alle Beteiligten, egal ob staatliche oder private Träger, Unternehmen und natürlich für die Erwachsenen selber von großer Bedeutung, über eine klare Rechtsnorm und damit verbundene Bildungsziele zu verfügen, die als Richtmesser qualitätsgesicherter Arbeit dienen.

Ein Erwachsenenbildungsgesetz muss die finanzielle Förderung und die Entwicklung von Weiterbildungsangeboten regeln. Die staatliche Förderung soll die Eigenständigkeit der Bildungseinrichtungen unberührt lassen, also nicht in die Gestaltung des Angebots und die Auswahl des Personals eingreifen.

Die AfD-Fraktion Berlin setzt sich für die Einführung eines eigenen Berliner Erwachsenenbildungsgesetzes ein. Gerade Berlin als Bundeshauptstadt und wichtiger Wirtschaftsstandort sollte die notwendigen Bedingungen für die Weiterbildung genau bestimmen, um Bürgern und Unternehmen einen funktionierenden und zukunftssicheren Weiterbildungsmarkt zu bieten. Das Recht auf Bildung endet nicht mit der Erlangung eines Abschlusses. Arbeitnehmer brauchen Möglichkeiten zur beruflichen Weiterqualifikation, Bürger benötigen Angebote zur Persönlichkeitsentwicklung durch Bildung.

## 13. Hochschulpolitik

Dieses Kapitel ergänzt die vorangegangenen Kapitel um den Aspekt der universitären Bildung und wird von unserem wissenschaftspolitischen Sprecher, Martin Trefzer, verantwortet.

### 13.1 Hochschulfinanzierung: Stiftungen und nachgelagerte Studiengebühren ersetzen Bundesmittel

Hochschuleigene Stiftungen: Die Bundesmittel aus dem Hochschulpakt, der Exzellenzinitiative und weiteren



Bundesprogrammen haben die Universitäten mehr und mehr in Abhängigkeit vom Bund gebracht.

Die AfD-Fraktion Berlin setzt sich dafür ein, die Bundesmittel schrittweise zurückzufahren und durch Einnahmen aus hochschuleigenen Stiftungen und nachgelagerten Studiengebühren zu ersetzen. Zu den Stiftungen soll der Bund eine einmalige Anschubfinanzierung beisteuern. Ziel ist es, die Autonomie und Planungssicherheit der Hochschulen zu stärken.

Nachgelagerte Studiengebühren: Neben der Bereitstellung von Grundmitteln durch die Länder können sich Universitäten durch Studiengebühren finanzieren. Nachgelagerte Studiengebühren unterscheiden sich von laufenden Studiengebühren dadurch, dass sie erst nach Abschluss des Studiums gezahlt werden.



Die AfD-Fraktion Berlin setzt sich für die Einführung nachgelagerter Studiengebühren ein, weil dies sozial gerecht ist und den Universitäten die notwendigen Mittel für eine exzellente Lehr- und Forschungsarbeit an die Hand gibt. Es ist nicht nachvollziehbar, dass die Kosten für die Ausbildung von Akademikern durch Handwerker, Arbeiter und andere Nichtakademiker quersubventioniert werden sollen. Dadurch, dass Akademiker sich angemessen an ihren Ausbildungskosten beteiligen, werden auch Berufsakademien und das duale Ausbildungssystem wieder attraktiver. Um kein unwägbares Risiko durch die Aufnahme eines Studiums einzugehen, muss die Höhe der Rückzahlung von der Höhe des späteren Einkommens abhängig sein. So kann jeder, der von einem Studium finanziell profitiert, der Gemeinschaft etwas zurückgeben, ohne ein finanzielles Risiko einzugehen.

### 13.2 Verfasste Studentenschaft reformieren

Die Gremien der Verfassten Studentenschaften an den Berliner Universitäten haben in den letzten Jahren durch Korruptionsvorwürfe und Intransparenz von sich Reden gemacht. Oftmals verfolgen studentische Amtsträger die Interessen linksradikaler Kleingruppen, statt das Wohl aller Studenten im Auge zu behalten. Mit einer Wahlbeteiligung von unter zehn Prozent fehlt es den studentischen Gremien zudem an politischer Legitimation. Immer wieder maßen sie sich ein



„allgemeinpolitisches Mandat“ an, das ihnen nicht zusteht, und bewegen sich so stets an der Grenze des rechtlich Zulässigen - wie Gerichte bereits mehrfach rügten.

Die AfD-Fraktion Berlin fordert, die Verfasste Studentenschaft einer grundlegenden Reform zu unterziehen und nach Bayerischem Vorbild in Richtung einer Unabhängigen Studentenschaft weiterzuentwickeln. Der verfassungsrechtlich bedenkliche Zwangsbeitrag für alle Studenten muss entfallen.

### 13.3 Gender Studies

Die aus einer politischen Bewegung hervorgegangenen Gender Studies lassen eine Orientierung an den Grundlagen der Wissenschaftlichkeit nach wie vor vermissen. Wissenschaft muss u.a. ergebnisoffen und werturteilsfrei sein.

Die AfD-Fraktion Berlin fordert, die Gender Studies in Berlin auf den Prüfstand zu stellen und einer belastbaren wissenschaftlichen Evaluation zu unterziehen. Bei nachgewiesenem Mangel an Wissenschaftlichkeit müssen die Gender Studies in eine wissenschaftlichen Kriterien genügende Frauen- und Geschlechterforschung rückabgewickelt werden.

### 13.4 Aufnahmetests an Hochschulen

Wie andere Hochschulen auch leiden die Berliner Universitäten unter hohen Studienabbrecherzahlen. Viele junge Menschen besinnen sich zu spät darauf, dass sich ihre Stärken eher in einer praxisorientierten Ausbildung entfalten können.



Die AfD-Fraktion Berlin setzt sich dafür ein, die Autonomie der Hochschulen bei der Zulassung ihrer Studenten weiter zu stärken. Durch die Weiterentwicklung von Aufnahmetests und Qualifizierungscoachings soll die Eignung der Bewerber möglichst frühzeitig erkannt werden, um so die Universitäten zu entlasten, aber auch, um den Studenten eine rechtzeitige Umorientierung zu ermöglichen, statt sie wertvolle Lebensjahre im Hörsaal verträdeln zu lassen.

### 13.5 Duales Studium

Duale Studiengänge werden sowohl von staatlichen als auch von privaten Hochschulen angeboten. Nicht bei allen Angeboten, die „Duales Studium“ im Titel führen, handelt es sich aber tatsächlich auch um eine Ausbildung, bei der universitäre und





betriebliche Aspekte in einem ausgewogenen Verhältnis stehen. Bislang fehlt es an verbindlichen Qualitätskriterien.

In Berlin hängt es bislang allein von den Universitäten ab, welche Vorgaben den Praxisstellen gemacht werden. Der Wissenschaftsrat empfiehlt, in Zukunft nur solche Studienangebote als „dual“ zu bezeichnen, die den Mindestanforderungen an Dualität und Wissenschaftlichkeit genügen. Dualität setzt mindestens zwei, strukturell in einander verzahnte Lernorte sowie die Verfasstheit als wissenschaftliches Studium voraus.

In Hessen haben sich bereits im Jahr 2010 zwanzig Bildungsträger zur Marke „Duales Studium Hessen“ zusammengeschlossen und haben gemeinsame Qualitätsstandards formuliert. Sie bilden die Dachmarke für rund 130 duale Studienmöglichkeiten in Hessen. Die Einführung einer qualitätsgesicherten Marke hat zum Anstieg der Einschreibungen geführt.

Die im Jahr 2016 gegründete Agentur Duales Studium Land Brandenburg verfolgt das Ziel, die Entwicklung und Etablierung der dualen Studiengänge im Land Brandenburg zu unterstützen und eine Serviceplattform für Hochschulen, Studieninteressenten und Unternehmen aufzubauen. Von solch einer Agentur würde auch das Duale Studium in Berlin stark profitieren können.

Die AfD-Fraktion Berlin fordert, in Kooperation mit den Berliner Hochschulen und den in Berlin ansässigen Praxispartnern folgende Schritte zur Weiterentwicklung des Dualen Studiums umzusetzen:

1. Der Begriff „Duales Studium Berlin“ wird analog zur Marke „Duales Studium Hessen“ als gemeinsamer Qualitätsstandard rechtlich geschützt.
2. Qualität und Struktur des Dualen Studiums sind verbindlich zu definieren: Dualität setzt mindestens zwei, strukturell ineinander verzahnte Lernorte sowie die Verfasstheit als wissenschaftliches Studium voraus. Der Praxisanteil sollte mindestens 30 Prozent der gesamten Studiendauer ausmachen. Der Wechsel zwischen Studien- und Praxisphasen sollte in einem Vertrag zwischen Hochschule und Praxisstelle festgehalten werden. Gleiches gilt in Grundzügen für die Inhalte der Praxisphasen.
3. Zur Fortführung und erfolgreichen Beendigung des Dualen Studiums sind bedarfsorientiert Masterstudienplätze bereitzustellen.
4. Nach dem Vorbild Brandenburgs erhält Berlin als Serviceplattform für Hochschulen, Studieninteressenten und Unternehmen eine „Agentur Duales Studium“.

### **13.6 Institut für Islamische Theologie**

Bei der Planung des Instituts für Islamische Theologie hat der Senat die Bodenhaftung verloren. Spätestens nach dem Hilferuf von Seyran Ateş in ihrem offenen Brief an den Regierenden Bürgermeister hätte auch dem Senat klar sein müssen, dass die vom Wissenschaftsrat im Jahr 2010 genannten Voraussetzungen für die Errichtung eines solchen Instituts auf der Basis des Beiratsmodells nicht erfüllt werden können. Denn weder war an eine einvernehmliche Besetzung des Beirats zu denken, noch konnte sichergestellt werden, dass der Beirat die Vielfalt der muslimischen Organisationsformen in Deutschland widerspiegelt.

Besonders gravierend ist aber: keiner der beteiligten Islamverbände bietet die Gewähr dafür, dass die zu entsendenden Beiräte - wie vom Wissenschaftsrat geordert - frei und unabhängig agieren können. Ganz im Gegenteil: Alle drei Verbände zeichnen sich durch eine mehr oder weniger starke Abhängigkeit entweder von einem ausländischen Staat oder aber von einer ausländischen Organisation aus. Es ist kaum vorstellbar, dass es dem Senat mit diesen drei Partnern gelingen wird, ein wissenschaftliches Institut im Sinne der Kriterien des Wissenschaftsrates aufzubauen.

[Die AfD-Fraktion Berlin fordert daher, alle weiteren Planungen für das geplante Institut für Islamische Theologie sofort zu stoppen.](#)